



2. Heft / 26. Januar 1911

WILHELM SCHRÖDER · EXTRAVAGANZEN IN DER DEMOKRATIE



VON allen in der Sozialdemokratie, die im engern wie im weitern Kreis als Führer in Betracht kommen, hat sich wohl ein jeder schon in den Konflikt mit der Masse begeben müssen. Keiner aber von ihnen wird leugnen, daß er wenigstens nach dem Konflikt auch so etwas wie Gewissensbedrängnis verspürt hat, sei es dadurch, daß er im Kampf um sogenannte *prinzipielle* oder *theoretische* Forderungen sich fragte, ob im Hinblick auf die gegenwärtigen Zustände die Masse nicht gute Gründe für den Ausdruck ihrer zumeist konservativen Meinung habe, sei es, daß er vor allem in der Beurteilung von Personen und der von ihnen ausgeübten Tätigkeit jener Masse in mancher Hinsicht ein zwar dumpf und oft auch roh zum Ausdruck gebrachtes, aber doch instinktiv glückliches Urteil zugestehen mußte. Vielleicht ist es nicht zu viel gesagt, daß die Masse im weitesten Sinn für die Gegenwart immer recht hat, daß aber die Fähigkeit scharfen Auges in die Zukunft zu blicken immer nur wenigen Auserwählten zuteil wurde, die dann selbstverständlich mehr oder weniger in die Rolle des Märtyrers sich zu schicken suchen mußten. Wie nun der einzelne auch immer in seinem Mißgeschick sich zurecht fand, er war ein Tor, der es nicht besser verdiente, wenn er sich einzig im Schelten auf die Masse erging, wenn ihn nicht auch beim Empfang offenbaren Unrechts diese Liebe zur Masse beseelte. Wenn die einzelnen Apostel auch in der Sozialdemokratie nicht von dieser selbstlosen Zuneigung zu denen getragen gewesen wären, die sich ihnen oft in erbitterter Feindschaft entgegenstellten, nie wäre ihnen schließlich der Sieg gelungen, nie wären sie von Gegnern zu Führern geworden.

Etwas anderes ist es um die *Verhimmelung* der Massen. Sie war der Sozialdemokratie selbstverständlich in ihren ersten besitzlosen Tagen durchaus fremd, als Jakob Audorf der Jüngere das heute noch vielgesungene Lied mit der Strophe vom Unverstand der Massen dichtete. Auch in späteren Zeiten fiel zuweilen ein herbes Wort, wenn Torheiten und Untaten jener trostlosen Bevölkerungsschichten in Betracht kamen, die unterhalb der Scharen derer stehen, aus denen die Sozialdemokratie vornehmlich ihre Anhänger wirbt. Als 1892 in Berlin die Februarkrawalle ausgebrochen waren, schüttelte der *Vorwärts* die an ihnen beteiligten Personen als Lumpenproletariat von der Partei

ab, und in einer Entgegnung auf die Vorwürfe, die dem Zentralorgan der Partei darob aus den Reihen ihrer Anhänger zuteil wurden, sagte Wilhelm Liebknecht als Chefredakteur des Blattes:

»Das Wort *Lumpenproletariat* ist ein wissenschaftlicher Ausdruck, es ist zuerst aufgebracht worden von Karl Marx im Gegensatz zu dem revolutionären Proletariat, das als Klasse mit Klassenbewußtsein der herrschenden Klasse revolutionär gegenübersteht. Daß das Lumpenproletariat auch ein Produkt der heutigen Gesellschaft ist, ist richtig; aber das hat auch Marx gewußt, und das wissen auch wir . . . Das Lumpenproletariat, das sind die Deklassierten, die nicht in die Klasse des Proletariats gedrängten Opfer des Kapitalismus, die Ausgestoßenen, welche Erwerbszweige suchen, die nach den herrschenden Moralbegriffen zum großen Teil nicht für ehrliche gelten. Zu den Lumpenproletariern gehören namentlich auch die sogenannten *Ballonmützen* . . . Das sind Zuhälter oder Louis, von der Prostitution lebend, die das Weib, welches von der heutigen Gesellschaft in die Prostitution herabgestoßen ist, ausbeuten, um ein flottes Leben zu führen.«

Daß diese herbe Zurückweisung der deklassierten Massen heute wie vor 19 Jahren geübt wird, zeigen die von sozialdemokratischen Blättern aus Anlaß der Moabiter Unruhen gegen den Janhagel gebrachten Äußerungen. Aber während Liebknecht in der Erinnerung an die unheilvolle Rolle, die Napoleon III. der einst dem Lumpenproletariat zugewiesen hatte, diesem gegenüber eine Scheidewand aufrichtete, hatten sich in der sozialdemokratischen Partei selbst zum Teil Zustände herausgebildet, an die heute wohl niemand mehr ohne Mißbehagen denken wird. Als das Fiasko des Sozialistengesetzes auch der Polizei offenbar geworden war, erhielt das Versammlungsleben der Arbeiterschaft einen freieren Spielraum, an den sich mancher Mann sozusagen erst gewöhnen mußte. Vorerst aber schien der Brauch aufzukommen, daß die zu irgendeiner Volksversammlung zusammenberufene Masse, die in vielen Fällen der Zahl nach durchaus nicht imposant war, für sich in allen möglichen Dingen ein heute wunderbar anmutendes Stück Souveränität beanspruchte. Es wurden in derartigen Versammlungen Führer verdammt und ledig gesprochen, es wurden aus dem Handgelenk Streiks beschlossen und Boykotts verhängt, und zwar von Leuten, die bestenfalls der Zufall zusammengeführt hatte, die aber nicht selten auch in bestimmter Auswahl dirigiert waren. Aber das tat nichts, *Volksversammlung* und *Volkssoveränität* schienen synonyme Begriffe, und drastisch schilderte von Vollmar auf dem Parteitag zu Erfurt /1891/ die Zustände, die sich aus solcher Verwechslung herausgebildet hatten:

»Da wird in Berlin eine Versammlung abgehalten, 5000 Mann sind zugegen, alle mit Wille einverstanden. Dann kommt Bebel, spricht vor 6000 Mann, und alle 6000 sind mit Bebel einverstanden. In Magdeburg ging es ähnlich. Die zwei Redakteure der *Volksstimme* referieren mit aller Beredsamkeit, und die übergroße Mehrheit der großen Versammlung erklärt sich mit ihnen einverstanden. Die sind nun schlau genug gewesen in ihrem Siegesbewußtsein zu telegraphieren, Bebel möchte doch kommen. Bebel kommt, und die nächste Versammlung resolviert für ihn und gegen die beiden anderen.«

Immerhin konnten die derart von Vollmar verspotteten Versammlungsbeschlüsse zu ihren Gunsten geltend machen, daß sie von vielen Tausenden Parteigenossen gefaßt waren. Wie schlimm aber eine relativ geringe Zahl von Personen als Versammlung wirken konnte, zeigt ein Fall, in den Bebel eingriff. Am 19. Juni 1890 tagte in Berlin eine Volksversammlung, die sich mit einem leichtfertig ins Werk gesetzten und letzten Endes arg verunglückten Bierboykott zu befassen hatte. Oder vielmehr weniger mit diesem Boykott als mit der ablehnenden Haltung, die das *Berliner Volksblatt* zu der, aus Anlaß von

Streikforderungen durch einen Versammlungsbeschluß arrangierten Bewegung eingenommen hatte. In dieser Versammlung verteidigte Bebel das hart angegriffene *Volksblatt*, indem er sagte:

»Man ist glücklich dahin gelangt den Fetischdienst so weit zu treiben, daß eine Volksversammlung als das Allerheiligste betrachtet werde, möge sie auch noch so verkehrte Beschlüsse fassen. Wenn Redakteure sich absolut nach diesen zu richten läßtten, dann wären die armen Redakteure zu bedauern.«

Die Versammlung beschloß zwar den verunglückten Boykott aufzuheben, jedoch wollte sie von Bebels ernster Zurückweisung nichts wissen. Vielmehr nahm sie noch einen zweiten Antrag des Inhalts an, daß »die Redaktion des *Berliner Volksblatts* in Zukunft die Beschlüsse von Volksversammlungen unweigerlich zu achten« habe. Von der Versammlung, die sich zu einem derartigen Machtspruch aufblähte, bedauerte das *Volksblatt* in seinem Bericht, daß sie leider durchaus keinen ihrer Bedeutung entsprechenden Besuch aufzuweisen hatte. Wie es um Struktur und Leitung mancher sozialdemokratischen Durchschnittsversammlung aussah, zeigt eine Betrachtung über Berliner Parteilieben, die Johannes Timm am 21. April 1895 im *Vorwärts* veröffentlichte. Es heißt darin:

»In der Bekanntmachung wird als Anfang einer Versammlung beispielsweise präzise 8 Uhr angegeben. Die neuen Teilnehmer erscheinen auch zur angegebenen Zeit und warten und warten. Andere, die den Schlendrian schon kennen, kommen um 8½ Uhr langsam an. Allmählich füllt sich nun der Saal. Es ist mittlerweile 9 Uhr geworden, und der Einberufer bereitet sich vor die Versammlung zu eröffnen, nimmt aber noch Abstand hiervon, weil in gemessenen Zwischenräumen noch verschiedene Nachzügler erscheinen. Endlich, um 9¼ Uhr, ertönt das übliche Glockenzeichen. Die Versammlung beginnt. Der Referent hält einen einstündigen, anregenden Vortrag. Dann folgt die Diskussion. Der erste Redner bringt vielleicht einige zum Vortrag gehörige sachliche Ergänzungen, der zweite nimmt hin und wieder auf den Vortrag Bezug, macht aber recht weite Abschweifungen. Nun folgt der dritte, der sich weder um den Vortrag noch um die Anwesenden kümmert. In breit angelegter Form schildert er ein Stück Alltagsleben. So folgt noch eine Anzahl Reden in der selben Weise, bis endlich der Vorsitzende bekannt gibt, daß die Rednerliste erschöpft ist, und über eine eingebrachte Resolution abstimmen läßt. Es ist mittlerweile gegen 12 Uhr geworden. Die Anwesenden atmen auf, denn es ist nur noch der Punkt *Verschiedenes* zu erledigen; und das kann doch nicht mehr lange dauern. Es melden sich einige Teilnehmer zu diesem Punkt, welche sich darauf beschränken einige sachliche Mitteilungen zu machen. Oft findet es aber ein Redner für gut noch einmal unter *Verschiedenes* die Diskussion anzuschneiden, gerät hierbei aber auch gleichzeitig etwas auf das persönliche Gebiet. Eine Anzahl der Anwesenden heben mittlerweile an nach Hause zu gehen. Der Vorsitzende ersucht sich doch noch etwas zu gedulden, es könne ja nicht mehr lange dauern. Er hat sich allerdings geirrt. Gegenseitige Anrempelien, an denen nur 2 oder 3 Personen interessiert sind, werden mit einer Ausdauer, die wirklich einer bessern Sache wert ist, behandelt. Dazwischen erfolgen Geschäftsordnungsdebatten, die schier gar nicht abreißen wollen. Ein Teil der Versammlung verläßt nach und nach den Saal. Desungeachtet debattiert man aber ruhig weiter, bis dann schließlich gegen 1 Uhr nachts der Schluß erfolgt.«

Man muß ja zugeben, daß heute wohl etwas mehr Ordnungssinn mitgebracht wird, wenn auch nicht zu leugnen ist, daß es beim Mangel an strammer Führung nur weniger redelustiger Querköpfe bedarf, um etwa eine zu Agitationszwecken einberufene Versammlung in ihr Gegenteil zu verkehren und den Unbefangenen mit Kopfschütteln vor einer gewissen Sorte von Demokratie zu erfüllen.

Daß die Massen, die ihre Anschauungen in Volksversammlungen zur Geltung brachten, ihre Gegensätzlichkeit zu den Führern auch nach der materiellen Seite hin betonten, zeigen die bis in die Parteitage hineinspielenden Erörterungen über die Gehälter der im Parteidienst tätigen Personen. Nicht ge-

rade selten waren um die Mitte der neunziger Jahre die Versammlungsresolutionen, die das Höchstgehalt eines Parteibeamten auf 3000, bestenfalls auf 4000 Mark bemessen sehen wollten. Nach der andern Richtung hin wurden aber wieder die Vertreter der Wissenschaft und auch solche, die dafür galten, einer gewissen Bevorzugung gewürdigt. Bitter beklagte sich 1894 ein Berliner Referent darüber, daß die Parteikasse eine Unterstützungskasse für Akademiker sei, und zur Begründung seiner Wahrnehmung führte er an, daß ein Arbeiterverein beschlossen habe den Akademikern für jedes Referat bare 4 Mark, den anderen Rednern aber nur 2 Mark zu geben. Auch hatte die Parteileitung zuweilen ihr Befremden darüber auszudrücken, daß ein der Sozialdemokratie schlecht anstehender Personenkultus getrieben werde, der darin zum Ausdruck komme, daß überall in Volksversammlungen Abgeordnete als Paradedepferde referieren sollten. Es gereicht dem Parteivorstand überhaupt zum Ruhm, daß er diesem kindlichen Personenkultus stets entgegentrat, und daß er — namentlich in früheren Jahren zeigte sich das öfter — es verstand die in Volksversammlungen betonte Souveränität praktisch auf das gehörige Maß zurückzuführen. Und so kann der Partei nachgesagt werden, daß sie im großen ganzen in diesem Widerstreit schließlich die rechte Mitte einzuhalten weiß. Es waren Kinderkrankheiten, die ehemals auftraten, und die nur von Böswilligkeit gegen die Demokratie als solche gedeutet werden können. Niemand, der mit Gewissenhaftigkeit den Dienst des Volkes ausübt, wird behaupten wollen, daß dieser Dienst ein leichter Dienst sei. Er bringt Gefahren und Beschwerlichkeiten die Menge, sowohl von der einen wie von der andern Seite; und auch jeder ehrenhafte Gegner konzidiert der Sozialdemokratie und ihren Führern gern, daß es keine erbärmlichere Lüge gibt als die von dem *Mästen mit Arbeitergroschen*.

Aber dieser Trost hülfte wenig, wenn die Demokratie sich nicht auch als eine gute Erziehungsschule für die Massen erwiese; und hierzu wird sie sich um so mehr gestalten, je länger die Massen die ihnen offenstehende Gelegenheit zur eigenen Leitung ihres Geschicks und somit zur eigenen Ausbildung wahrnehmen. So sehr sich die Partei in der verhältnismäßig kurzen Zeit entwickelt hat, so wenig kann bis jetzt aber von einem Überfluß an brauchbaren Führern die Rede sein, und diese sich bei gar vielen Gelegenheiten aufdrängende Erscheinung übt ihre Wirkung auch auf die Massen aus. Das Geschehete auf die Männer und Frauen, die sich mit eisernem Fleiß zu Leitern in der Parteibewegung emporgearbeitet haben, ist allmählich verstummt; und in der Einsicht, daß die von der Partei angestellten Beamten eine dem Gedeihen des Ganzen förderliche Tätigkeit ausüben, ist man an den meisten Orten, wo die Organisation sich entwickelt hat, von Herzen froh, wenn der Beamte lange am Platz bleibt.

Aus Ursachen, die hier nicht weiter berührt werden sollen, scheint diese Erkenntnis vom Wert tüchtiger Führer sich in der Gewerkschaftsbewegung zum Teil noch nicht im wünschenswerten Maß verbreitet zu haben. Peinlich berührt es angesichts dieses Umstands, wenn neuerdings der eine oder andere parteigenössische Beamte meint mit einem Aufgebot von radikalistischen Redensarten in den Gewerkschaften Gegensätze zwischen Massen und Führern hervorkehren zu müssen. Die paar Spiegelbilder aus dem Parteeleben früherer Tage, die hier aneinandergereiht sind, sollen zeigen, wie wenig nütz-

lich und würdig ein derartiges Beginnen ist. Die Entwicklung zum Bessern aber, die das Parteileben in zwei Jahrzehnten genommen hat, wird ohne Zweifel auch afterdemokratische Gelüste in den Gewerkschaften eindämmen und für ihr Teil bewirken, daß auch hier weder die Massen noch die Führer an einander irre werden.

XX
**ARTHUR SCHULZ · PRAIRIEVIEH- UND FROST-
 FLEISCHINFUHR ODER EIGENFLEISCHVERSOR-
 GUNG?**

ZWEIMAL, 1905-1906 und 1910, hat im letzten Jahrzehnt die Aufwärtsbewegung der Vieh- und Fleischpreise in Deutschland — die bekanntlich nur Teilerscheinung eines allgemeinen weltwirtschaftlichen Vorgangs ist und bei uns im Vergleich zu der erstaunlich raschen Steigerung der Vieh- und Fleischpreise in den Vereinigten Staaten eine langsame und mäßige genannt werden muß — vorübergehend wenn auch nicht zu einer Fleischnot, so doch zu einer die städtische Bevölkerung schwer belastenden Fleischteuerung geführt. Die Ursachen dieser Fleischteuerung, soweit sie auf dem Gebiet der Viehproduktion und nicht der in Deutschland sehr reformbedürftigen Organisation des Viehhandels und des Fleischvertriebs zu suchen waren, lagen beidemal in Futtermißernten der Jahre vorher. Das Jahr 1904 hatte die niedrigste Kartoffelernte seit einem Jahrzehnt (36 287 000 Tonnen gegen 42 900 000 in 1903 und 48 323 000 in 1905) und ebenso eine äußerst schlechte Ernte an Wiesenheu (21 507 000 Tonnen gegen 26 355 000 in 1903 und 26 265 000 in 1905) gebracht. Die Folge waren Notverkäufe von Schweinen und Rindvieh im Herbst und Winter 1904, Sinken der Vieh- und Fleischpreise, Zunahme des Fleischkonsums und, als das Jahr 1905 eine günstige Futterernte brachte und die Landwirte deshalb ihren Viehstapel auf die frühere Höhe zu bringen suchten, Sinken des Angebots an Schlachtvieh, Anziehen der Preise und Rückgang des Fleischkonsums. Dieser Vorgang wiederholte sich 1910. Das Jahr 1909 hatte eine höchst ungünstige Wiesenheuernte (22 140 000 Tonnen gegen 27 076 000 in 1908) geliefert und daher eine erhebliche Verringerung des Rindviehbestands nötig gemacht, während die wenigstens quantitativ gute Heuernte des vorigen Jahres die Ergänzung der stark reduzierten Herden gestattete und erforderte; es wurden deshalb im Sommer und Herbst 1910 weniger Rinder als gewöhnlich der Schlachtbank überliefert. Glücklicherweise war die Kartoffelernte 1909 überdurchschnittlich ausgefallen (46 706 000 Tonnen), so daß der Schweinebestand ohne krisenhafte Unterbrechung rasch und bedeutend vermehrt werden konnte. Der Minderantrieb an Rindern wurde daher 1910 zum Teil durch einen Mehrauftrieb an Schweinen ausgeglichen; auch machte aus diesem Grund im Gegensatz zu 1905-1906, das Schweinefleisch die Preissteigerung des Rindfleisches nicht völlig mit. Infolgedessen dürfte, nach den bisher bekannt gewordenen Zahlen zu urteilen, der durchschnittliche Fleischkonsum 1910 hinter dem in den beiden Vorjahren erreichten im Vergleich zu den übrigen europäischen Völkern außer England hohen Standard von 53 und 54 Kilo nicht wesentlich zurückbleiben, wobei allerdings zu beachten ist, daß er von der minderbemittelten Stadtbevölkerung nur unter Anwendung größerer Kosten einigermaßen aufrechterhalten werden konnte.

Noch allgemeiner und stürmischer als 1905-1906 wurden in der vorjährigen Fleishteuerungsperiode von städtischen Volksversammlungen und Stadtverwaltungen Forderungen an die Reichs- und Landesregierungen gestellt, von denen manche vielleicht die Interessen der sehr breiten und zum allergeringsten Teil zu den Großagrariern gehörenden viehproduzierenden Schichten¹⁾ des deutschen Volks nicht genügend berücksichtigten, und bei denen es auch zweifelhaft ist, ob ihre Erfüllung auch nur dem dauernden Interesse der städtischen Konsumenten und besonders der Industriearbeiter dienlich gewesen wäre. Neben Verwaltungsmaßnahmen, die als objektiv richtig unmittelbar einleuchteten, wie beispielsweise die Zulassung der Vieheinfuhr aus nicht oder nicht wesentlich verseuchten Nachbarländern, und neben Maßnahmen der Reichsgesetzgebung, die, wie die Beseitigung der letzten Futtermittelzölle (von 1,30 Mark für 100 Kilo Futtergerste und 3 Mark für 100 Kilo Mais) zum mindesten sehr diskutabel sind, wurden mit steigender Heftigkeit sehr schwerwiegende Eingriffe in die sanitätspolizeiliche und handelspolitische Gesetzgebung des Reichs verlangt: Aufhebung des § 12 des Fleischbeschaugesetzes, Abschaffung oder doch starke Herabsetzung aller Vieh- und Fleischzölle, ja selbst Beseitigung aller sanitäts- und veterinärpolizeilichen Grenzsperrern und Quarantänemaßnahmen ohne Rücksicht auf die Verbreitung von Tierseuchen im Ausland. Die Befürworter dieser Forderungen gingen dabei, zumal nachdem sich herausgestellt hatte, daß die benachbarten westeuropäischen Staaten selbst keine großen Überschüsse an Schlachtvieh aufzuweisen hatten, von der Grundanschauung aus, daß allein durch die Einfuhr amerikanischen Prairieviehs und argentinischen und australischen Gefrierfleisches eine zureichende Ernährung der ärmeren städtischen Schichten sichergestellt werden könnte. Ihre Vorschläge verfolgten denn auch folgerichtig den Zweck nicht etwa bloß die Einfuhr einer kontingentierten Menge überseeischen Frostfleisches zur Niederdrückung eines vorübergehend zu hohen Preisniveaus zu ermöglichen — das wäre wenig bedenklich gewesen —, sondern man wollte ausgesprochenermaßen durch Änderung der Reichsgesetzgebung die Vorbedingungen für einen dauernden Import von Vieh und Fleisch aus den extensiv wirtschaftenden Kolonialstaaten schaffen.

Nachdem schon in den letzten Monaten des vorigen Jahres der Auftrieb an inländischem Rindvieh auf den meisten Schlachthöfen wieder gestiegen ist, die Fleischpreise an vielen Orten schon etwas herabgesetzt sind, und die öffentliche Erörterung der Fleischnotfrage einen ruhigeren Charakter angenommen hat, ist es an der Zeit in sachlicher Untersuchung zu prüfen, ob die deutschen städtischen Konsumenten im allgemeinen und die deutschen Industriearbeiter im besondern zweckmäßig handeln würden, wenn sie ihre Ernährung in einem so lebenswichtigen Bestandteil wie Fleisch von der Lieferungsfähigkeit und Lieferungswilligkeit überseeischer Produktionsgebiete abhängig machen wollten.

Zu ernsthafter Erwägung dieser Frage sollte neben vielen anderen Tatsachen das rapide Steigen der Vieh- und Fleischpreise in den Vereinigten Staaten und das überraschende Sinken ihres Vieh- und Fleischexports Anlaß geben. Setzt man den mittlern Preis des Jahres 1896 bis 1900 = 100, so kosteten nach dem Bericht des Ackerbauministeriums:²⁾

¹⁾ Über die Anteilnahme der verschiedenen ländlichen Schichten an der Viehhaltung siehe die Rubrik Landwirtschaft in den Sozialistischen Monatsheften, 1910, 3. Band, pag. 153a.

²⁾ Siehe den Report of the Secretary of Agriculture 1909 (Washington 1909), pag. 26.

Vieh- respektive Fleischart	1908	1909
Rinder { <i>best native steers</i> , Chicago	136,4	139,9
{ <i>native carcasses, common to fair</i> , New York	129,7	133,6
Pökelrindfleisch: <i>family beef, salt</i>	165,0	154,8
Frisches Rindfleisch im Kleinhandel { <i>roasts</i>	122,0	132,2
{ <i>steaks</i>	123,3	133,7
Schweine { <i>prime hogs</i> , Chicago	139,4	160,9
{ <i>marked pigs, carcasses</i> , Chicago	139,1	148,4
Geräucherte Schweinerippen im Großhandel: <i>ribs smoked</i> , Chicago	170,5	221,0
Schweineschmalz: <i>lard, western steam</i>	177,0	223,7

Bei so heftigem Steigen der Inlandspreise ist es kein Wunder, wenn der Export der Vereinigten Staaten an Rind- und Schweinefleisch und daraus gefertigten Fleischwaren von 2198 Millionen Pounds im Jahr 1906 auf 1472 Millionen in 1909 und von 593 000 Stück Schlachtvieh in 1904 auf 208 000 in 1909 fiel, also auf insgesamt 67 % des frühern Höchststands. Wie lange kann es bei der beängstigend schnell vor sich gehenden Industrialisierung und Vergrößerung dieses einst als unerschöpflich fließende Nahrungsmittelquelle Westeuropas gepriesenen Landes dauern, bis der Export von Vieh und Fleisch ganz aufhört und womöglich gar dem Import Platz macht? Noch freilich könnten, wenn auch kaum mehr die Vereinigten Staaten, so doch die noch übriggebliebenen Raubbausiedlungskolonien Kanada, Argentinien und Australien, wenn die deutschen Vieh- und Fleischzölle und die deutschen Schutzmaßnahmen gegen Seuchen- und Krankheitseinschleppung ihren Exportbedürfnissen angepaßt werden, einen zunächst sehr steigerungsfähigen Anteil an der Fleischversorgung Deutschlands nehmen. Aber trüge ein solches Verhältnis irgend eine Garantie der Beständigkeit an sich? Würde es der dauernden Wohlfahrt unseres Volkes dienlich sein?

Der deutsche großstädtische Fleischkonsument würde sich ja zunächst wohl befinden, wenigstens in den ersten Jahren, in denen natürlich die Großimporteure und Angestellte des amerikanischen Fleischtrusts — dieser kontrolliert ja schon gegenwärtig einen großen Teil der argentinischen Gefrierfleischindustrie — alles aufbieten würden, um besonders die großstädtischen Industriearbeiter zu Kunden zu gewinnen und in Sicherheit zu wiegen. In dieser ersten Zeit würden die deutschen Bauern und die schweinefütternden ländlichen Arbeiter (24 % aller Schweine wird in Betrieben unter 2 Hektar gehalten) rücksichtslos unterboten werden. Sie würden unter der neuen Konkurrenz noch schwerer zu leiden haben als die englischen Pachtfarmer darunter gelitten haben;*) denn diese konnten einen Teil ihrer Verluste auf die meist sehr reichen Landeigentümer abwälzen, während die Hypothekengläubiger der deutschen Bauern und Kleinstelleneigentümer sich einen Zinsabzug wohl kaum gefallen lassen dürften. Ebenso wie in England würden die Fleischimporteure nicht bloß die Deckung des Zuwachses an Konsumkraft übernehmen, sondern sie würden ihren Absatz, mit dessen Größe ihr Profit steigt, bei dem dem Kapital inwohnenden Gewinnstreben auch auf Kosten der bisherigen inländischen Vieh- und Fleischlieferanten auszudehnen suchen. Diese könnten, wenn auch bei uns wie zurzeit im Londoner Großhandel das Kilo Gefrierfleisch zu 57 bis 79 Pfennig verkauft wird, eine mit so billigen Preisen arbeitende Konkurrenz unmöglich aushalten. Sie müßten in dem Maß wie das Frostfleisch im Konsum

*) Siehe meinen Artikel *Freihandel in der Landwirtschaft in den Sozialistischen Monatsheften*, 1910, 7. Band, pag. 173.

der breiten großstädtischen Schichten Platz gewinnt ihre Produktion einschränken und zum Teil einstellen. Es bliebe ihnen und ihren Kindern, auch in dem von der Landflucht bisher weniger berührten Süd- und Westdeutschland, oft nichts anderes übrig als in die Städte abzufliehen und Industrie- oder auch nur Gelegenheitsarbeiter zu werden. Wenn dann mit den in die Stadt oder übers Meer gezogenen Bauern wertvollste in Generationen erworbene viehzüchterische Erfahrungen und Geschicklichkeiten kaum wiederbringlich verloren gegangen sind, und wenn die noch übrigbleibenden kleinbäuerlichen Viehbestände, wegen mangelnder Rentabilität nicht mehr mit der bisherigen Sorgfalt und Hingebung gepflegt, vernachlässigt, vielleicht entartet sind, werden dann nicht die Konsumenten letzten Endes die Leidtragenden sein? Wahrscheinlich. Denn dann dürften die überseeischen Bauernstaaten ihre Überlegenheit als nun unersetzlich gewordene Lieferanten von Vieh und Fleisch politisch und wirtschaftlich auszunutzen verstehen. Sicherlich würden dann die kapitalistischen Großexportunternehmungen, wohl Gebilde nach Art des heutigen Fleischtrusts die deutschen Konsumenten ihre Unentbehrlichkeit und ihre dadurch errungene Macht fühlen lassen. Wie aber erst, wenn dann auch Kanada, Australien, Argentinien, dem die Agrarstaaten beherrschenden Entwicklungsgesetz folgend, sich industriell verselbständigen und wie gegenwärtig die Vereinigten Staaten das in ihren Grenzen erzeugte Vieh und Fleisch immer mehr für den Unterhalt ihrer eigenen Industriebevölkerung aufbrauchen? Was soll dann werden, wenn zu ihrem Ersatz neue Großfleischlieferanten sich nicht mehr einstellen? Dann müßte der deutsche Industriestaat doch, um sich nie versagende Fleischproduzenten und zugleich einen stets sichern Absatzmarkt für seine gewerblichen Erzeugnisse zu schaffen, notgedrungen daran gehen aus seinem noch triebkräftigen Volkstum heraus seine dem kurzen Glück billiger Fleischpreise mehr oder weniger geopfert Bauergrundlage wieder auszuflicken oder sie gar von Grund aus neu aufzubauen. Das aber wäre ein schweres Stück Arbeit, bei dem Deutschland ebenso scheitern könnte wie zurzeit England, das bei diesem Werk trotz jahrzehntelanger Mühen bisher nicht vorwärtsgekommen ist; denn es ist leicht Landwirte und Landarbeiter in Städter und Industriearbeiter umzuwandeln; aber es ist bisher noch nirgendwo und nirgendwann gelungen großstädtische Bevölkerungsmassen in tüchtige Landbauer und Viehpfleger umzuschaffen.

Aber ehe über Heil oder Unheil preisdrückender und marktakkupierender Einfuhr von Produkten überseeischer Prairieweidewirtschaft gestritten wird, sollte zunächst die Vorfrage aufgeworfen und geprüft werden, ob nicht etwa bisher in normalen Futtererntejahren die inländische Landwirtschaft den Fleischbedarf der deutschen Bevölkerung zu mäßigen Preisen gedeckt hat; ob sie imstande ist ihre Produktion auch in Zukunft entsprechend der wachsenden Kopfzahl und den zunehmenden Ansprüchen der städtischen Konsumenten zu steigern und gleichmäßiger zu gestalten; und endlich, ob nicht außerhalb der landwirtschaftlichen Erzeugungssphäre, nämlich in der Organisation des Viehhandels und Fleischvertriebs, wesentliche Verteuerungsursachen zu finden sind, deren Wirkungskraft, von anderen Maßnahmen abgesehen, durch Schaffung von Konsumenten- und Produzentenorganisationen und endlich durch deren Zusammenarbeiten abgeschwächt werden könnte. All diese Fragen sind in den letzten Jahren in unserer deutschen Parteiliteratur kaum irgendwo in eingehender Weise sachlich erörtert worden, obschon doch ihre Wichtigkeit für die

wirtschaftspolitische Willensbildung der sozialistisch gesinnten Industriearbeiterschaft klar auf der Hand liegt.

Will man untersuchen, ob und inwieweit die deutsche Landwirtschaft bisher das für den wachsenden Konsum nötige Fleisch beschafft hat, so muß man vom Ackerbau und seinen Erträgen ausgehen. Denn das Charakteristikum der deutschen im Gegensatz etwa zur englischen, holländischen, schweizerischen Viehwirtschaft, die mehr auf der Ausnutzung natürlicher Wiesen und Weiden aufgebaut sind, besteht gerade in dem organischen Zusammenhang und der engen Wechselwirkung zwischen Ackerbau und Viehhaltung. Vor allem die Rindvieh- und Schafhaltung verfolgt in Deutschland den Zweck die auf andere Weise nicht verwertbaren voluminösen Nebenprodukte des Getreidebaus in hochwertige tierische Produkte (Fleisch, Milch, Butter, Käse, Wolle) umzuwandeln. Daher war Genosse Nachimson an sich auf der richtigen Fährte, als er kürzlich bei einer Prüfung der Frage, was unsere Landwirtschaft in der Versorgung Deutschlands mit Fleisch leistet, von den statistischen Zahlen über die Größe der dem Getreidebau gewidmeten Kulturfläche ausging.⁴⁾ Sonderbar aber war es, daß er aus der Feststellung, das Brotgetreide habe 1900 nur 8,3 Millionen Hektar gegen 8,1 Millionen im Jahr 1883 eingenommen, den Schluß ziehen zu dürfen glaubte, die Fortschritte im Getreidebau seien »geradezu minimal«. Nach dieser Logik hätte er übrigens, da die Anbaufläche von Roggen, Weizen und Spelz 1909 auf 8 261 391 Hektar zurückgegangen war, schon lieber gleich von einem offenbaren Rückschritt sprechen sollen. In Wahrheit kommt es doch darauf an, welche Erträge damals und jetzt von diesen Flächen gewonnen wurden. Vergleicht man diese, dann ergibt sich ein ganz anderes Bild von den Fortschritten des Getreidebaus seit Beginn der deutschen Agrarschutzzollära. Es sind geerntet worden in 1000 Tonnen (à 1000 Kilo):⁵⁾

Zeitraum	Roggen	Weizen	Gerste	Hafer	Kartoffel
1880 bis 1882	5 617	2327	2163	4979	21 068
1907 bis 1909	10 614	3668	3351	8656	46 196

Welche Ertragssteigerung durch bessere Ackerbestellung, zweckmäßigere Düngung, sorgfältigere Sortenwahl und eine recht erfolgreiche Pflanzenzüchtung erreicht wurde, nachdem der inländischen Produktion ein zureichender Schutz gegen die Konkurrenz der ihren Bodenreichtum meist ersatzlos vergeudenden Kolonialstaaten gegeben war, ersieht man noch klarer aus folgender Zusammenstellung. 1 Hektar Ackerland gab folgenden durchschnittlichen Ertrag (in Doppelzentnern), wobei die Zahlen vor 1899 durch die vom reichsstatistischen Amt angegebenen Zuschlagsprozente mit den späteren, in einem andersartigen Erhebungsverfahren gewonnenen Zahlen vergleichbar gemacht sind:

Zeitraum	Roggen	Weizen	Gerste	Hafer
1883 bis 1892	11,8	15,2	15,5	14,1
1893 bis 1897	13,9	16,9	16,3	14,4
1898 bis 1902	14,7	18,4	18,0	17,0
1903 bis 1907	16,1	19,8	19,0	18,9
1908	17,5	20,0	18,8	18,0
1909	18,5	20,5	21,2	21,2

⁴⁾ Siehe Nachimson *Die Teuerung in der Neuen Zeit*, 1910-1911, 1. Band, pag. 17.

⁵⁾ Die Beweiskraft dieser Zahlen für den hier verfolgten Zweck wird dadurch, daß 1899 ein anderes Ernteschätzungsverfahren eingeführt wurde, wenig berührt.

Der Körnerertrag, der ja bekanntlich selbst beim Brotgetreide in sehr beträchtlichem Umfang zur Viehfütterung herangezogen wird, hat sich also bedeutend gesteigert. Auch die Nebenprodukte haben, wenn auch nicht im selben Maß, an Masse und Güte gewonnen. Es sind daher aus ihrer Getreidebaugrundlage heraus der deutschen Viehhaltung mächtig vermehrte Futterstoffe zugewachsen. Dazu kommt, daß die Erträge der neben dem Roggen wichtigsten Feldfrucht Deutschlands, der Kartoffel, seit 20 Jahren um 53 % gestiegen sind, während die Bevölkerung nur um 33 % zunahm. Das ist umso wichtiger als nahezu die Hälfte der jetzt 460 Millionen Doppelzentner betragenden Normalkartoffelernte der Verfütterung an die Haustiere anheimfällt.⁶⁾ Endlich hat die Runkelrübe, neben der Kartoffel, was Güte und Bekömmlichkeit wie was Sicherheit und Umfang der Ernte anlangt, die beste Futterproduzentin, ihre Erträge an Wurzeln und Blättern in einem ähnlich hohen Grad gesteigert. Es ist also völlig falsch, wenn Nachimson weiter allein daraus, daß das mit Futterpflanzen bestellte Areal seit 1883 von 2,4 nur auf 2,6 Millionen Hektar zunahm, die Folgerung ableitet, der deutsche Ackerbau sei im Stillstand begriffen, und es habe daher die deutsche Landwirtschaft in der Fleischversorgungsfrage versagen müssen.

Wie hat sich nun auf dieser Fläche nach wenig vermehrten, in seiner Ertragsfähigkeit aber außerordentlich gehobenen Kulturboden der Viehstand Deutschlands entwickelt? Es wurden gezählt:

Jahr	Pferde	Rindvieh		Schafe	Schweine	Ziegen
		überhaupt	davon Kühe			
1873	3 352 231	15 776 702	8 961 221	24 999 406	7 124 088	2 320 002
1883	3 522 545	15 786 764	9 087 293	19 189 715	9 206 195	2 640 994
1892	3 836 273	17 555 834	9 946 255	13 589 662	12 174 442	3 091 508
1897	4 038 485	18 490 772	—	10 866 772	14 274 557	—
1900	4 195 361	18 939 692	10 458 631	9 692 501	16 807 014	3 266 907
1904	4 267 403	19 331 568	10 456 137	7 907 173	18 920 666	3 329 881
1907	4 345 043	20 630 544	10 966 938	7 703 710	22 146 532	3 533 970

Bei der Beurteilung der in dieser Tabelle sich ausdrückenden Entwicklung hält sich Nachimson ebenso allein an die nackte Zahl der Viehhäupter wie er vorher nur die nackten Zahlen der mit Getreide und Futterpflanzen bestellten Hektare gesehen hat. Auf diese Weise kommt er zum Ergebnis, daß unsere Viehzucht »sich durchaus ungünstig entwickelt« habe: »Während die Gesamtbevölkerung um 47,7 % zugenommen hat, ist die Zahl der Pferde und des Rindviehs nur um zirka 30 % gestiegen. Die Vermehrung der Schweine wird zahlenmäßig durch die Abnahme der Schafe ausgeglichen.« Zwar gibt Nachimson die deutsche Viehzucht noch nicht ganz verloren, er glaubt nämlich, daß »auch der Viehzucht nur ein Mittel helfen kann: die Beseitigung der Zollschranken«, aber er scheint diesem Heilmittel doch selbst nicht recht zu trauen, denn sein Blick richtet sich schließlich ganz auf Argentinien, »unsern künftigen Fleischexporteur«.

Bei objektiver Betrachtung gibt jedoch die Entwicklung des deutschen Viehbestands zu pessimistischer Beurteilung keinen Anlaß. Der Rückgang der Schafhaltung hat zunächst für die Frage der Antarkie Deutschlands in der Fleischversorgung nicht die ihm oft zugeschriebene Bedeutung; denn er betrifft ganz

⁶⁾ Siehe Behrend *Deutschlands Kartoffelerzeugung und -verbrauch* / Berlin 1905/, pag. 46.

überwiegend die Merinos, die von jeher viel mehr als Produzenten feinsten Tuchwolle denn als Produzenten von Fleisch in Betracht kamen. Ihre Zahl sank von 9 591 490 Stück im Jahr 1873 auf 1 599 467 in 1892, und heute werden sie nur noch in einigen altberühmten Stammschäffereien gehalten.⁷⁾ Die Woll-einfuhr aus Südafrika und Australien hatte außer der Verringerung des gesamten Schafbestands die weitere Wirkung, daß innerhalb dieses Bestands die feinen Tuchwollschafe und die alten spätreifen Landschaft durch die frühreifen englischen Fleischschafe ersetzt wurden; der 3- und 4jährige Fetthammel mußte dem groß- und raschwüchsigen Schlachtlamm weichen. Infolge dieser Richtungsänderung in der Schafzucht und dem durch die größere Frühreife ermöglichten raschern Umsatz ist die Bedeutung des Schafbestands für unsere Schaffleischproduktion in einem viel geringern Grad gesunken als man nach dem Rückgang der Zahlen annehmen könnte.

In keinem Fall kann die Reduzierung des Schafbestands das außerordentlich starke Anwachsen des Schweinebestands aufwiegen. Dieser ist in der Periode 1873 bis 1907, auf 100 Einwohner berechnet, von 17,4 auf 35,4 gestiegen, hat also doppelt so rasch wie die Bevölkerung des Reichs zugenommen. Aber auch hier genügt die rein zahlenmäßige Betrachtung nicht, es muß vielmehr die erhebliche Zunahme der Frühreife berücksichtigt werden. »Wurden früher die Schweine erst im Alter von 2 bis 3 Jahren gemästet, so werden sie heute, dank der durch Einmischung von englischem Blut erzielten wesentlich größern Frühreife, schon im Alter von 8 bis 10, längstens aber 12 Monaten geschlachtet. Der Umsatz ist demnach ein viel schnellerer geworden, und die Schweinehaltung ist noch sehr viel bedeutender für die Versorgung des Fleischmarkts als eine einfache Gegenüberstellung der Stückzahl erkennen läßt.«⁸⁾ Kein Zweig der Tierhaltung ist durch die neueren veterinärpolizeilichen Einrichtungen im Inland und vor allem durch den Seuchenschutz an den Grenzen so gefördert worden wie die Schweinehaltung. Noch zu Anfang der neunziger Jahre wurden jährlich etwa 800 000 Schweine nach Deutschland eingeführt, die sich aber als so gefährliche Träger des Ansteckungsstoffs der Maul- und Klauenseuche, des Rotlaufs und der Schweineseuche erwiesen, daß damals in den östlichen Grenzprovinzen — ich erinnere mich dieser auch für Ostpreußen bösen Zeit noch genau — die genannten Seuchen in den Ställen der Bauern und Instleute nicht aufhören wollten. Niemand getraute sich deshalb seine Schweinehaltung zu vergrößern. Erst als vom Jahr 1894 ab die Grenzaufsicht in bezug auf Verhinderung der Seucheneinschleppung strenger durchgeführt wurde, sank zwar die Schweineinfuhr von 800 852 in 1893 auf 68 563 in 1900, noch viel mächtiger aber, nämlich um mehr als 4½ Millionen, stieg in gleicher Zeit, nicht zum wenigsten infolge der nun geschaffenen Sicherheit vor Seucheneinschleppung, die inländische Produktion, und zwar derart, daß nach den Berechnungen des preußischen statistischen Bureaus die Durchschnittspreise für 1 Kilo Schweinefleisch in 158 Marktorten noch etwas fielen (von 130 Pfennig in 1891 bis 1895 auf 129 in 1896 bis 1900).⁹⁾ Nun sind ja diese Preise auf 142 in 1901 bis 1905 und 148 in 1907 gestiegen, aber auch nicht annähernd so rasch wie in den Vereinigten Staaten, wo die Indexziffer des Arbeitsamts für frisches Schweine-

⁷⁾ Siehe Werner und Albert *Der Betrieb der deutschen Landwirtschaft am Schluß des 19. Jahrhunderts* / Berlin 1900/, pag. 46.

⁸⁾ Siehe Hansen *Viehzucht im Wörterbuch der Volkswirtschaft*, 2. Band, 2. Auflage / Jena 1907/, pag. 1230.

⁹⁾ Siehe Gerlach *Fleischkonsum und Fleischpreise im Handwörterbuch für Staatswissenschaften*, 4. Band, 3. Auflage / Jena 1909/, pag. 365.

fleisch im Kleinhandel, die Durchschnittspreise der Jahre 1896 bis 1900 = 100 gesetzt, im Jahr 1907 141,7 betrug.¹⁰⁾

Der Rindviehbestand ist zwar um 33 % gestiegen, auf 100 Einwohner gerechnet aber von 38,1 auf 33,0 gesunken. Allein auch hier wird der Rückgang der Verhältniszahl durch die größere Frühreife, das ganz beträchtlich gewachsene Lebend- und Schlachtgewicht und endlich durch die damit zusammenhängende Erhöhung der Schlachtprozente mehr als ausgeglichen.

Auf Grund erfahrungsmäßigen Verhältnisses des Schlachtgewichts zum Lebendgewicht hat das preußische Landwirtschaftsministerium das Schlachtgewicht des deutschen Viehstands im Zeitpunkt der letzten allgemeinen Viehzählungen berechnet¹¹⁾ und die so gefundene Tabelle ist von Dr. Gerlich mit Hilfe des vom Reichsgesundheitsamt mit hinreichender Genauigkeit ermittelten durchschnittlichen Reichsschlachtgewichts für das Jahr 1907 ergänzt worden.¹²⁾ Sie möge hier folgen, weil sie den bisher brauchbarsten Versuch darstellt das im deutschen Viehstand enthaltene Fleischquantum zu ermitteln und in seiner Entwicklung zu verfolgen.

Zählungs-termin	Das Schlachtgewicht (Fleisch und Fett) des Lebendviehbestandes betrug in Tonnen (à 1000 Kilo)				Auf den Kopf der Bevölkerung entfiel Fleisch und Fett in Kilo vom			
	Rindvieh	Schweine	Schafe	zusammen	Rindviehbestand	Schweinebestand	Schafbestand	im ganzen
10. Januar 1883	2 783 911	562 578	326 225	3 672 714	60,68	12,26	7,12	80,06
1. Dezember 1892	3 294 309	753 329	231 023	4 278 661	65,22	14,91	4,57	84,70
1. Dezember 1900	3 689 402	1 033 766	189 004	4 912 172	65,35	18,31	3,35	87,01
1. Dezember 1904	3 827 650	1 165 513	166 150	5 159 213	64,05	19,50	2,78	86,33
1. Dezember 1907	4 163 511	1 353 923	173 335	5 690 769	67,15	21,84	2,80	91,79

Wenn auch natürlich eine derartige Berechnung mit weiten Fehlergrenzen behaftet ist, so zeigt sie doch so viel, daß das Gesamtschlachtgewicht sehr stark und zwar auch verhältnismäßig stärker als die rasch wachsende deutsche Bevölkerung zugenommen hat. Dementsprechend ist bisher nach normalen Futtererntejahren auch nur eine relativ geringe Einfuhr an Vieh und Fleisch nötig gewesen. Es betrug nämlich die Mehreinfuhr (in 1000 Mark):

Jahr	Kühe	Ochsen	Jungvieh bis zu 2 1/2 Jahren	Stiere	Schweine	Rind- und Kalbfleisch	Schweinefleisch	Fleisch-extrakt Pepton, Suppen- und Bouillon-tafeln
1902 bis 1905	38 346	41 958	24 539	3550	6 449	16 465	20 438	7114
1907	21 321	31 449	19 975	3738	10 175	12 484	1 857	8844
1908	19 002	32 097	20 699	4630	15 558	9 509	3 896	6358
1909	20 000	26 672	18 020	3595	21 871	10 747	9 760	9022

Bei dem Wert der jährlichen Fleischproduktion Deutschlands von mindestens 3 Milliarden Mark spielt demnach die Einfuhr von Fleisch und Vieh — un-

¹⁰⁾ Siehe den *Report of the Secretary of Agriculture 1909* [Washington 1909], pag. 29.

¹¹⁾ Siehe die Denkschrift des preußischen Landwirtschaftsministeriums *Die Fleischsteuerung im Jahr 1905* [Berlin 1905].

¹²⁾ Siehe Gerlich *Ein Beitrag zur Fleischsteuerungspolitik deutscher Städte im Archiv des deutschen Landwirtschaftsrats 1910*, 34. Jahrgang, pag. 134.

ter diesem findet sich zudem viel teures Zuchtvieh — keine erhebliche Rolle; im Fall der Aufhebung der Futtermittelzölle könnte sie durch eine weitere Steigerung der Eigenproduktion wohl entbehrlich gemacht werden. Welch geringe Bedeutung das aus dem Ausland stammende Fleisch bisher im Haushalt des deutschen Volks gewonnen hat, ergibt sich noch deutlicher aus folgender vom Reichsgesundheitsamt angestellten Berechnung über den Fleischverbrauch im Deutschen Reich:¹²⁾

Jahr	Mittlere Bevölkerung in 1000	Inlandsfleisch		Auslandsfleisch		Gesamtmenge	
		1000 Kilo	auf den Kopf der Bevölkerung Kilo	1000 Kilo	auf den Kopf der Bevölkerung Kilo	1000 Kilo	auf den Kopf der Bevölkerung Kilo
1904	59 296	2 919 544	49,24	166 635	2,81	3 086 180	52,05
1905	60 285	2 885 945	47,87	216 842	3,60	3 102 787	51,47
1906	61 140	2 853 448	46,66	236 055	3,86	3 089 504	50,52
1907	61 995	3 096 936	49,95	184 522	2,98	3 281 458	52,93
1908	62 850	3 176 727	50,54	172 089	2,74	3 348 816	53,28

Nach alledem kann die oben gestellte Frage dahin beantwortet werden, daß sich bisher die deutsche Landwirtschaft in der Produktion von Vieh und Fleisch recht leistungsfähig erwiesen hat. Von dem dadurch ermöglichten Zustand der Eigenfleischversorgung abzugehen und seine tägliche Ernährung von Prairievieh- und Frostfleischeinfuhr abhängig zu machen, deren Ursprungsländer seinem Machtbereich völlig entrückt sind, hat das deutsche Volk und hat besonders die deutsche Arbeiterklasse mindestens so lange keinen begründeten Anlaß als sich die Fleischpreise im Reich auf einem mäßig hohen Niveau bewegen und nur langsam ansteigen. Das aber war bisher in normalen Futterjahren der Fall.

Aber werden die deutschen Landwirte den wachsenden Fleischbedarf der rasch zunehmenden Bevölkerung auch in Zukunft decken können? Werden sie ihre Zucht- und Aufzuchtmethodode verbessern, neue Futtermittelquellen erschließen, ihre dem Kulturland abgewonnenen Ernten steigern, sicherer gestalten und Überschüsse reicher für Ausfall magerer Jahre konservieren, endlich ihre Futtermittel rationeller verwerten lernen? Und vor allem: Werden sie diese technischen Probleme auch in wirtschaftlicher Weise, ohne unverhältnismäßigen Kostenaufwand, lösen können? Oder wird sich nach einem halben oder ganzen Jahrzehnt doch die Zulassung überseeischen Fleisches als unvermeidlich erweisen? Auf diese Frage wird ein zweiter Aufsatz Antwort zu geben versuchen.

¹²⁾ Siehe die Denkschrift des Reichsgesundheitsamts *Ergebnisse der Schlachtvieh- und Fleischschau im Deutschen Reich im Jahr 1908* (Berlin 1909), X. Es ist höchst interessant die obige Tabelle mit der von mir in meinem Artikel *Freihandel in der Landwirtschaft* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1910, 1. Band, pag. 174, wiedergegebenen Berechnung über den Fleischverbrauch des englischen Volks zu vergleichen. Danach haben 100 Acres landwirtschaftlich benutzter Fläche 1871 bis 1875 noch 56,40 Menschen mit Fleisch ernährt, 1901 bis 1905 nur noch 48,61 Menschen. Die Leistungsfähigkeit von 100 Acres englischen Landes für die Fleischversorgung hatte also bis dahin um 13,81 % abgenommen. Dafür wurden im letzten Jahrzehnt bereits 19,5 Millionen Einwohner des Vereinigten Königreichs mit ausländischem Fleisch ernährt. Wieviel unabhängiger steht Deutschland da!



GERHARD HILDEBRAND · DER AUFSCHWUNG DER RUSSISCHEN INDUSTRIE



IN einem Buch, das ich unter dem Titel *Die Erschütterung der Industrieherrschaft und des Industriosozialismus* vor kurzem herausgab, habe ich die Bestrebungen zur Industrialisierung Rußlands, ihre bisherigen Erfolge und ihre Zukunftsaussichten ausführlich dargestellt. Aber die Lebenden reiten zuweilen fast ebenso schnell wie die Toten.

In den seit Abschluß der genannten Arbeit verflossenen Monaten haben sich so viele bedeutsame Einblicke in die gegenwärtige russische Wirtschaftsentwicklung eröffnet, daß es sich angesichts der geschilderten Rolle der russischen Agrarlieferungen für unser deutsches Wirtschaftsleben¹⁾ schon jetzt verlohnt wieder auf die Frage zurückzukommen. Es versteht sich von selbst, daß die russische Industrie nur Fortschritte machen kann, wenn der innere Markt, Bauerngrundlage und Staat, sich in guter Verfassung befinden. Gute Verfassung heißt niemals utopischer oder auch nur erstrebenswerter Idealzustand sondern Fortschritt von der gegebenen Grundlage aus. Man mag über die russische Beamtenmißwirtschaft und über die russische Bauerntrunksucht noch so hart und berechtigt aburteilen, so kann doch nicht geleugnet werden, daß Bauern und Verwaltung in den letzten Jahren Besseres als früher geleistet haben. Nach den wichtigsten Ernteerträgen der Bauern sieht der Fortschritt wie folgt aus:

Getreideart	Ernte (in Millionen Pud)			
	Jahresdurchschnitt 1903 bis 1907	1908	1909	1910
Weizen	978,1	946,2	1311,8	1288,7
Roggen	1281,8	1213,9	1389,6	1345,4
Hafer	794,7	835,2	1015,0	926,9
Gerste	456,4	502,3	630,0	610,1
insgesamt	3511,0	3497,6	4346,4	4171,1

Für 1908 ist zu berücksichtigen, daß das Erntejahr an sich nicht zu den guten gehörte, daß aber Mais und verschiedene andere Feldfrüchte zusammen noch 4,3 Millionen Pud, Kartoffeln 177 Millionen Pud mehr brachten als vorher im 5jährigen Durchschnitt. Wurde 1910 in den bisher bekannten 4 Hauptgetreidearten die Rekordernte von 1909 nicht gleich wieder erreicht — Mais brachte 120,35 Millionen Pud gegen 62 im Vorjahr —, so ist doch trotzdem das Ergebnis wieder sehr befriedigend ausgefallen.

Der Aufschwung der russischen Landwirtschaft macht sich bereits in den Reichsfinanzen sehr günstig bemerkbar. Stiegen die ordentlichen Einnahmen im Jahr 1908 auf 2418 Millionen Rubel, das heißt um 75,3 Millionen gegen das Vorjahr, so 1909 um 108,5 und 1910 nach vorläufiger Berechnung sogar um 204,7 Millionen Rubel, so daß bei 2750 Millionen Gesamteinnahmen und 2592 Millionen Gesamtausgaben das Jahr 1910 mit einem Überschuß von 158 Millionen Rubel schließen wird, nachdem 1909 bereits einen Überschuß von 107

¹⁾ Siehe meinen Artikel *Die Weiterentwicklung der deutschen Einfuhr und ihre Bedeutung* in diesem Band der *Sozialistischen Monatshefte*, pag. 38 ff.

Millionen gebracht hatte. Doch erwartet man, daß sich die Gesamtsumme für beide Jahre noch auf 270 bis 300 Millionen erhöhen wird. Dementsprechend sind die Kurse der Staatspapiere gestiegen, zum Beispiel:

Staatspapiere	1906	1909	1910 (September)
4% Staatsrenten	70,62	87,75	95,12
5% Anleihe 1906	83,50	100,50	103,75

In gleichem Maß sind alle übrigen Ziffern der russischen Staats- und Privatwirtschaft in die Höhe gegangen. Die Ausfuhr erreichte im 1. Halbjahr 1910 578,1 Millionen Rubel gegen 525,3 Millionen im bereits außergewöhnlich günstigen 1. Halbjahr 1909. Die Staatsbahnen brachten in den ersten 9 Monaten 1910 58 Millionen Rubel mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahrs. Die Handelsbanken erhöhten in der Zeit vom Herbst 1909 bis zum 1. Juli 1910 ihre Grundkapitalien von 228 auf 270 Millionen Rubel, die Zahl ihrer Zweigniederlassungen von 400 auf 510. Die Einlagen und laufenden Rechnungen Privater in einigen russischen Banken haben sich von Ende 1908 bis Ende Juni 1910 wie folgt gehoben (in Millionen Rubel):

Bank	Dezember 1908	Dezember 1909	Juni 1910
<i>Asow-Don Kommerzbank</i>	84,0	116,0	154,78
<i>Bank für auswärtigen Handel</i>	92,79	132,13	153,08
<i>Wolga-Kama-Bank</i>	140,05	167,88	188,64
<i>Petersburger Diskontobank</i>	31,03	35,54	43,12
<i>Handels- und Industriebank</i>	57,3	81,06	100,99
<i>Nordische Bank</i>	85,78	112,35	119,05
<i>Staatsbank</i>	460,3	525,2	576,3

Die Einlagen in den russischen Staatssparkassen sind vom 1. Januar 1909 bis zum 1. August 1910 von 1163,2 auf 1325,3 Millionen Rubel gestiegen, die der Petersburger *Internationalen Handelsbank* im Jahr 1909 von 83,09 auf 141,88 Millionen. Die Depositenflut schwoll dermaßen an, daß den Banken eine nutzbringende Verwertung der Gelder schwer fiel. So beschlossen sie denn im Herbst 1910 unter Vorantritt der Staatsbank und auf Anregung des Finanzministers den Zinsfuß für Einlagen auf laufende Rechnung von in der Regel 4% auf höchstens 3% und für befristete Einlagen auf höchstens 4¼% herabzusetzen. Mochte immerhin der Finanzminister mit seiner Anregung die Absicht verbinden den Kursstand der Staatspapiere noch weiter zu heben, so scheint er nach manchen Anzeichen und Nachrichten doch auch ernstlich die Absicht zu verfolgen das Interesse für Industrieanlagen zu wecken und zunächst besonders für Aktien und Schuldverschreibungen von Eisenbahnen den innern Markt so stark wie möglich zu erweitern. Der Ausbau des Bahnnetzes durch Eingliederung wirtschaftlich nutzbarer Linien in das Gefüge der oft allzu rein strategisch angelegten Staatsbahnen ist noch auf lange hinaus eine dringende Notwendigkeit für die russische Volkswirtschaft. Wird mit den reichlicher fließenden Einnahmen des Staatsbahnsäckels ohnehin eine vermehrte Aufwendung für den Neubau von Bahnen möglich — 1911 sollen auf diesem Weg 50% mehr als im Vorjahr flüssig gemacht werden, indem der Betrag für diesen Zweck von 62,7 auf 95,1 Millionen Rubel erhöht wird —, so ist nach erfolgter Neuregelung der früher gänzlich unzureichenden Bestimmungen über die Staatsgarantie für private Eisenbahnprioritäten, wo bisher so gut wie alles von den beiden

Ministern der Finanzen und der Verkehrswege abhing, auf eine wesentliche Steigerung der privaten Unternehmungslust zu rechnen. Daß Interesse hierfür vorhanden ist, zeigt die starke Zunahme der Konzessionsgesuche in den letzten Jahren: 1907 waren es 24, ein Jahr später 36 und 1909 bereits 42. Natürlich kommt die Initiative heute noch vielfach vom Ausland, aber entscheidend ist zunächst, daß überhaupt etwas unternommen wird. Denn Petroleum- und Kohlenproduzenten, Eisenhütten, Holz- und Metallindustrie suchen bereits dringend nach erweiterter Beschäftigung und vermehrtem Absatz.

Bevor wir aber an diese Dinge gehen, müssen wir noch bei einigen Industrien verweilen, die unmittelbar mit der landwirtschaftlichen Grundlage zusammenhängen. Der Aufschwung beider, der Landwirtschaft und ihrer Verarbeitungsindustrien, wird schwerlich noch drastischer zutage treten können als in der russischen Rübenverarbeitung und Zuckererzeugung der letzten Jahre. Im Jahr 1901-1902 hatte Rußland zum erstenmal eine Million Tonnen Rübenzucker erreicht und um eine Kleinigkeit überschritten. Nach einem Aufschwung, der 1903-1904 die Produktion auf 1 328 000 Tonnen steigerte, sank die Ziffer bis 1905-1906 wieder auf etwas über eine Million zurück. Das folgende Jahr brachte mit 1,39 Millionen Tonnen einen neuen Rekord, aber bis 1908-1909 ging es abermals erst um 130 000 und dann um weitere 137 000 Tonnen zurück. Und nun vergleiche man, nach dem Ergebnis der Dezemberumfrage der *Internationalen Vereinigung für Zuckerstatistik*, die Ziffern des laufenden Jahres mit den bisherigen russischen und den wichtigsten internationalen Erträgen (in 1000 Tonnen):

Land	Rübenverarbeitung		Zuckererzeugung	
	1909-1910	1910-1911	1909-1910	1910-1911
Deutschland	12 892	15 556	2037	2502
Österreich-Ungarn	8 166	10 088	1246	1542
Frankreich	6 247	5 480	803	714
Rußland	6 837	13 120	1124	2115

Mit einem einzigen Sprung hat sich Rußland über die ebenfalls um rund 25% gewachsene österreichisch-ungarische Erzeugung hinweg Deutschland an die Seite gestellt. Hier sehen wir den Aufschwung einer agrarisch-industriellen Spezialität, in der Rußland dem deutschen Markt gar nichts bieten kann sondern im Gegenteil mit den deutschen Produzenten in schärfsten Wettbewerb tritt. Man möchte vielleicht einwenden, daß dem Riesenaufschwung ein abermaliger Rückschlag folgen müsse. Innerhalb gewisser Grenzen ist das natürlich möglich, aber diese Grenzen sind sehr eng gesteckt, seitdem die russischen Bauern — und das ist eine Haupterrungenschaft der jüngsten Jahre — rechnen gelernt haben. Die deutsche Zuckererzeugung ist bisher die größte der Welt, weil daran unter den deutschen Produktionsbedingungen am meisten verdient wird. In Rußland steht es nicht viel anders.

Daß so etwas heutzutage in Rußland wahrgenommen wird, zeigt sich bei einer andern Industriepflanzenerzeugung, beim Flachs. Rußland ist Hauptflachslieferant der Welt. 1907 exportierte es für 65 Millionen Rubel, 1908 für 65,27 Millionen, 1909 für 67,95 Millionen. Die Flachspreise sind der Aufwärtsbewegung von Baumwolle und Wolle treulich gefolgt. Aber es klappte noch ein

Das im Zusammenhang dieser Ausführungen Entscheidende ist nun bei der jetzigen Flachsbeziehung, daß die Erhöhung der Preise und die Organisation der Rohstoffproduzenten die Verbraucher, das heißt die Spinner und Weber, im Produktionsgebiet selber vor allen anderen begünstigen. Wie die Baumwollspinnerei und Weberei in den Vereinigten Staaten und Britisch Indien, daneben noch in Rußland und in Brasilien, infolge der unmittelbaren Rohstoffversorgung vorteilhafter arbeitet und stärker wächst als in jedem andern Land — vielleicht Japan ausgenommen, wo indische, chinesische und nordamerikanische Zufuhren bis auf weiteres günstig zusammen wirken —, so nimmt auch die russische Flachsindustrie einen mächtigen Aufschwung, während die anderen Verbraucher klagen. Mit erschöpfenden Ziffern läßt sich das nicht nachweisen, solange die vom *Internationalen Verband* organisierte Statistik noch keine periodischen Überblicke gestattet. Ich kann also augenblicklich nur auf das verweisen, was ich in meinem eingangs erwähnten Buch besonders an der Hand britischer Konsularberichte darüber ausgeführt habe, und was auf der letzten Hauptversammlung des *Verbandes deutscher Leinenindustrieller* im Dezember 1910 durch die Ausführungen des Herrn Otto Kühnemann voll bestätigt wurde. Aber für die russische Baumwollindustrie ist der Fortschritt auch in Ziffern nachweisbar. Während beispielsweise der Verbrauch der Spinner in den Vereinigten Staaten von 5 Millionen Ballen im Baumwolljahr 1908-1909 auf 4,7 Millionen im vergangenen, der der englischen Spinner von 3,39 Millionen 1907-1908 auf 3,15 im folgenden und 3,05 im letzten, der der deutschen von 1,76 auf 1,75 und 1,66 zurückging, stieg der russische Verbrauch (bei den berichtenden Spinnern) von 1,338 Millionen Ballen im Jahr 1908-1909 auf 1,433 Millionen 1909-1910. Da gleichzeitig der russische Verbrauch amerikanischer Baumwolle von 469 597 auf 357 071 Ballen sank, liegt der Vorteil der eigenen Baumwollversorgung für die russische Industrie klar zutage. Nach einem Bericht des deutschen Generalkonsulats in Petersburg wurde der russische Baumwollverbrauch 1910 auf 20 Millionen Pud geschätzt. Der Ertrag der eigenen Ernte von 1909 betrug 9,94 Millionen Pud. Dazu kamen 1,2 Millionen ägyptische Qualitätsware und 1,2 bis 1,5 Millionen persische Zufuhren. Der Rest mußte aus den Vereinigten Staaten bezogen werden. Beiläufig geben bereits diese Ziffern und die Tatsache, daß Persien zurzeit das wichtigste Zuckerausfuhrgebiet für Rußland ist, genügenden Aufschluß darüber, weshalb Rußland nicht geneigt ist seine Hand von Nordpersien wieder wegzuziehen. Das beschlagnahmte Land erscheint ihm eben als notwendiger Bestandteil seiner eigenen Rohstoffversorgung. Nichts kann in Vorderasien für Rußland unerwünschter sein als eine verstärkte Ablenkung persischer Lieferungen nach Westeuropa. Aber mit oder ohne persische Versorgung: die russische Baumwollindustrie marschiert infolge der selbständigen Rohstoffgrundlage, während die westeuropäische stagniert, und ihr Marschieren ist ein Prozeß von Dauer. Der gleiche Vorgang wiederholt sich in der Hanfindustrie, und daß auf allen verwandten Gebieten eine ähnliche Regsamkeit eingesetzt hat, beweist die Meldung von Mitte Dezember, daß in Sochaczew (Gouvernement Warschau) mit 4 Millionen Franken zur Hälfte belgischen, zur Hälfte russischen Kapitals eine Kunstseidenfabrik gegründet worden ist. Bereits im Anfang des vorigen Jahres wurde eine größere Fabrik in Tomaszow begonnen, die inzwischen fertiggestellt ist, und in Lodz sind zwei ähnliche Gründungen im Werk, die eine von Seiten eines Maschinenfabrikanten, die andere von

Seiten größerer Lodzer Baumwollindustriellen. Rußland verbraucht für seine Spitzenindustrie größere Mengen Kunstseide, die einem hohen Eingangszoll unterworfen ist. Industrieller Erziehungszoll und belgisches Kapital verhelfen ihm schnell zu voller Selbstversorgung auf diesem Gebiet. Übrigens sind die Rohmaterialien bei dem wichtigsten hier in Frage kommenden Verfahren ebenfalls wie in der übrigen Textilfabrikation im wesentlichen agrarischen Ursprungs, nämlich Spiritus und Äther. Damit genug vom Kapitel *Russische Textilindustrie*. Ihr Fortschritt und die Verdoppelung der Rübenzuckerproduktion in einem einzigen Jahr muß jeden davon überzeugen, daß der Aufschwung der russischen Landwirtschaft un mittelbar mächtige industrielle Kräfte in Bewegung setzt, die ihrerseits auf die Ausfuhr von Agrarprodukten und die Einfuhr von Industrieerzeugnissen in gleicher Weise begrenzend, ja schließlich rückbildend einwirken müssen.

Nicht anders steht es mit der russischen Montan- und Metallindustrie. Auch für ihren Aufschwung haben die letzten Monate zahlreiche neue Belege gebracht. Als Grundlage der Untersuchungen darüber kann die Schwereisenproduktion im 1. Halbjahr 1910 im Vergleich zur entsprechenden Periode des Vorjahrs dienen. In dieser Zeit wurden gewonnen und am 1. Juli waren vorrätig (in Millionen Pud):

Produkt	1909		1910	
	Produktion	Vorräte	Produktion	Vorräte
Roheisen	87,562	45,609	92,379	35,502
Halbzeug	92,285	12,957	104,526	10,769
Fertigerzeugnisse	79,262	20,328	89,761	19,933

Die Produktion hat also in allen 3 Gruppen und in Halb- und Fertigerzeugnissen um mehr als doppelt so viel wie in Roheisen zugenommen. Gleichzeitig sind die Vorräte, besonders an Roheisen, stark gesunken. Ein spezielleres Bild gibt die Auftragsmenge des südrussischen Eisensyndikats *Prodameta* in den ersten 9 Monaten der Jahre 1909 und 1910. Die uns vorliegenden Ziffern entstammen der *Kölnischen Zeitung* vom 15. Dezember 1910 und müssen nach den in ihnen enthaltenen Additionsfehlern einige Druckfehler enthalten. Die Hauptsache aber, die Bedeutung der einzelnen Spezialitäten und das durchgängige Wachstum der Aufträge, ist aus ihnen hinreichend zu ersehen. Die Ziffern lauten (in Millionen Pud):

Produkt	1909	1910
Bleche	5,662	7,237
Träger und Schwellen	6,548	10,004
Gußröhren	0,652	—
Bandagen	0,611	1,067
Stab- und Formeisen	31,700	37,199
Achsen	0,358	0,475
Leichte Schienen	0,517	0,744
insgesamt	46,516	57,385

Die Gußröhrenmenge fehlt für 1910, weil das betreffende Syndikat inzwischen aufgelöst ist. Aus der Tabelle geht die überragende Bedeutung des Stab- und

englisches und selbst nordamerikanisches auf den russischen Anlagemarkt. Alle Verhältnisse liegen jetzt so günstig wie nie zuvor. Der Aufschwung der russischen Landwirtschaft mit der ihm folgenden wesentlichen Steigerung der Kaufkraft, das Interesse der Bauern an der Hebung des innern Absatzmarkts für ihre Erzeugnisse, die hochentwickelte Leistungsfähigkeit der Kohlen- und Naphthaindustrie, der wachsende russische Kapitalreichtum und Unternehmungsgeist, das Interesse der russischen Regierung und der russischen Privatbahnen an einer Volkswirtschaft, deren Wohlstand nicht ganz allein auf den naturgemäß schwankenden Ernteerträgen der Landwirtschaft beruht, alle diese Ursachen wirken zusammen, um den Aufschwung der russischen Industrie möglichst stark und möglichst dauernd zu gestalten.

Vorläufig steigen natürlich Agrarausfuhr und Fabrikeinfuhr. Mit einem Schlag läßt sich die industrielle Verselbständigung Rußlands nicht durchführen. Aber schon ringen bei Rohstoffen und Halbfabrikaten Einfuhr und Ausfuhr um den Vorrang. Die Werte gestalteten sich, in Millionen Rubeln, während der letzten Jahre wie folgt: Im Jahr 1907 betrug der Wert der Einfuhr 375,9 Millionen Rubel, der der Ausfuhr 383,6, 1908 Einfuhr 406,8, Ausfuhr 370,7, 1909 Einfuhr 411,1, Ausfuhr 416,3 Millionen Rubel. Holz mit über 100 bis 126 Millionen Rubeln, Flachs, Petroleum, Ölkuchen und andere Ölprodukte, Felle und Leder, Hanf und dergleichen bilden die Ausfuhr; Leder, Häute und Felle, Kohlen und Koaks, Kautschuk, Farben, Rohbaumwolle (80 bis 112 Millionen Rubel), Rohseide und Rohwolle den Hauptteil der Einfuhr. Wohin sich die Wage in absehbarer Zeit neigen wird, mag zweifelhaft erscheinen, aber nur deshalb, weil man nicht vorhersehen kann, wie lange Rußland noch ausländische Baumwolle und Steinkohle beziehen wird. Aber die schließliche Begrenzung der Nahrungsmittelausfuhr und Fabrikateinfuhr ist ein Ergebnis, das sich schon jetzt von Jahr zu Jahr stärker verbreitet. Darum: Mögen die Russen bis auf weiteres an der Spitze unserer Lieferanten stehen, wie die Vereinigten Staaten von 1898 bis 1908 und Großbritannien vordem bis 1896 an der Spitze gestanden haben. Daß das nicht die dauernde Gestaltung der Dinge sein kann, liegt nach den geschilderten innerrussischen Entwicklungstendenzen klar zutage. Wer aber nach 2 oder 3 Lustren Rußland von seiner Stelle ablösen wird, ist eine der dunkelsten Fragen aus der dunklen Zukunft der stolzen deutschen Industrieentwicklung. Wir haben alle Ursache uns gründlich und dauernd mit dieser Frage zu beschäftigen, um kommenden Wandlungen so gut vorbereitet wie möglich entgegenzugehen.

XX

WALLY ZEPLER · EMMA IHRER



US einem schaffensreichen vollen Leben riß der Tod am 8. Januar unsere Genossin Emma Ihrer. Nicht allein eine der ältesten und tatkräftigsten Agitatorinnen der Partei haben wir in ihr verloren: Mit Emma Ihrer wie mit allen denen, die noch die ersten großen Zeiten des Anfangs mit durchlebten, ging zugleich ein unersetzbares Stück Parteigeschichte dahin. Unter dem Sozialistengesetz war sie in die Reihen der Partei getreten. Seit dem Anfang der achtziger Jahre, wo sie zuerst öffentlich hervortrat, bis kurz vor ihrer letzten schweren Erkrankung hat sie unermüdet mit immer gleicher Wärme, immer gleicher tieferer Begeisterung für die

Sache gewirkt, die ihr die größte schien: die Verbreitung des sozialistischen Gedankens im Proletariat, die Aufklärung und Organisation speziell der weiblichen Arbeiterschaft.

Emma Ihrer war politisch für die Partei tätig, wo immer man ihrer bedurfte. Durch ganz Deutschland unternahm sie Agitationstouren, um neue Mitglieder für die Sozialdemokratie zu werben und in die Herzen der oft noch ganz un- aufgeklärten Frauen den Keim politischen Interesses zu senken. 1885 gründete sie den ersten auf wirklich proletarischer Grundlage ruhenden Berliner Arbeiterinnenverein gemeinsam mit Marie Hofmann, der sie ihr Leben lang in Arbeit und Freundschaft verbunden blieb, und einigen Proletarierinnen, vor allem Pauline Stegemann, der schlichten tapfern Vorkämpferin ihrer Klasse, die ihr vor 2 Jahren im Tode voranging. Dieser *Verein zur Vertretung der Interessen der Arbeiterinnen*, der sich neben Bildungszwecken auch wirtschaftlich gewerkschaftliche Ziele steckte, durfte sich in der kurzen Zeit seines Bestehens schon starker Erfolge rühmen. So ist es bekannt, daß die damals beabsichtigte Erhöhung des Nähgarnzolls, die die Heimarbeiterinnen der Wäsche- und Konfektionsbranche mit neuer Belastung bedrohte, auf die von diesem Verein ausgehende Agitation hin unterblieb. 1886 indessen wurde der Verein polizeilich aufgelöst, und die Leiterinnen wurden mit Geldstrafen belegt; dem gleichen Schicksal verfielen bald die an anderen Orten gegründeten Schwesternvereine, die ersten Organisationszentren der Arbeiterinnenbewegung in Deutschland.

Von dieser Zeit an stand Emma Ihrer mit an erster Stelle in dieser Bewegung, die nun allen Schikanen zum Trotz langsam aufblühte. Sie wurde 1889 zusammen mit Clara Zetkin zur Delegierten auf dem Pariser internationalen Kongreß gewählt, war Mitglied der 7gliedrigen Agitationskommission, durch die man die Agitation unter den proletarischen Frauen zu leiten suchte, und kämpfte lebhaft für die Gründung einer Arbeiterinnenzeitung, die endlich von 1891 bis 1892 unter ihrer Redaktion herausgegeben wurde. Die *Arbeiterin*, wie das Blatt sich nannte, ist die Vorgängerin der *Gleichheit* geworden. Noch einmal riefen 1893 die Genossinnen einen Frauenbildungsverein in Berlin ins Leben, der zugleich mit der Frauenagitationskommission dem alten Schicksal der Auflösung verfiel. Erst in unserm noch jetzt bestehenden *Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse* gelang es endlich eine solche Frauenorganisation zu halten. Auch hier war es wiederum Emma Ihrer, die ihre volle Kraft für seine Gründung eingesetzt hatte.

Im letzten Jahrzehnt wandte sie sich dann, ohne je die politische Agitation aufzugeben, ganz besonders der gewerkschaftlichen Aufklärungsarbeit unter den Frauen zu. Mit einer Reihe anderer tüchtiger Gewerkschafterinnen und im Einverständnis mit der Leitung einzelner Zentralverbände organisierte sie in verschiedenen Gewerben eine Fabrik- und Werkstubenagitation, die innerhalb weniger Jahre schon reiche Erfolge aufwies. In erstaunlichem Maß stieg während des letzten Jahrzehnts nicht zuletzt infolge dieser eifrigen Agitation die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Frauen. Auch das *Arbeiterinnensekretariat*, eine Zentralstelle für gewerkschaftliche Arbeiterinneninteressen, verdankt sein Entstehen zum großen Teil ihrer Anregung. Sie selbst war Vorsitzende des Verbands der in der Blumen-, Blätter und Putzfederfabrikation organisierten Frauen und redigierte das Verbandsorgan, den *Blumenarbeiter*.

Der Ästhet darf in jede Kunst die Metaphysik einschmuggeln, er darf verkünden, daß in dem Spiel der Poesie verborgene Weltideen schlummern; er darf predigen, daß der Musiker nichts sei als der Herold kosmischer Bewegungen; er darf aus der Starrheit der Architektur folgern, daß sich in ihr der erstorbene Weltenrhythmus ausdrücke. Aber der Tanz? Da gibt es nichts zu grübeln. Der Tanz ist die Kunst, die den untäuschbarsten, echtsten, durch Metaphysik nicht zu beeinträchtigenden, begehrllichsten Sinn entzündet, das ist die Sehkraft. Die modernen Kunsttheoretiker haben es versucht die ewigen, von der Sonnenbewegung bestimmten Gesetze des Rhythmus aus den Künsten fortzuleugnen. Die Musik der Disharmonie, die Poesie des ungezügelten Rhythmus ist erfunden worden. Aber noch gilt die Regel unangetastet, daß der Tanz allein im weichen, gleichmäßigen, die Zuschauerstimmung zum Erquickenden führenden Takt auslaufen muß. Da es sich beim Tanz um Schnelligkeitswerte handelt, würde der Mathematiker sagen: Der von tanzenden Menschen zurückgelegte lineare Weg muß eine bestimmte Proportion zum durchmessenen Raum bilden. Tanzen ist weder Hopsen noch Rutschen noch Zucken noch Zittern. Die Charis führt den Tänzer nach ihrem Geschmack, nämlich zum Ebenmaß, zur Harmonie. Deswegen ist es falsch als Ursprung des Tanzes den nämlichen Grund anzunehmen, der nach dem Urteil der Glossologen die Sprache erzeugte. Die Glossologen bezeichnen als Onomatopöie den Versuch der beseelten Kreatur das Klingen der Welt nachzuahmen. Der Mensch, der bloß die Bewegung der Natur nachahmt, treibt nichts als Mimik, *Nachahmung*. Erst wenn aus den einzelnen mimischen Bewegungen eine augenschmeichelnde Gesamtheit wurde, entstand der Tanz. Also ist die Mimik das Primitive, dem onomatopöetischen Laut Gleichwertige. Dagegen ist die regulierte Mimik der Tanz, der gleichwertig mit dem Wort und dem Gebilde aus Worten, der Sprache lebt. Mimik ist eine Kunst, deren Haupthelfer stets das einzelne Individuum sein muß. Wer Mimik genießen will, soll nah an den Mimiker heranrücken. Die Mimik ist darum fleischlicher, gemeiner als der Tanz.

Das klassische Volk der Griechen liebte es tausend Tänzer über die dionysische Bühne wandeln zu lassen, Tänzer, die, im getragenen Schritt, das Symbol für des Staates Allmacht und Friedensfestigkeit schufen. Dann waren den Tänzern aber alle Körperteile maskiert, auf denen sich die Persönlichkeit des einzelnen mimisch hätte entfalten können. Besonders der Kopf war in die Maske gehüllt. Aber ist der Kothurn nicht auch eine Maske? Nur der reine, durch primitive Mimik nicht verfälschte Tanz wurde bei der religiösen und politischen Zeremonie der Masse geduldet. Erst wenn der Bürger aufhörte ein Staatsglied zu sein, wenn er ein anonymes Privatmann wurde, durfte sich ihm der Tanz, erniedrigt durch alle mimischen Notkünste, zeigen. Allein die Gefährtinnen der Bürger in den Freudenhäusern, die Hetären, durften den nackten Fuß tanzen lassen, die nicht künstlich verlängerten Arme, das unverhüllte Haupt und den bloßen Nacken. Erst die Hellenen der Diadochenzeit, die menschlicher, aber auch unfrommer und ohnmächtiger geworden waren als ihre antiken Urahnen, ließen den unmaskierten Tänzer ins öffentliche Theater ein. Die kaiserlichen Römer erlaubten den Eingang sogar der tanzenden Frau. Aber noch immer war das Tanzspiel so eingerichtet, daß sich nur die großen, monumentalen Linien vor der Menge zeigten. Gleich allen im Altertum gepflegten Künsten diente auch die Tanzkunst nur gemeinnützigen, staatserhaltenden Zwecken.



MENSCHEN der Gegenwart öffnen ihre Nerven eher einer zwecklosen als einer zweckvollen Kunst. Ratlos, verschüchtert und ein wenig zerdrückt, stehen wir vor der patriotischen oder religiösen Skulptur, die eine irdische oder himmlische Allmacht feiern möchte. Verstimmt und mit eingeschnürter Seele hören wir das Drama, in dem die Gerechtigkeitsliebe oder die Schändlichkeit oder die Vaterlandstreue oder der Tyrannenhaß gewaltiger walten als das kleine Schicksal des kargen Weltenspanns, des Menschen. Je massiver der moderne Künstler die allgemeinen Weltideen formt, desto windiger ist sein Einfluß auf den wahrhaft kunstempfindenden Genießer. Wir wollen mit dem Künstler allein in jene Gebiete wandern, wo die — wenn der Ausdruck erlaubt ist — von den Nerven genährte Seele sich freuen darf. Es muß einer schon die Kunst aus allerhand moralischen oder politischen Nebenabsichten definieren wollen, wenn er nicht deren wichtigsten Charakterzug erkennt: die Aufgabe des Ergreifens und Rührens oder des Befeuerns zum Jubel und Rausch. Der Tanz kann nur Jubel und Rausch in die Seele bringen, wenigstens für die modernen Menschen. Jeder kann aber bei sich selbst die Wahrnehmung machen, daß ihm nicht mehr der repräsentative Tanz, der Begriffe symbolisiert, die stärksten Eindrücke bringt, sondern der individuelle. Zum Begreifen des modernen Tanzes muß diese Tatsache festgehalten werden. Sie findet eine Analogie in dem ästhetischen Phänomen, das schon Hegel erkannte. Er spricht von der Reizbarkeit gewisser historischer Epochen für gewisse Kunstgebilde. Während eine Epoche für das Epos empfänglicher ist, gewährt die andere innigere Teilnahme dem Drama. In zwei Untersuchungen, im *Literarischen Echo* veröffentlicht, glaube ich gezeigt zu haben, daß die epische Kunstform für die Gegenwart deshalb an Boden verliert, weil ihre Darstellungsmittel dem modernen Menschen als zu kümmerlich, als nicht genügend eindruckskräftig erscheinen. Dagegen drängt die Sehnsucht des modernen Menschen zum Dramatisch-Tragischen hin. Je bunter und reicher das Innenleben moderner Menschen wurde, desto mehr vergrößerte sich die Ziffer der tragischen, dramatisch faßbaren Möglichkeiten für das moderne Theater. Desto heftiger wurde aber auch die Leidenschaft der Theaterlustigen das echtste, durch Schminke nicht verdorbene Bild des tätigen Menschen auf der Bühne zu sehen. Noch die Schauspieler der Goethezeit fürchteten sich ja ihre Rückseite dem Publico preiszugeben. Die Komödianten von heute sind zum Glück weniger schamhaft.

Auch die Tänzer. Die arkadischen Tänzer sind beinahe ausgestorben, jene Künstler und Künstlerinnen, die mit ihren wattierten Beinen und Reifröckchen eine falsche Lebenssüßigkeit zeigten. Die heroischen Tänzer verlieren an Ruhm, mit ihren Kürassen und klirrenden Schienen. Wo sie noch erscheinen, wirken sie gleich dem banalen, nicht erlebten Reim, gleich einer kränkenden Ballade von Felix Dalin, gleich einem erpreßten Frühlingslied von Julius Wolff. Die menschlichen Tänzer sind in das Reich all der Entrechteten eingezogen; sie ahmen den Rhythmus der Arbeit nach und schämen sich dessen nicht. Sie ahmen den Rhythmus der Liebe, nicht der verkrüppelten Liebelei, nach, und sie schämen sich dessen nicht. Sie ahmen den Rhythmus des Verbrechens, nicht des verzuckerten Lasters, nach, und sie schämen sich dessen nicht. Der moderne Tanz ist geworden, was er werden mußte, um moderne Menschen aufzufrischen, zu entzücken, zu fesseln. Realistischer, vielleicht auch naturalistischer, viel-

Sinnen und Grübeln auf alle Dinge der Erde Acht hat, desto weiter wird das Gelände seiner Einsicht. Deswegen haben Kunstpädagogen oft die Ansicht geäußert, daß Tänzer und Tänzerinnen mitten in des körperlichen und geistigen Daseins bunteste Verworrenheit hineingerissen werden sollten. Nur so könnten sie die Gabe steigern mit den Mitteln ihrer Kunst ein spielender Abglanz der Leidenschaften und auch der sanfteren Wallungen des Menschen zu sein.

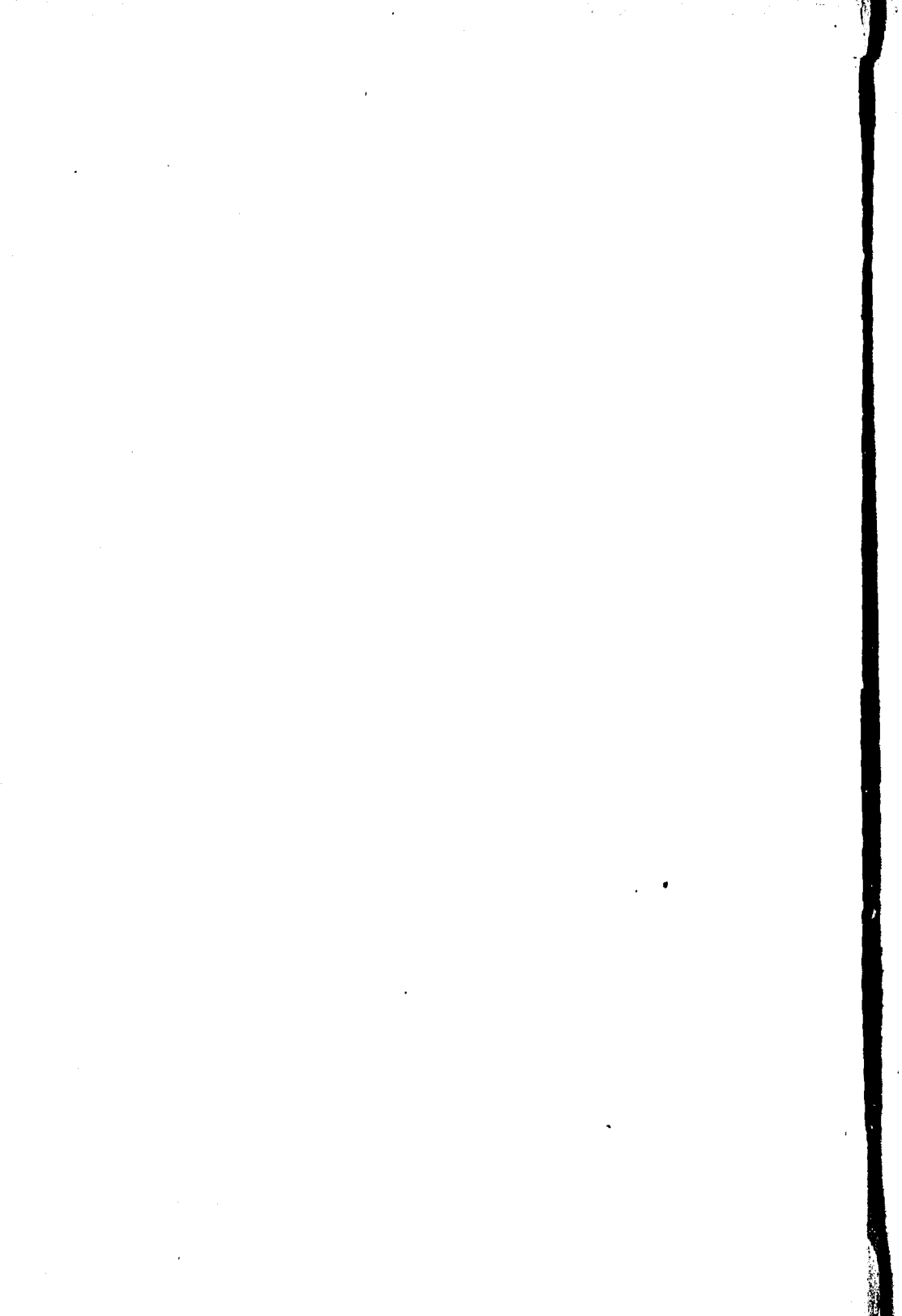


IR Menschen tanzen aus Frömmigkeit, aus Heldenhaftigkeit, aus Stolz, aus Trübsal, aus Freude. Wer all diese Gefühle prüft, kommt zu dem Schluß, daß sie nur Verzweigungen der tiefsten und allgemeinsten Empfindung sind: Das ist die Liebe. Demnach kann gesagt werden, daß die Menschen aus Liebe tanzen. Am deutlichsten wird das am Czardastänzer offenbar, der auf dem Boden — in Rhythmen natürlich — rutscht, ehe die Geliebte ihn annimmt; oder auch am russischen Tänzer der Ukraine, der sich in die Luft schwingt und dorten fünfzigmal herumwirbelt, ehe die Geliebte ihn annimmt. Der Tanz wirbt um Liebe, der Tanz schildert auch das Glück der schon erworbenen Liebe. Das ist nicht immer ganz deutlich, das kann sogar verborgen werden; wie im Gesellschaftstanz. Unter *Gesellschaft* ist hier nicht das soziale Gebilde verstanden, das die Aufmerksamkeit des Sozialökonomen erregt. *Gesellschaft* soll hier das zufällig beschlossene Geselligkeitsbündnis sein, das die Menschen zu ihrer Zerstreuung zusammenführt. Alte und Junge und Kinder versammeln sich. Es sind ganz bestimmte Formen, ein Zeremoniell ohne heftige Wandlungen, die bei derartigen willkürlichen heiteren Vereinigungen eine Rolle spielen. Proletarier und Prinzen pflegen solche Gesellschaften, in denen immer eine oberste Voorschrift herrscht: Die Menschen müssen sich bemühen das zu Spitze oder das zu Eckige, das zu Harte oder das zu Widerhaarige ihrer Persönlichkeit einzuschränken, zu besänftigen, oder auch ein wenig zu verstecken. Der Ton ist in den Geselligkeitsvereinigungen zu achten, den man den guten nennt. Hier ist das Wort *gut* ein wenig elastisch. Es kann nach Gewohnheit, nach Philosophie oder adligem Protokoll etwas sehr Derbes oder auch etwas sehr Liebliches bedeuten. Aber es ist unbestritten, daß in jeder Geselligkeitsvereinigung eine Konvention der Sitten die Buntheit, die Unberechenbarkeit und Starrheit der Gemüter herabmindert. Für diesen Zweck hat sich der Tanz immer sehr gut bewährt, der Tanz der Dilettanten. Wo viele Menschen im Tanz ihren individuellen Charakter ausdrücken, würde ein chaotischer Wirrwar entstehen, wenn nicht dem einzelnen Mäßigung geboten wäre. So ist der Gesellschaftstanz ein etwas müder, vertrockneter Abglanz des freien Tanzes. In der Geselligkeitsvereinigung hat man auch mit Worten rückhaltiger und vorsichtiger zu sein und nicht minder mit den Gesten des Tanzes. Der Gesellschaftstanz ist trotzdem keine Erfindung engherziger Moralisten. Es waren im Gegenteil sehr kluge Menschenkenner, die verordneten, daß ein Kratzfuß die Liebeswerbung, ein Kopfnicken den Dank für empfangene Liebesgeschenke bedeuten sollen. Diese milden Gesten treten an die Stelle der unverkünstelten und wilden. Die Ehrlichkeit wird durch die Eleganz ersetzt, die Begehrlichkeit durch die Galanterie, die Lüsternheit durch das Lächeln. Erst seit 200 Jahren dürfen sich beim Gesellschaftstanz Männer und Frauen umschlingen; und das auch nur bei den zivilisierten Nationen. Die Albanesen kennen, auch heute noch, nur getrennte Tänze für Männer und Frauen. Blättert man im Geschichtsbuch des griechischen Tanzes,

so findet man, daß ursprünglich der Tanz eines Paares etwas sehr Unanständiges darstellte. Die Nymphe tanzt mit dem bockbeinigen, geilen Satyr, und er hält sie in sehr eindeutiger Umschlingung. Erst die hellenische und alexandrinische Periode bringt tanzende Paare. Sie fassen sich aber noch nicht um die Hüften und Taillen, sondern Männlein und Fräulein stehen in einer Front. Sie windet den rechten Arm um seinen Hals, er den linken Arm um den Hals der Kameradin. Aber keines blickt dem andern in die Augen, keines schmiegt sich an den andern. Anderthalb Jahrtausende später, als die Philosophen meinten, daß menschliche Überlegung und Vernunft den ungeberdigen Instinkt sehr wohl beendigen könnten, wurde den Tanzenden das Recht eingeräumt sich der galanten, diskreten Umschlingung hinzugeben. Der Brauch kommt von den Franzosen, und französische Lehnwörter charakterisieren ihn auch am besten.



ERFREULICH ist es den Tanzenden zuzuschauen, den Dilettanten und auch den Künstlern. Die Tanzenden scheinen alles verloren zu haben, was an Sorgen und angeborener Schwere den Menschen niederdrückt. Die Tanzenden scheinen der Gegenwart, dem gefährlichen Nachsinnen über bekümmernde Schicksale zu entschlüpfen. Wo die Beine hüpfen, muß auch das Herz in jubelnder Bewegung sein. Und da aus dem Grübeln und Graben alle Widerwärtigkeit des Menschen erwächst, da Stillesitzen sein Blut träge macht und seine Gedanken tückisch, so hat es immer wieder dichtende Träumer gegeben, die einem begeisterten und geschickten Tänzer gern das Zepter über die Welt verleihen möchten. So kam einer auf die Idee eine prophetische Tänzermoral zu erfinden und den Seiltänzer Zarathustra als den höchsten Weisheitslehrer zu preisen. Und was hier noch phantastische, gefällige, den Formenreiz des Verführerischen tragende Ausschweifung war, das wurde später gar von leidenschaftlichen Vernünftlern zur Alltagsmoral erniedrigt. Dem Lord Hamilton, der sich seinen Privatgötzen in Gestalt einer tanzenden Frau hielt, kann niemand vorwerfen, daß er die ganze Erde zu diesem Tanzgottesdienst verleiten wollte. Sein Seelengeheimnis ist im Gegenteil nur durch Klatscherei verraten worden. Aber was soll man zu jener unklugen Dame sagen, die behauptete, daß sie mit ihren plumpen Schritten griechische Schönheitskultur wiederschaffe, zu jener Dame, die unkundige Frauen so enthusiastisierte, daß sie ihr die kleinen Töchter zur Schönheitserziehung anvertrauten? Diese Dame hat eine Sünde wider die Ästhetik begangen. Indem sie nämlich nach antiken Vasenmotiven tanzte, vergaß sie, daß die malenden Künstler mit ruhenden Gestalten Bewegungsmotive wiedergegeben hatten. Die Maler hatten, nach den Regeln ihrer Kunst, den prägnantesten Bildmoment gewählt, aus dem der Betrachter rückwärts und vorwärts, am ehesten die ganze Entwicklung des Tanzes sehen konnte. Tanz ist aber etwas Flüssiges, nichts Starres. Indem nun die falsche, anspruchsvolle Tanzvortäuscherin ihren Tanz aus lauter malerischen Posen zusammensetzte, tat sie etwas sehr Häßliches. Sie war eine übertrieben pathetische Tänzerin. Wenn ein Sänger immer nur das hohe C singt, ist er abscheulich. Eine Stelzentragödie ist unerträglich, da sie mit zu plattem Pathos überladen ist. Solch Tanz aus antiken Posen wirkt gleich einer saktigen Tragödie, von der nichts gegeben wurde als die 5 Knalleffekte der Aktschlüsse. Der weitere Fehltritt der Dame besteht aber darin, daß sie unmündige Kinder zu dem Glauben verleiten will, sie könnten durch Pflege der in ihrem falschen Pathos entlarvten



den — nimmt ein Teil der Parteipresse eine Stellung gegen die Ärzte ein, die keineswegs gebilligt werden kann. Der Kampf gegen die ärztlichen Organisationen mag noch so scharf geführt werden, kein unparteiisch Denkender wird das mißverstehen. Wenn aber Verfehlungen oder kleine Mißgriffe einzelner Ärzte derart aufgebauscht werden, und sogar Fälle, in denen der einzelne Arzt ganz korrekt gehandelt hat, die aber von ihm unabhängige und nur in sozialer Beziehung besserungsbedürftige Verhältnisse betreffen, in solcher Weise behandelt werden, wie es in einem Teil der Parteiblätter häufig geschieht, so wird naturgemäß ein Mißtrauen gegen die Ärzte großgezogen, das unberechtigt und schädlich ist. Ein solcher Standpunkt ist um so eigentümlicher als auf der andern Seite gerade die Aufklärung in medizinischen Dingen von der Partei aus gefördert wird, und die selben Blätter oft mustergültige populärwissenschaftliche Artikel bringen. Wenn es somit begreiflich erscheint, daß die Abneigung gegen die Ärzte auch bei den sozialdemokratischen Rednern zum Ausdruck kam, so hätten diese doch eine Frage von so eminenten sozialhygienischer Bedeutung etwas genauer behandeln und nicht von bereits widerlegten Tatsachen ausgehen müssen.

In diesen Ausführungen soll das Interesse des Arztes gegenüber dem allgemeinen volkswirtschaftlichen völlig zurücktreten. Es muß daher die Zulassung der im Ausland approbierten Medizinalpersonen gefordert werden; denn deren Ausschluß würde nur im wirtschaftlichen Interesse der im Inland approbierten Ärzte liegen, vom hygienischen Standpunkt aus aber verwerflich sein. Ähnlich steht es auch mit den Zahntechnikern; auch hierbei hat die Allgemeinheit — wie in der Begründung des Entwurfs von der Regierung zugegeben wird — keinen Grund deren Tätigkeit eingeschränkt sehen zu wollen, wobei sich über gewisse Kautelen vielleicht noch reden ließe. Die Frage aber, die hier vor allem zu beantworten ist, und die die Redner im Reichstag zu stellen verabsäumt haben, lautet: Sind durch die Tätigkeit der Heilkundigen so erhebliche Schädigungen der Volksgesundheit eingetreten, daß im allgemeinen Interesse Abhilfe erforderlich ist? Und die weitere, falls man zur Bejahung dieser ersten Frage kommen sollte: Ist der vorliegende Gesetzentwurf geeignet Abhilfe zu schaffen?

Zunächst kann die Forderung, daß sich jedermann von jedem, dem er sein Vertrauen schenkt, behandeln lassen darf, was als Prämisse vom Professor Förster und auch von unseren Genossen angenommen wird, sehr wohl bestritten werden. Gerade vom Parteistandpunkt aus sollte man das Wort Fourniers beherzigen: »Das Recht des einzelnen muß da aufhören, wo die Gefahr für die Gesamtheit beginnt.« Von diesem Gesichtspunkt aus ist ja auch die ganze Seuchengesetzgebung geschaffen worden. Es ist daher nicht mehr nötig auf durchaus unwissenschaftliche Ausführungen mancher Genossen über das Impfen weiter einzugehen, da sie des praktischen Interesses entbehren. Wenn nun der Staat eine Gefährdung der allgemeinen Gesundheit durch irgendwelche Verhältnisse befürchtet, so ist er verpflichtet die entsprechenden Maßnahmen zur Abhilfe zu treffen. Es besteht zum Beispiel eine Anzeigepflicht für die Ärzte bei einer Reihe von Infektionskrankheiten, bei Diphtherie, Scharlach, Typhus usw. Wenn daher der Staat solchen Leuten, denen er mangels entsprechender Qualifikation eine rechtzeitige Erkennung dieser Infektionskrankheiten nicht zutrauen kann und darf, auch deren Behandlung verbietet, so

handelt er nur konsequent. Den Kernpunkt der ganzen Frage bildet allerdings die Qualifikation. Gerade hierauf gingen aber die Redner aller Fraktionen — mit Ausnahme der Ärzte — kaum ein. Denn wenn man sich die Sache so leicht macht, wie Genosse Stücklen, der zwar zugibt, »daß ein Naturheilkundiger einmal einen Mißgriff machen kann, daß sie aber in ihrer Mehrzahl durchaus gewissenhafte Leute sind, die sich an keine Krankheit heranwagen, die sie nicht kennen und der gegenüber die Naturheilkunde versagt«, dann kann man wohl zu ähnlichen Schlüssen kommen, wie er sie gezogen hat; dann hat man aber die Materie nicht objektiv geprüft.

Ob die Zahl der *Kurpfuscher* — der Ausdruck ist nicht glücklich gewählt —, wie von der Regierung angenommen, 12 000 im Deutschen Reich beträgt oder mehr, ist an sich nicht direkt ausschlaggebend. Viel wichtiger ist deren Vorbildung. Für das Königreich Sachsen liegen beispielsweise genauere Zahlen vor: Im Jahr 1907 beschäftigten sich 2249 nicht approbierte Personen mit gewerbsmäßiger Ausübung der Heilkunde; rechnet man die 1022 ab, die sich als Zahntechniker auf die Behandlung Zahnkranker beschränkten, so bleiben 1227 Krankenbehandler, die im Alter von 20 bis 80 Jahren standen; davon gehörten 800 = 65,2 % dem männlichen und 427 = 34,8 % dem weiblichen Geschlecht an. Über die eigentliche respektive frühere Erwerbstätigkeit bei 439 fehlten genauere Angaben; 199 sind nur als Ehefrauen, Witwen und geschiedene Frauen, 130 als Masseure und Masseusen, 35 als Badbesitzer und Bademeister sowie 17 als Heilgehilfen benannt; bei 58 war über ihr früheres Gewerbe nichts bekannt. Von den restierenden 788 gehörten früher nicht weniger als 151 verschiedenen Berufen an: 79 waren Kauf- und Handelsleute, 49 Barbieri, 40 Weber, 34 Schneider und Schneiderinnen, 22 Handarbeiter, 25 Schuhmacher, 25 Strumpfwirker, 21 Dienstboten, 19 Bäcker, 10 Fabrikarbeiter, 17 Landwirte, 16 Gärtner, 16 Tischler, 12 Schlosser usw. Interessant ist die Feststellung über ihre Behandlungsarten: Es betrieben 285 sogenannte *Naturheil-methode*, 174 Magnetismus, 111 Sympathie, 82 Homöopathie, 32 behandelten mit Elektrizität, 10 mit Kräutern, 9 mit Pflastern und Salben, 30 unter Anwendung der verschiedensten Verfahren, 25 behandelten in der Hauptsache äußere Krankheiten, 6 Frauenkrankheiten, 6 Geschlechtskrankheiten usw. In manchen Medizinalbezirken gab es mehr Kurpfuscher als Ärzte; so waren zum Beispiel in den Medizinalbezirken Zittau 50 Ärzte und 54 Kurpfuscher, Rochlitz 33 Ärzte und 43 Kurpfuscher, Chemnitz-Land 36 Ärzte und 46 Kurpfuscher, Annaberg 30 Ärzte und 37 Kurpfuscher, im ganzen Königreich Sachsen aber 2136 Ärzte und 1227 Kurpfuscher. Wenn nun Genosse Stücklen in seiner Rede von den Hypnotisuren, Heilmagnetisuren selber sagt, daß man es mit einem »beispiellosen Schwindel« zu tun hat, und sich daneben diese Zahlen aus Sachsen ansieht, wo seine *beispiellosen Schwindler* über 23% der gesamten Krankenheiler ausmachen, dann dürfte er wohl sein Urteil von den »in der Mehrzahl gewissenhaften« Leuten etwas modifizieren.

Im übrigen geben die Naturheilkundigen selbst zu, daß die Ausbildung ungenügend sei, und schlagen Verlängerung des Unterrichts in ihren Fachschulen vor. Sie behaupten selbst, daß den Kursteilnehmern des Zwölfmonatskurses »fast durchweg die zu einem Studium unerläßliche Allgemeinbildung fehle« (Selb), daß eine Verlängerung der Ausbildungszeit und Verschärfung der Aufnahmeprüfung notwendig sei (Prager). Und dabei handelt es sich hierbei nur

um den geringen Teil der Heilkundigen, die überhaupt eine Art von (freiwilliger) Ausbildung genießen. Kein anderer als der Pfarrer Kneipp selbst, der gerade in seinen späteren Jahren die Bedeutung der ärztlichen Wissenschaft für seine Sache erkannte und sich von den *Laienpraktikern* immer mehr abwandte, erließ im Jahr 1896 folgende Erklärung: »Laien sollen von der Anwohnung der Sprechstunden in Wörishofen behufs Studium für die Zukunft ganz ausgeschlossen sein, weil die Erfahrung gelehrt hat, daß dieselben doch in den meisten Fällen nicht die nötige Kenntnis erwerben, um in der Öffentlichkeit wirken und dem System Achtung verschaffen zu können.« Daß sich natürlich auch ein intelligenter Laie durch gewissenhafte Arbeit in einem oder dem andern Fach der Heilkunde eine sogar recht gute Fertigkeit aneignen kann, das sehen wir ja bei den zahlreichen Masseuren und Heilgehilfen, die recht Tüchtiges leisten. Es handelt sich aber dann um eine Routine und nicht um wissenschaftliche Ausbildung.

Was nun die Kriminalität unter den Heilkundigen anlangt, so haben sich auch hier Genosse Stücklen und Professor Förster nicht völlig unterrichtet gezeigt. Der Arzt, der einen *Kunstfehler* macht, wird nicht milder sondern im Gegenteil erheblich schwerer bestraft als der Heilkundige im gleichen Fall. Von dem Arzt wird auf Grund seiner Ausbildung und Approbation verlangt, daß er keine Kunstfehler macht, ihm wird der Kunstfehler als Strafverschärfungsgrund angerechnet, dem Kurpfuscher werden meist mildernde Umstände zubilligt, da der Richter ihm auf Grund seiner mangelnden Kenntnisse den guten Glauben an die Ungefährlichkeit seiner Handlungen zubilligt. Die gleiche Beurteilung bei Kurpfuschern und Ärzten würde wohl andere Richtersprüche als so oft bisher hervorbringen. Die Kriminalität der Heilkundigen läßt sich natürlich noch schwerer feststellen als ihre Anzahl. Nach einer Statistik Springfelds waren von den Berliner Kurpfuschern fast 30 % vorbestraft. Überblickt man die Prozesse gegen Kurpfuscher nur 1 bis 2 Jahre, so fallen unter den Vorstrafen die folgenden auf: Betrug, Rückfallsbetrug, Sittlichkeitsverbrechen, Kuppelei, Verführung, Urkundenfälschung, Unterschlagung, Diebstahl, Erpressung usw. Es sei hier nicht weiter auf das umfangreiche, mir vorliegende Material eingegangen. Aber mit dem Hinweis auf die Vergehen von Ärzten wird das nicht entkräftet. Wenn Ärzte Kunstfehler machen und deshalb schon jetzt schärfer als Kurpfuscher bestraft werden, so wäre es höchstens konsequent eine bessere Ausbildung der Ärzte zu verlangen — eine Forderung, die diskutabel wäre —, nicht aber darin eine Entschuldigung für Leute zu sehen, die gar keine Ausbildung haben.

Daß Schädigungen bestehen, glaube ich dargetan zu haben. Es ist daher richtig, wenn der Staat zunächst dafür sorgt, daß bei der Bekämpfung der gemeingefährlichen Krankheiten keine Gefährdung der Allgemeinheit durch die mangelhafte Behandlung nicht genügend vorgebildeter Elemente eintritt. Wie wichtig aber gerade die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten ist, wozu natürlich vor allem erforderlich ist, daß sie in denjenigen Stadien, in denen sie nicht ohne weiteres festzustellen sind, erkannt werden, das sollte eigentlich jeder Kenner dieser Verhältnisse wissen. Und gerade die Krankenkassen leisten auf diesem Gebiet ein segensreiches Stück Arbeit. Die *Deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten*, zu deren Führern auch Leiter der größten deutschen Krankenkassen gehören, hat wiederholt in ihren Flugschriften

auf die Schädigung der Allgemeinheit durch nicht sachgemäße Behandlung hingewiesen. Es ist unmöglich, daß ohne gründliche wissenschaftliche Vorbildung (Kenntnis der mikroskopischen Methoden etc.) eine genaue Erkennung der Geschlechtskrankheiten und damit ihre Bekämpfung erfolgen kann. Und ebenso verhält es sich mit der Krebskrankheit. Der gewaltige Zulauf zu den Heilkundigen beruht auf der geradezu ungeheuerlichen, schwindelhaften Reklame. Ich glaube nicht, daß Professor Förster und seine Meinungsgenossen in unserer Partei die Statistik der Kurpfuschereikommission des *Deutschen Ärztebunds* oder die Ausstellung derartiger Annoncen auf dem letzten internationalen Hygienekongreß zu Berlin /1907/ kennen, sonst würden sie wohl anders über die *ehrliche Arbeit* der Heilkundigen urteilen. Es sind vom 1. bis zum 31. März 1908 aus nur 105 deutschen Zeitungen und Zeitschriften 19 279 Geheimmittel- und Kurpfuscheranzeigen und 3470 übertriebene Reklameanzeigen von Stärkungs- und Arzneimitteln gezählt worden. Und daß gerade die Ärmsten der Bevölkerung am gewissenlosesten ausgebeutet werden, haben zahlreiche Gerichtsurteile ergeben, und tausendfache Erfahrungen der Ärzte in den Krankenkassen und der Armenpraxis bestätigen dies. Hierbei kommt eine Konkurrenzfrage nicht in Betracht; denn die Ärzte verlieren in diesen Fällen kein Honorar. Wenn ein Dienstmädchen 80 Mark für eine *Röntgenstrahlenbehandlung* bei beginnender Lungentuberkulose (für eine Sitzung!) bezahlen muß, wenn den Angehörigen eines mittellosen Patienten ihre ganzen Ersparnisse, 750 Mark (5 Mark pro Besuch) abgenommen werden, ohne daß auch nur der geringste Erfolg erzielt wird, so sind das nur vereinzelte Fälle aus der Fülle des vorliegenden Materials.

Ich verzichte hier darauf auf die einzelnen Gesetzparagraphen einzugehen. Die Kritik, die von allen Parteien geübt wurde, ist vielfach berechtigt. Es ist nicht angängig, daß an Stelle von klaren gesetzlichen Vorschriften eine Blankovollmacht des Bundesrats gesetzt wird. Auch die Verantwortlichkeit der Redakteure wird in anderer Weise als in dem Gesetzentwurf geregelt werden müssen, soll nicht eine große Rechtsunsicherheit eintreten. Ebenfalls darf nicht eine hochentwickelte chemische und Nahrungsmittelindustrie, die sich einer anständigen Reklame bedient, wozu sie unter den heutigen Verhältnissen vielfach gezwungen ist, durch eine schlechte und ungenaue Gesetzgebung geschädigt, und so die Existenz ganzer Arbeiterkategorien bedroht werden. Ebenso verhält es sich mit den antikonzeptionellen und prophylaktischen Mitteln, deren Notwendigkeit in gesundheitlicher und sozialhygienischer Beziehung niemand ernstlich bestreiten wird. Auch hier wird die Kommission ein gut Teil Arbeit zu verrichten haben, um klare Vorschriften und keine Kautschukparagraphen zu schaffen.

Es ist notwendig, will man wahrhaft Nützlichendes schaffen, tiefer in die Materie einzudringen als es die Redner aller Parteien mit wenigen Ausnahmen im Reichstag getan haben. Nicht mit vorgefaßten Meinungen und Vorurteilen müssen die Maßnahmen zum Schutz der Volksgesundheit getroffen werden sondern aus der Kenntnis der Wirklichkeit heraus, *sine ira et studio*. Hier sei nur der Einwand noch widerlegt, daß die Naturheilkunde die zünftlerische Medizin befruchte und modernisiere. Es soll ohne weiteres zugegeben werden, daß die Propaganda der Naturheilkunde den Fortschritt der physikalisch-diätetischen Heilmethoden gefördert hat. Wenn aber auch Kneipp, Priebnitz und

Schrot ihr großes Verdienst um die Allgemeinheit haben, so sind dies nur einzelne Männer, die mit der Naturheilmethode wenig zu tun haben, und deren Methoden erst durch die wissenschaftliche medizinische Forschung ausgebildet und ergänzt worden sind. Auf ihre Methoden als alleinseligmachende schwören heißt doch sich allen anderen Fortschritten gegenüber blind zeigen. Es ist dies der selbe Vorwurf, den das Zünftlertum den Ärzten macht. Wenn aber wiederum die Ärzte diese Methoden anwenden, so trifft sie nicht der Tadel sich zünftlerisch von allem Neuen fernzuhalten. Die Naturheilmethode ist heute wie viele andere Allgemeingut der Ärzte geworden.

Gerade die Sozialdemokratie hat den geringsten Grund der ärztlichen Wissenschaft feindlich gegenüberzutreten. Es sei nur an die moderne Gewerbehygiene erinnert, die ja fast ausschließlich der Arbeiterschaft zugute kommt, und die von den Ärzten mit geschaffen worden ist. Wenn Mißstände beseitigt werden sollen, die ja auch zum Teil von den sozialdemokratischen Fraktionsrednern selber zugegeben werden, so sollte eine objektive Prüfung vorgenommen werden, auch wenn dem Ärztestand daraus wirtschaftliche Vorteile erwachsen sollten. Ich bin allerdings auch der Meinung, daß nicht Gesetze sondern die Aufklärung des Volkes eine wirkliche Beseitigung der jetzt zweifellos vorhandenen Mißstände bringen werden; wenn gesetzliche Maßnahmen dabei ebenfalls in diesem Sinn wirken, so kann dies nur willkommen sein. Die Ärzte aber werden trotz der Anfeindungen aller Parteien weiter wie bisher ihre Pflicht auch auf dem Gebiet der Volksaufklärung und sozialen Hygiene tun. In dieses Bestreben aber, wie es zum Beispiel durch das Zusammenarbeiten zwischen Ärzten und Krankenkassen in München, Berlin und vielen anderen Städten gefördert wird, sollten Mißstimmungen, die auf wirtschaftlichen Kämpfen beruhen, und die hier in den Reden der Abgeordneten und vielfach in der Parteipresse zum Ausdruck kommen, keine Störungen hineinbringen. Vor allem die sozialdemokratischen Abgeordneten sollten zwischen Volkswohlfahrt und Interessenkämpfen zu unterscheiden wissen.

XX

ROBERT FETTE · ARBEITERAUSSCHÜSSE

NACH § 134 b, d und k der Gewerbeordnung sind sogenannte *Arbeiterausschüsse* als fakultativ zugelassene Interessenvertretung der Arbeiter eines Betriebs vorgesehen. Diese haben nun im Lauf der Zeit eine so verschiedenartige Würdigung bei den Organisationen der Arbeiter und der Unternehmer gefunden, daß in der gegenwärtigen Zeit, wo sich nach den verschiedensten Anzeichen wieder eine Umwertung vorbereitet, eine Besprechung angezeigt erscheint. Die in den letzten Jahren mehrfach behandelten Arbeiterausschüsse im Bergbau können hierbei nur kurz gestreift werden.

Deutschland erfreut sich seit dem Jahr 1891 dieser Institution, nachdem ein Jahr zuvor Wilhelm II. in den bekannten Februarerlassen die gesetzliche Regelung in Aussicht gestellt hatte. Der Gedanke war an sich keineswegs neu. Schon 1848 war im Entwurf einer Gewerbeordnung, der dem ersten deutschen Parlament vorgelegt wurde, ein Fabrikanschluß vorgesehen, der die Befugnisse haben sollte Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern vermittelnd zu schlichten, eine Fabrikordnung zu entwerfen und aufrechtzuerhalten, eine Krankenkasse zu verwalten, die Arbeiter in den Fabrikräten (Arbeitskammern) zu

vertreten und anderes mehr. Zur Beschlußfassung kam der Entwurf 1848 nicht. Er hat aber wohl die Aufmerksamkeit der Arbeitgeber auf eine solche Einrichtung hingelenkt. Denn in den nächsten Jahrzehnten hat eine Anzahl Unternehmer, die ihrer Zeit vorausliefen, aus freien Stücken für ihre Betriebe *Fabrikausschüsse*, *Ältestenkollegien* oder wie sie das sonst nannten eingesetzt. Die Befugnisse dieser ältesten Arbeiterausschüsse waren sehr beschränkt; sie hatten vorzugsweise nur die Kranken- und andere Unterstützungskassen zu verwalten und daneben noch die sittliche Führung der Arbeiter zu kontrollieren. Erst nach und nach erlangten sie etwas weitergehende Befugnisse, insbesondere das Recht bei der Bemessung der Akkordlöhne und bei der Regelung der Fabrikordnung Wünsche vorzubringen. Die ältesten Arbeiterausschüsse waren vorzugsweise in den westfälischen, schlesischen und sächsischen Industriebezirken vertreten, 1884 durch Heinrich Freese auch in Berlin. In den achtziger Jahren bildeten die *Ältestenkollegien* in der sozialpolitischen Literatur ein sehr beliebtes Thema. Unter anderen schrieben F. Hitze, L. Brentano, W. Oechelhäuser und Richard Roesicke-Dessau in der wärmsten Weise für die Errichtung der Ausschüsse. Eine 1889 veranstaltete Privatenuete ergab, daß sich die Arbeitgeber in 14 von 21 Fällen für die Ausschüsse erklärten, 4 dieser günstigen Antworten entstammten Arbeitgeberverbänden, 7 ablehnende Antworten waren zum Teil mit dem geringen Umfang der Betriebe begründet, 4 von ihnen, darunter die des Freiherrn von Stumm, waren schroff dagegen. Die sozialdemokratische Arbeiterschaft verhielt sich gegenüber den Ausschüssen auch fast völlig ablehnend. So sprach ein im Jahr 1891 im *Archiv für soziale Gesetzgebung und Statistik* veröffentlichter Artikel sich dahin aus, die Ausschüsse seien nur eine bequeme und billige Unternehmerpolizei, die den Arbeitern zugestandenen Rechte seien nur scheinbare Rechte, und schlaue Unternehmer würden die Ausschüsse nur dazu benutzen ihre Herrschaft unbemerkt zu befestigen.

Inzwischen hatte die unter den Bergarbeitern im Ruhrrevier herrschende und nur zu begründete Unzufriedenheit zu dem großen Streik von 1889 geführt. Es bestanden damals erst die Anfänge einer Arbeiterorganisation. Auch waren nur vereinzelte Arbeiterausschüsse vorhanden, so daß die Arbeiter gleich zu Beginn des Kampfes einen auf jeder Zeche von der Belegschaft zu wählenden Arbeiterausschuß verlangten, der die Differenzen zwischen der Zeche und den Arbeitern schlichten sollte. Damals sagte der Kaiser selbst den Grubenbesitzern: »Ich möchte Sie bitten dafür Sorge zu tragen, daß den Arbeitern Gelegenheit gegeben werde ihre Wünsche zu formulieren.« Gleichwohl konnten die Bergarbeiter ihre Forderung nicht durchsetzen, zumal der Gesetzgeber sie völlig ihrem Schicksal überließ. Es bedurfte erst des neuen großen Streiks im Jahr 1905, ehe die preußische Regierung daran ging den Bergarbeitern obligatorische Arbeiterausschüsse zu geben. Bekanntlich verschlechterte der preußische Landtag die Novelle dann derartig, daß fast nichts an Vorteilen für die Arbeiter übrigblieb, und der Bergarbeiterverband für seine Mitglieder die Beteiligung an den ersten Wahlen ablehnte.

Bei der Formulierung der schon erwähnten Februarerlasse erinnerte sich die Staatsregierung wohl früherer Versprechen und versprach aufs neue. Es heißt in den Erlassen, daß für die Pflege des Friedens zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern gesetzliche Bestimmungen über die Formen in Aussicht zu nehmen seien, in denen die Arbeiter durch Vertreter, die ihr Vertrauen besitzen, an der

Regelung gemeinsamer Angelegenheiten beteiligt werden. Doch die nach Bismarcks eigenem Geständnis von den Erlassen gehoffte Wirkung auf die Reichstagswahlen vom 20. Februar 1890 trat nicht ein, vielmehr stiegen die sozialdemokratischen Mandate von 11 auf 35.

Schon die bloße Ankündigung der Arbeiterausschüsse rief ihre Gegner auf den Plan. Der Freiherr von Stumm zum Beispiel rief *seine Arbeiter* zusammen und hielt ihnen eine überaus selbstbewußte Rede, in der er ausführte, daß sich eine Anzahl unberufener *Kurpfuscher* eingefunden hätte, die die persönliche Fühlung durch Einsetzung von Arbeiterausschüssen herstellen wollte. Es sei dies ein Widersinn von Sozialdemokraten und geistig verwandten Parteien, eine Verirrung der sie fördernden Arbeitgeber. Auch Herr Bueck sagte im September 1890 im *Verein für Sozialpolitik*: »Richten wir Arbeiterausschüsse durch die ganze Industrie ein, so tun wir die Arbeit der sozialdemokratischen Propaganda.« Im Entwurf des Arbeiterschutzgesetzes von 1890 waren die Arbeiterausschüsse trotz der kaiserlichen Zusage nicht enthalten. Es hieß in den Motiven, daß es sich nicht empfehle »die neuerdings mehr und mehr Eingang findenden Arbeiterausschüsse zu einer gesetzlichen Einrichtung zu machen«; dagegen »werden sie durch die Gesetzgebung so weit zu berücksichtigen sein, daß sie in Fällen, wo eine Anhörung der Arbeiter vorgeschrieben wird, als deren Vertretung anerkannt werden«. Erst auf Antrag des Zentrumssozialpolitikers Dr. Hitze wurden die fakultativen Arbeiterausschüsse in die Vorlage aufgenommen, nachdem die konservative Parteien und die Sozialdemokratie die obligatorischen Arbeiterausschüsse abgelehnt hatten. Die sozialdemokratischen Vertreter hatten noch weiterhin beantragt sowohl den § 134 h, der die Bestimmung über die Wahl der Arbeiterausschüsse betrifft, als auch den Absatz 2 im § 134 d (daß die Anhörung des Fabrik Ausschusses beim Erlaß einer Arbeitsordnung als Äußerung der Arbeiter genüge) zu streichen. Bebel wandte sich als Fraktionsredner in sehr scharfer Form gegen die Ausschüsse, weil in ihnen die Gleichberechtigung von Arbeitern und Unternehmern doch nie ganz zum Ausdruck komme. Solange aber nicht Gleichheit und Freiheit der Lebensbedingungen für alle Menschen herbeigeführt seien, werde der soziale Kampf nicht zur Ruhe kommen. Auch die Arbeiterausschüsse würden ihn nicht mildern und die sozialen Gegensätze abschwächen, sie seien nur ein Palliativmittelchen diese Gegensätze zu verhüllen. Das System von Arbeitervvertretung, das die Mehrheit einführen wolle, sei nur ein Scheinsystem. Die Arbeiterausschüsse bedeuteten nichts weiter als was ähnliche Verfassungseinrichtungen auf politischem Gebiet bedeuten: »Sie sind das scheininkonstitutionelle Feigenblatt, mit dem der Fabrikfeudalismus verdeckt werden soll . . . Da wir prinzipielle Gegner der Ausschüsse sind, so haben wir keine Veranlassung mit positiven Anträgen in bezug auf die Organisation derselben hervortreten; wir lehnen den ganzen Paragraphen ab.« Der Kommissionsantrag mit fakultativen Arbeiterausschüssen wurde dann in der noch heute geltenden Fassung angenommen.

Die politisch und gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft versprach sich anfänglich nichts von den Arbeiterausschüssen und wollte deshalb noch lange Zeit von ihnen nichts wissen. Ähnlich war die Haltung der großindustriellen Unternehmerverbände, über die schon einiges oben gesagt wurde. Auch der *Zentralverband deutscher Industrieller* wies Arbeiterausschüsse gleichviel welcher Form zurück. Ähnlich war die Haltung des *Vereins zur Wahrung der ge-*

meinsamen wirtschaftlichen Interessen der Saarindustrie und der südwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller. 6 Arbeitgeberverbände empfahlen ihren Mitgliedern dringend die Errichtung von Arbeiterausschüssen und unterstützten dies durch Aufstellung eines Normalstatuts. Es waren das folgende: *Arbeiterwohl*, der *Verband katholischer Industrieller und Arbeiterfreunde*, der *Linksrheinische Verein für Gemeinwohl*, der *Bergische Verein für Gemeinwohl*, der *Verein anhaltischer Arbeitgeber*, der *Arbeitgeberverein Mittweida*, der *Verband keramischer Gewerbe in Deutschland*, der *Verein zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands*. Die von diesen Arbeitgeberverbänden ausgearbeiteten Musterstatuten legten den Hauptwert auf die Wohlfahrtspflege und die Überwachung der sittlichen Führung der Arbeiterschaft und die Erziehung der Lehrlinge. Es fehlte auch nicht an Arbeiterausschüssen, denen weitergehende Befugnisse eingeräumt waren; aber bei den widerstrebenden Interessen konnten sie, solange eine kräftige Arbeiterorganisation nicht hinter ihnen stand, keine rechte Wirksamkeit entfalten.

Vor und in den ersten Jahren nach 1890 blieb die Tätigkeit der Arbeiterausschüsse nur unbedeutend, da sie zu sehr von dem Wohlwollen und der Einsicht des Arbeitgebers abhing, die Arbeiterschaft durchweg aber an den mit unzureichenden Befugnissen versehenen Arbeiterausschüssen kein rechtes Interesse hatte. Erst mit dem Erstarken der gewerkschaftlichen Organisationen änderte sich die Anschauungsweise und die Behandlung, worauf auch politische Erwägungen und Ereignisse nicht ohne Einfluß blieben. Die zunehmende Fraktionsstärke der Sozialdemokratie nötigte die bürgerlichen Parteien zu einer entgegenkommenden Haltung den sozialpolitischen Wünschen der Arbeiterschaft gegenüber. Und obwohl für den Fortschritt nicht gar so viel erreicht wurde, brachte schon die bloße Möglichkeit einer Erweiterung des Einflusses der Arbeiterschaft die Scharfmacher in ihrer Haltung gegenüber den Arbeiterausschüssen zum Wanken. Als das Zentrum gewisse allgemeine Arbeitervertretungen anzustreben schien, als sogar die Nationalliberalen (Bassermann-Heyl) Miene machten aus den Gewerbegerichten heraus begutachtende Instanzen zu schaffen, rückten die abhängigen Arbeiterausschüsse mehr und mehr in ein anderes Licht; sie konnten unter Umständen, wie Schippel sagt, »als das kleinere Übel gelten«,¹⁾ und so war es denn recht erbaulich anzuhören, wie am 26. April 1899 der Abgeordnete von Stumm mit einemmal sich sogar für obligatorische Arbeiterausschüsse zu erwärmen suchte: »Ich arbeite mit ihnen sehr gern und nützlich. Einem solchen Ausschuss kann ich allerdings einen großen Teil der Aufgaben unbedenklich zuweisen, die Herr Dr. Hitze aufstellt . . . und ich würde unter Umständen mich nicht einmal sehr gegen die obligatorische Einführung dieser Arbeiterausschüsse für die einzelnen Betriebe wehren; darin würden wir uns verständigen können.« Aus den damaligen Plänen ist nun nichts geworden. Weder wurden die Gewerbegerichte so ausgebaut, daß sie den Arbeitgebern als entscheidende oder begutachtende Instanz sonderlich weh tun, noch wurde bis jetzt überhaupt bei dem sozialpolitischen Wettlauf der bürgerlichen Parteien etwas erzielt, das die absolute Herrschaft der Unternehmer eindämmen könnte. Es ist aber bezeichnend, daß schon die bloße Möglichkeit eines Eingreifens eine andere Beurteilung der Arbeiterausschüsse durch die Unternehmer zeitigen konnte. Letztere fühlten sich in der Abwehr von Schlimmern zur Begründung der Arbeiterausschüsse veranlaßt und auch zu einer gewissen Ausdehnung der Befugnisse, um einestils eine

¹⁾ Siehe Schippel *Sozialdemokratisches Reichstagshandbuch* (Berlin 1902), pag. 64.

wirkliche Interessenvertretung der Arbeiter als überflüssig erscheinen lassen zu können, andernteils um die Arbeiter von dem Anschluß an die erstarkenden Arbeiterorganisationen abzuhalten. Diese Wandlung hat zur Folge gehabt, daß heute, wie H. Koch nach den Berichten der Gewerbeinspektoren glaubt konstatieren zu können, etwa 10 % aller Betriebe über 20 Personen einen Arbeiterausschuß haben.²⁾

Die Gewerkschaftsorganisationen benutzten die nun einmal vorhandenen Arbeiterausschüsse nach Möglichkeit für die Interessen der Arbeiter. Die Wahlen der Mitglieder des Ausschusses wurden zu einer Angelegenheit der organisierten Arbeiter des Betriebs. Es ließ sich nicht verkennen, daß unter Umständen durch geschicktes Vorgehen die Mitglieder des Arbeiterausschusses nicht nur Vorteile für die Arbeiter des Betriebs erreichen konnten sondern auch in der Lage waren kleine Beschwerden und Wünsche zu vertreten und in solchen Fällen Abhilfe bei Differenzen zu schaffen, um die sich ein Eingreifen der Organisationsleitung nicht lohnte. Daß die Tätigkeit des Arbeiterausschusses nur im Einverständnis mit der Organisation der Arbeiter ausgeübt werden kann und sich nutzbringend gestalten läßt, bedarf nach dem Gesagten keines Beweises mehr. Die Organisationen sind denn auch mehr und mehr dazu übergegangen bei der tariflichen Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, überhaupt bei den Lohnbewegungen eine Einsetzung von Arbeiterausschüssen zu verlangen. Es ließe sich dafür etwa ein Dutzend Beispiele aus den letzten Jahren anführen. Zuletzt waren es der Metallarbeiterverband und die anderen an der Werftarbeiterbewegung beteiligten Organisationen, die in den Vereinbarungen die Errichtung von Arbeiterausschüssen durchsetzten. Die Aufgaben der modernen Organisationen sind so ausgedehnt, daß für die Arbeiterausschüsse in den einzelnen Betrieben immer noch genügend Raum zur Betätigung bleibt. Die Arbeiterausschüsse können neben den für die Organisation wirkenden Vertrauensmännern noch sehr tätig sein, ohne daß in irgend einem Betrieb gesagt werden könnte, ihr Eingreifen werde nicht mehr notwendig sein. Die Aufgaben der beiden Institutionen, Vertrauensleute und Arbeiterausschuß, lassen sich leicht durch Vereinbarung mit einander in Einklang bringen, wenn nicht eine Verschmelzung durchzusetzen ist. Eine solche strebt das Tarifamt der Buchdrucker an. § 13 des Tarifs schreibt vor, daß auf die Errichtung von Arbeiterausschüssen hingewirkt werden soll. Und dementsprechend gab schon 1907 das Tarifamt eine ebenso höfliche wie dringende Mahnung heraus, in der empfohlen wurde die Wahl von Arbeiterausschüssen zu begünstigen und darauf hinzuwirken, daß die Vertrauensmänner der Gehilfen der betreffenden Druckerei diesem Ausschuß angehören, eventuell die Anerkennung der von den Gehilfen gewählten Vertrauensmänner zu gewähren.

Und wenn nun nicht alle Erwartungen trügen, so werden die Arbeiterausschüsse in den nächsten Jahren noch eine erhebliche Rolle spielen. Sie sind als Wahlkörper der geplanten Arbeitskammern wieder etwas mehr in den Vordergrund gerückt worden. Die Regierung hatte nicht die Absicht die Ausschüsse für alle Betriebe obligatorisch zu machen, wollte aber trotzdem einen Teil der Arbeitervertreter in der Arbeitskammer durch die Mitglieder der Arbeiterausschüsse wählen lassen. Diese Lücke hat die Reichstagskommission ausgefüllt. Sie beschloß am 3. März 1909, daß für jeden Betrieb mit mehr als 20 Arbeitern ein ständiger Arbeiterausschuß von mindestens 20 Mitgliedern eingeführt werden

²⁾ Siehe Koch *Arbeiterausschüsse* (München-Gladbach 1907), pag. 10 ff.

müsse. Dieser soll insbesondere Wünsche und Beschwerden der Arbeiter über Betriebseinrichtungen, Arbeiterverhältnisse und Wohlfahrtsanstalten dem Betriebsleiter vortragen. Vor Anordnung von Überstunden und Sonntagsarbeit muß der Arbeiterausschuß gehört werden. Die Arbeiter dürfen in der Ausübung ihrer Rechte und Pflichten im Ausschuß nicht behindert werden; entgegenstehende Vereinbarungen sind nichtig. Bei der 2. Lesung des Arbeitskammerngesetzes, die vom 5. bis zum 7. Dezember 1910 im Plenum des Reichstags stattfand, wurde an diesem Beschluß nichts geändert. Um den von den Arbeitskammern ausgeschlossenen Arbeitern in Reichs- und Staatsbetrieben einen Trost zu geben, wurde in einer Resolution der Reichskanzler ersucht bei den verbündeten Regierungen dahin zu wirken, daß die Ausschüsse der in den staatlichen Betrieben beschäftigten Handwerker und Arbeiter, insbesondere in den Reichs- und Staatseisenbahnbetrieben, soweit sie dem zu erlassenden Arbeitskammerngesetz nicht unterstellt werden, organisch dahin ausgebaut werden, daß 1. ihnen das Recht auf Verhandlungen betreffend Lohn und Arbeitszeit, zuerkannt wird, 2. die Mitglieder der Arbeiterausschüsse während der Dauer ihrer Wahlperiode — abgesehen von den Fällen nachgewiesener Arbeitsunfähigkeit — nur unter den Voraussetzungen aus dem Arbeitsverhältnis entlassen werden dürfen, die bei einem Staatsbeamten die Entlassung im Disziplinarweg rechtfertigen.

Gegen die geplante Ausdehnung der Arbeiterausschüsse und ihrer Befugnisse setzt aber schon wieder die heftige Agitation der Arbeitgeberverbände ein. Die Handelskammern haben darin die Führung übernommen, und sie sprechen sich rundweg ablehnend aus. Sie sehen darin ein Entgegenkommen gegen übertriebene und einseitige Wünsche radikal gerichteter Interessenvertretungen. Der obligatorische Arbeiterausschuß, heißt es in einem der Gutachten, verwirkliche mit seiner Beteiligung an der Verwaltung der Betriebe die konstitutionelle Fabrik; ein solches System wäre aber der Anfang des wirtschaftlichen Zusammenbruchs Deutschlands. Der obligatorische Arbeiterausschuß sei eine Schwärmerei wie das konstitutionelle Heer. Die Textilfabrikanten von Forst in der Lausitz bemerkten in einer an den Reichstag gerichteten Eingabe, daß die Arbeiterausschüsse nur hindernd und beunruhigend in die Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern eingreifen würden. Daß der Ausschuß über die Notwendigkeit von Überstunden und Sonntagsarbeit gehört werden solle, sei die schwerste und kränkendste Verletzung, und es bedeute einen unerhörten Eingriff in das Dispositionsrecht des Unternehmers, wenn er in dieser Beziehung einem Angestelltenausschuß ein Zustimmungs- oder Vetorecht zugestehen sollte. Der *Bund Thüringer Industrieller* beauftragte die Firma Carl Zeiß in Jena mit der Abgabe eines Gutachtens. Die Firma nimmt auf Grund allgemeiner und vieljähriger Erfahrungen an, daß die Großindustrie keine Veranlassung habe sich gegen die Einführung obligatorischer Arbeiterausschüsse zu wehren. Diese seien nicht nur nützlich sondern stellten eine organisatorisch notwendige Einrichtung zur Leitung einer Fabrik dar. Kein moderner Großbetrieb werde auf die Dauer ohne Schaden auf ein Sprachrohr seiner Arbeiter verzichten können. Die Einführung der Arbeiterausschüsse sei kein prinzipieller Eingriff in die Verantwortlichkeitssphäre des Fabrikanten. Der Staat und die Öffentlichkeit hätten aber ein Interesse daran, daß den Tausenden der in Fabriken Beschäftigten die Möglichkeit gegeben würde sich auf geordnetem Weg mit der Fabrikleitung zu verständigen. So

sind noch heute bei den Arbeitgebern die widersprechendsten Ansichten über den Wert der Arbeiterausschüsse anzutreffen. Die Abneigung der rückständigen Unternehmerkreise äußert sich dann am schroffsten, wenn Bestrebungen hervortreten dieser Einrichtung überhaupt erst Leben zu verleihen.

Für die Arbeiter besteht kein Anlaß, sich der Einführung der obligatorischen Arbeiterausschüsse zu widersetzen. Übertriebene Hoffnungen braucht die Arbeiterschaft auf die Einführung aber auch nicht zu setzen. Diese Vertretung macht die gewerkschaftliche Organisation nicht überflüssig sondern bedarf vielmehr deren energischer Unterstützung, wenn anders der Ausschuß nicht ein blutleeres Gebilde bleiben soll. Mit und neben der Organisation kann der Arbeiterausschuß nützliche Aufgaben erfüllen. Das hat sich deutlich erwiesen. Lediglich diese Erfahrung hat eine andere Haltung gegenüber den Ausschüssen gezeitigt. Und ich glaube, daß die Organisationen, wollen sie ihren stets wachsenden Aufgaben nachkommen, keines der ihnen sich bietenden Mittel — und dazu gehören die Arbeiterausschüsse auch — unbenutzt lassen dürfen.

XX

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Politik / Max Schippel

**Mächtegrup-
plering** Seit den Reichskanzlererklärungen über die deutsche auswärtige Politik und die

Potsdamer Verhandlungen hat sich, vor allem in England und Frankreich, eine Preßerörterung entsponnen, so lebhaft wie nur je in den Zeiten der Marokkokrise. Die Erregung wäre unerklärlich, wenn sich in den Deutschland unfreundlichen Kreisen nicht die Befürchtung regte, daß eine wesentliche Verschiebung in der Stellung der Mächte sich vorbereiten könnte, und daß es besser sei zu rechter Zeit vorzubeugen als später vor fertigen unabänderlichen Tatsachen zu stehen.

Denn die bisher bekannt gegebenen, noch nicht einmal in abschließende feste Form gebrachten wirklichen Ergebnisse der Potsdamer Abmachungen rechtfertigen die Erregung keineswegs. Daß Deutschland weiter an der Bagdadbahn baut, war kein Geheimnis. Rußland in Nordpersien freie Hand zu geben war Englands eigener Wille, und daß Deutschland, so gut wie früher Frankreich, diese russische Interessensphäre, unter Sicherung der offenen Tür für deutsche Wirtschaftsunternehmungen, ohne Empfindlichkeit anerkannte, ist nichts, was man Deutschland verargen könnte: wenigstens nach allem Vorangegangenen nicht in England und Frankreich. Daß alsdann zwischen den nicht in Luft aufzu-

lösenden Bagdadbahn und den kommenden nordpersisch-russischen Schienenwegen irgendwo eine Verbindungsbrücke zu schlagen war, müßte gerade für aufrichtige Freunde wirtschaftlicher Erschließungen im Mittelosten und friedlichen ökonomischen Wettkampfs im allgemeinen einfach selbstverständlich sein. Daß Khanikin, nordöstlich von Bagdad an der persisch-türkischen Grenze, als der Anknüpfungspunkt nach Persien gewählt wurde, ergibt sich wohl zur Genüge aus den maßgebenden geographisch-kommerziellen Voraussetzungen, ohne daß dunkle gefährliche weltpolitische Absichten hineinzuspielen brauchten.

Das Beklemmende für die englischen Chauvinisten und Deutschengegner liegt in der Tat in etwas anderm, was vorläufig nur unbestimmt herauszufühlen, deshalb aber auch schwer direkt zu bekämpfen ist. Die Überschüttung Rußlands mit englischen, früher für ganz unmöglich gehaltenen Zugeständnissen im Mittelosten war nur aus der Erwartung heraus erklärlich, daß man zur Belohnung dafür Rußland immer auf der englischen Seite finden werde, wenn es der Erweiterung des viel unangenehmern deutschen Wirtschaftseinflusses entgegenzutreten gelte. Um diesen Einfluß wurde vor allem gerungen bei der Bagdadbahn, deren ganzer Weg bisher schon mit englischen diplomatischen und finanziellen Hindernissen besät war. Die Hilfe Frankreichs war dabei noch immer

zu haben, aber doch mit manchem Schwanken. Um so notwendiger war die Anlehnung an Rußland und die Standhaftigkeit Rußlands. Die *Times* in ihrer Not verstiegen sich noch vor ein paar Tagen zu dem ernstgemeinten Rat: Deutschland möge nunmehr seine Hochherzigkeit und Versöhnlichkeit noch dadurch beweisen, daß es über die Bagdadbahn von neuem, wie früher, Verhandlungen mit England, Frankreich und Rußland einleite. Mit diesem *3 gegen 1* ist es aber im vorliegenden Fall unwiederbringlich vorbei, und deshalb entstehe innerlich die bange Frage, ob vielleicht die ganze Ententerechnung in Zukunft ebenso wenig stimmt wie hier, und ob die bisherigen Zugeständnisse nach fast allen Seiten nicht ebenso in letzter Linie als verlorene Liebesmühe sich entpuppen könnten. Rußland in neue gemeinsame Verhandlungen über die mittelöstlichen Bahnbauten mit hineinzuziehen ist heute für Deutschland durchaus überflüssig. »Die russische Regierung erklärt sich bereit sich der Realisierung des Projekts der Bagdadbahn nicht entgegenzustellen und verpflichtet sich der Teilnahme fremden Kapitals bei dieser Unternehmung keinen Widerstand entgegenzubringen«, heißt es in dem durch *Indiskretion* veröffentlichten Schriftstück, das dem Sinn nach offenbar unanfechtbar ist. Wer verbürgt, daß damit Frankreich nicht auch die Lust vergeht russischer als Rußland zu sein: um so mehr als Deutschland durch eine Verständigung über die syrischen Bahnen einen solchen Stimmungsumschwung wesentlich fördern könnte. Dann wäre also England im Mittelosten wiederum auf sich allein angewiesen, und das konnte es schon früher und billiger haben, von den Rückwirkungen der letztjährigen Politik auf die deutsche öffentliche Meinung ganz abgesehen.

Nun bildet aber die veröffentlichte, nur dem Wortlaut nach bestrittene Vereinbarung über Persien offenbar nur einen Bruchteil der Potsdamer Abmachungen. Dazu tritt mindestens weiter noch die vom deutschen Reichskanzler erwähnte allgemeine Verpflichtung Rußlands: sich an keinerlei aggressiven Treibereien und Schritten Dritter gegen Deutschland zu beteiligen. Auch das ist sicherlich noch keine förmliche Abschwenkung von der Tripelentente. Aber es ist ein kräftiger Strich durch alle die Berechnungen, um deren willen so vielen deutschefeindlichen englischen Chauvinisten die Tripelentente die reichlich dargebrachten

Opfer an Rußland und Frankreich wert schien. Deshalb die Beunruhigung im Ausland, die England sogar mit einemmal wieder an die *verletzte*, weil ganz übergangene Türkei sich anklammern läßt. Auch das wird kaum auf die Dauer von Erfolg sein.

× **Holländische Befestigungen** Der Gegensatz zwischen England und Deutschland läßt auch die holländische Befestigungsfrage vorläufig nicht zur Ruhe kommen. Holland glaubt nicht nur seine Landgrenze sondern auch seine Seeküsten befestigen zu müssen; unter andern, aber gar nicht einmal in erster Linie, ist dabei mit an Vlissingen, also die Scheldemündung, gedacht. Die geschätzten Gesamtkosten der Neuanlagen belaufen sich auf 38 Millionen holländische Gulden, davon 5¼ Millionen für Vlissingen. Dies soll jedoch die international verbürgte Neutralität Belgiens gefährden, da in Zukunft keine Flotte hilfebringend mehr die Schelde hinauf nach Antwerpen laufen könne. Diese Flotte ist natürlich England, und die Hilfe, die sie der verletzten Neutralität bringen muß, richtet sich selbstverständlich gegen Deutschland, das bei seinen Vorstößen gegen Frankreich der Kürze wegen über Belgien hinwegschreitet. Nach einer bestrittenen, aber immer wiederholten Darstellung hätte Deutschland überhaupt diese drohende Scheldesperung in Anregung und Gang gebracht; auch von einer deutsch-niederländischen Militärkonvention war in französischen Blättern schon die Rede. Zu dem diplomatischen Kampf um Holland gehört es wohl auch, daß englische Blätter plötzlich ein lebhaftes Interesse für die Abgabefreiheit auf dem Rhein bekunden, und daß für den Sommer Besuche, sowohl des französischen Präsidenten wie des englischen Königs im Haag angekündigt sind. Die Nachricht, daß die holländische Regierung bereit sei ihr Vlissingenprojekt fallen zu lassen, scheint sich aber nicht zu bestätigen.

× **Portugal** Die junge portugiesische Republik hat ihre erste schwerere Krisis hinter sich, und es macht dem ruhigen Urteil der dortigen Arbeiterführer alle Ehre, daß sie im entscheidenden Moment nicht wenig zur Beruhigung der Gemüter beizutragen versucht haben. Die Schwäche der neuen Regierung lag von vornherein auf sozialem Gebiet. Die dringendste Frage des industriell wenig entwickelten

Landes ist die Agrarreform, und bis zur Stunde ist nichts auf diesem Gebiet gesehen. Der Minister des Innern hatte für einige Lohnarbeiterbranchen eine gesetzliche Beschränkung der Arbeitszeit in Aussicht gestellt; da aber jeder ernstliche Anlauf ausblieb, so begannen die kaufmännischen Gehilfen einen Streik, der eine unzufriedene Arbeiterschicht nach der andern zur Nachfolge veranlaßte; die Gasarbeiter, dann vor allem die Eisenbahngestellten. Die Lage wurde um so kritischer, da der monarchistische Anhang keineswegs so schwach ist und durch die in ihren Interessen verletzte Kirche eine gewisse natürliche Organisation besitzt. Nach den neuesten Nachrichten scheinen alle aufrichtigen Freunde der republikanischen Verfassung dahin übereingekommen, daß bis zu den bevorstehenden ersten großen Wahlen alle überflüssigen Kraftproben unterbleiben sollen, weil die Gefahr besteht, daß man damit nur die Geschäfte des gemeinsamen, eben erst unterlegenen Gegners besorgt. Die Verkündung des Wahlgesetzes soll in den nächsten Tagen erfolgen.

✕ **Kurze Chronik** ✕ Ein barbarisches Urteil wurde in Japan gegen sogenannte Anarchisten gefällt. 26 Personen, an der Spitze Dr. Kotoku und seine Gattin, waren beschuldigt dem Kaiser und anderen Mitgliedern der kaiserlichen Familie nach dem Leben gestellt zu haben. 24 davon wurden zum Tod, 2 zu jahrelangem Gefängnis verurteilt. Der ganze Prozeß fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. ✕ In England hat sich, im Anschluß an die Polizistenschießungen in Houndsditch, eine starke Agitation gegen die bisherige Gestaltung des Asylrechts erhoben.

✕ **Literatur** ✕ Ein sehr flott und allgemein verständlich geschriebenes Büchlein über die Grundbegriffe der Politik hat Genosse Friedrich Stampfer veröffentlicht /Nürnberg, Fränkische Verlagsanstalt/. Nach einigen allgemeineren Betrachtungen über das Wesen der Politik und des Staates werden die Staatsformen (Demokratie, Parlamentarismus), dann die Wirtschafts- und Sozialpolitik, die Finanz- und Rechts-, schließlich die auswärtige Politik, besonders Freihandel und Schutzzoll, behandelt. Da wir nun einmal bei fast allen diesen Fragen in eine gewisse geistige Parteigährung

geraten sind, so wird niemand alle entwickelten Anschauungen Stampfers teilen. Der Überblick ist aber mit großem Geschick unternommen. ✕ Vom Standpunkt der Nationalsozialen respektive der fortschrittlichen Volkspartei aus bearbeitet ist das *Handbuch für liberale Politik* von Martin Wenck /Berlin, Hilfe/. Es ersetzt etwa die alten Richterschen *ABC-Bücher*, ist aber mehr systematisch, nach Stoffgruppen, nicht alphabetisch angelegt. Die statistischen Ziffern sind reichlich wiedergegeben und bis auf die jüngste Zeit fortgeführt.

Wirtschaft / Rudolf Wissell

1910 Die bisher bekannt gegebenen Jahresberichte zeigen durchweg eine nicht unerhebliche Besserung der wirtschaftlichen Lage im verflossenen Jahr. In diesen Berichten wird kaum ein einziger Gewerbebezug von dieser Aufwärtsbewegung ausgenommen. Aber trotz der günstigen Entwicklung kehrt doch auch gleichmäßig die Klage wieder, daß bei dem vermehrten Umsatz der Nutzen nicht entsprechend gestiegen ist. Als Ursache wird das Mißverhältnis zwischen Rohstoff- und Fabrikpreis angesehen. Eine große Zahl von Rohstoffen ist zweifellos ganz erheblich im Preis gestiegen. Ich erinnere nur an den Preis von Baumwolle, Gummi, Leder. Für wichtige Rohstoffe meint die Berliner Handelskammer auch im neuen Jahr noch eine Steigerung erwarten zu müssen. Für die Arbeiter war zwar der Arbeitsmarkt ein verhältnismäßig günstiger; an den ersten Monaten des Jahres 1909 gemessen, sogar ein erheblich günstiger. Das hat naturgemäß auch auf die gewerkschaftliche Aktion eingewirkt. In der letzten Sitzung der Ältesten der Berliner Kaufmannschaft wurde festgestellt, daß der Umfang der Streikbewegung für Berlin größer sei als in den letzten beiden Jahren. Der in dieser Sitzung erstattete Bericht erörterte auch die Frage, in welcher Weise die Preissteigerung fast aller Produkte und Fabrikate den deutschen Geldmarkt beeinflusst habe. Der bisherige Grad der Verkehrsbelebung und der industriellen Tätigkeit erkläre die in der letzten Zeit zu beobachtende Anspannung des Geldmarkts nicht. Es unterliege keinem Zweifel, daß die Preiserhöhung fast aller Produkte und Materialien und die damit zusammenhängende Erhöhung der Löhne und Gehälter ganz allgemein in allen gewerblichen Betrieben eine Erhöhung der

Betriebskapitalien notwendig gemacht habe, und daß auch die Herstellung industrieller Anlagen und die Errichtung von Bauten aller Art die Festlegung höherer Anlagekapitalien als früher erfordert hätten.

× **Reichsbank** ×
Wider Erwarten war es der Reichsbank, die mit der herbstlichen Inanspruchnahme am 26. September 1910 mit 608 Millionen in die Steuerpflicht gekommen war, gelungen schon im November wieder aus der Steuerpflicht herauszukommen. Am 23. Dezember 1910 war die Steuerpflicht für 55,1 Millionen wieder erreicht, und der steuerpflichtige Notenumlauf stieg am 31. Dezember auf 611,5 Millionen, das heißt ihr nicht durch Barmittel gedeckter Notenumlauf war auf zirka 1094 Millionen gestiegen. Am 7. Januar 1911 hatte sich die Steuerpflicht des Instituts wieder um 449 Millionen vermindert. Der Rückfluß hatte also in den ersten Januartagen wieder ganz kräftig eingesetzt; doch ist bei der Verminderung des steuerpflichtigen Notenumlaufs zu beachten, daß seit dem 1. Januar 1911 das steuerfreie Notenkontingent von 472,83 Millionen auf 550 Millionen erhöht ist. Die sich in den Rückflüssen zur Reichsbank zeigende Erleichterung des Geldmarkts scheint auch in Verbindung mit den übereinstimmenden Mitteilungen aller vorläufigen Handelskammerberichte für den Börsenverkehr ein wesentlicher Anreiz geworden zu sein. In den letzten Tagen der 2. Januarwoche ist die Tendenz des Verkehrs auf allen Marktgebieten eine steigende gewesen. Ganz speziell gilt dies vom Bergwerks- und Hüttenaktienmarkt.

× **Roheisen** ×
Die deutsche Roheisenproduktion ist mit 14 793 325 Tonnen die größte bisher zu verzeichnende gewesen. Sie übertrifft die bisher größte des Jahres 1907 um 1 747 565 Tonnen und die des Vorjahrs um 1 875 672 Tonnen. Diese Steigerung der Produktion ist jedoch nicht als in der natürlichen Entwicklung liegend zu betrachten. Es spielt da die Rücksicht auf die Beteiligungsziffer bei der Neubildung des Syndikats eine Rolle, und diese führte zur möglichsten Forcierung der Ausfuhr. Diese ist denn auch, wenn man die Ausfuhrziffern bis einschließlich November 1910 verfolgt, in der Eisen- und Stahlindustrie so bedeutend gewesen, daß Deutschland wahr-

scheinlich England im Jahr 1910 überholt haben und an die erste Stelle der Ausfuhrländer gerückt sein wird.

× **Drahtlose Telegraphie** ×
Zwischen den verschiedenen Telefunksystemen (Marconi, Slaby-Arco, Braun), vertreten durch die Gesellschaften, die die Lizenzen dieser Systeme erworben haben, hat bisher ein Kampf stattgefunden, der zwar weniger die Öffentlichkeit beschäftigt hat, aber nichtsdestoweniger hartnäckig geführt worden ist. Dieser Streit führte für die Handelsschiffe, die mit anderen Einrichtungen für drahtlose Telegraphie als der nach dem System Marconi versehen sind, zum Beispiel die Dampfer der Südamerikanlinie, zu großen Kalamitäten, da die Marconistationen ihnen weder Nachrichten zugehen ließen noch solche weitergaben. Jetzt endlich ist eine Verständigung dadurch erzielt und der Konkurrenzkampf beigelegt worden, daß die *Gesellschaft für drahtlose Telegraphie-Berlin, Compagnie de Télégraphie sans fil-Brüssel* (Lizenzträgerin der deutschen Marconipatente), *Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft-Berlin*, die *Gesellschaft für drahtlose Telegraphie* und Siemens & Halske sich zu der *Deutschen Betriebsgesellschaft für drahtlose Telegraphie* zusammengenug haben. Da die belgische Gesellschaft im Besitz der meisten ausländischen Marconilizenzen ist, können nunmehr alle mit Einrichtungen für drahtlose Telegraphie ausgerüsteten Schiffe die verschiedensten Stationen benutzen. Die Tätigkeit der neuen Gesellschaft erstreckt sich auf Telegraphenbetrieb, Verkauf und Vermietung von Funkstationen an Bord deutscher Handelsschiffe, unter Benutzung der Patentrechte der an der Gründung beteiligten Firmen. Insbesondere übernimmt die neue Gesellschaft die von den beiden erstgenannten Gesellschaften betriebenen zirka 100 Stationen auf Schiffen der verschiedensten Linien der deutschen Handelsmarine.

× **KurzeChronik** ×
Die beiden großen Berliner Bankgeschäfte Delbrück, Leo & Kompanie und Gebrüder Schickler sind durch gegenseitigen Eintritt ihrer Inhaber in das andere Geschäft eine Personalunion eingegangen. × Unter dem Namen *Handelsbank für Ostafrika* ist mit dem Sitz in Berlin eine Kolonialgesellschaft mit einem Kapital von 3 Millionen Mark errichtet worden, deren Zweck es ist Bankgeschäfte aller Art in Deutsch Ostafrika zu betreiben und ins-

besondere den Kreditverkehr dort zu fördern. X Für die Elektrifizierung von Vollbahnen sind in den nächstjährigen Etat der preußischen Eisenbahn 27 Millionen Mark eingestellt. X Die Konkursstatistik läßt für 1910 erkennen, daß 8300 Konkurse zur Anmeldung gekommen sind, gegen 8619 und 9381 in den beiden Vorjahren.

X
Literatur Es sind Probleme unserer Zukunft, die Gerhard Hildebrand in seinem Buch *Die Erschütterung der Industrieherrschaft und des Industriesozialismus* /Jena, G. Fischer/ behandelt; Probleme, die zum großen Teil der bisherigen Parteidiskussion, soweit sie Fragen unserer Wirtschaftspolitik umfaßte, fernliegen und deshalb in parteigenössischen Kreisen auch selten durchdacht werden. Um so wertvoller sind die Untersuchungen Hildebrands. Sie weiten den Blick und zeigen Zusammenhänge, die vielfach unbeachtet und unberücksichtigt bleiben. Ich will deshalb an dieser Stelle zunächst den Inhalt seines Buches selber skizzieren. Die Eigenentwicklung in den Hauptbevölkerungsgebieten (in erster Linie Ostasien, Britisch Ostindien und Westeuropa, in zweiter Linie Rußland, Nordamerika und das subtropische Südamerika) wird in den nächsten Jahrzehnten das Bild der internationalen Wirtschaft und Politik bestimmen. An die Seite alter Völker treten neue. Der ganze Erdball wird zu einer einzigen, einheitlichen Lebensbühne, auf der von hundert-millionenköpfigen Völkern um Macht und Besitz gerungen wird. Die Ostasien, massiger zusammengedrängt als die Westeuropäer, über ungeheure Schätze an Kohle und Eisen verfügend, treten von Jahr zu Jahr mehr aus ihrer Selbstgenügsamkeit heraus. Sollten sie nicht, nachdem einmal westliche Wissenschaft und Technik bei ihnen heimisch geworden, mit großer Schnelligkeit auch ihre Staatsgebiete industrialisieren? Wie wird diese Entwicklung auf westeuropäische Verhältnisse einwirken, welche Aussichten eröffnet sie für die Aufrechterhaltung der westeuropäischen Industrieherrschaft und für die Versorgung Westeuropas mit Nahrungsmitteln und Kleidungsrohstoffen? Die Zeit, in der das gesamte Westeuropa die Hälfte, seine vorgeschrittensten Industrieländer drei Viertel ihres ausländischen Bedarfs an Nahrungs- und Kleidungsstoffen aus dem Osten und den übrigen Erdteilen beziehen müssen, wird bald erreicht

sein. Werden diese Gebiete und ihre Völker instande, werden sie dauernd willens sein ihre Lieferungen aufrechtzuerhalten, zu steigern, dafür bereitwillig westeuropäische Fabrikate zu kaufen? Was wird geschehen, wenn auch nur die wichtigsten der Hauptlieferanten Westeuropas, Rußland, die Vereinigten Staaten, das subtropische Südamerika, sich industriell so weit verselbständigen, daß sie die Erzeugnisse elementarster Notwendigkeit für die menschliche Existenz, Brotgetreide, Futtermittel, Flachs und Baumwolle, Wolle und Häute, selber verbrauchen oder zum Teil sogar durch Einfuhren ähnlicher Natur noch ergänzen müssen? Der ganze weitere Aufbau des gesellschaftlichen Lebens hängt von der Bauerngrundlage ab. Es kann keine größere Anzahl von Menschen existieren als die jeweilige Möglichkeit der Nahrungs- und Kleidungsbeschaffung gestattet. Mit der immer weiter fortschreitenden Industrialisierung verschwindet die Bauerngrundlage, die Grundlage für die Produktion der Lebensmittel und der Kleidungsrohstoffe, verschiebt sich somit ins Ausland. Das Aufsuchen neuer Absatzmärkte, was bedeutet es anderes als das unbewußte Eingeständnis, daß die Bauerngrundlage der Industrieländer zu klein zu werden beginnt? Dabei geht die elementarste Tendenz der Entwicklung dahin die Industrie in die Mitte der Bauerngrundlage hinein zu verpflanzen. Was die heutigen Industriestaaten vor den meisten heutigen Agrarstaaten voraus haben, ist nicht ein Vorsprung der natürlichen Industriekapazität sondern ein Vorsprung der wissenschaftlichen Bildung, technischen Schulung, organisatorischen Erfahrung, also geistige Eigenschaften, keine Privilegien des Bodens. Die geistigen Eigenschaften aber sind übertragbar. Die Besitzer dieser Eigenschaften tun selber das meiste dazu sie auf dem ganzen Erdenrund zu verbreiten. Ein Export der Intelligenz aber muß dem Export der Fabrikate schließlich Schranken setzen. Wie werden sich diesen überall neu emporschießenden Industrien gegenüber die jetzigen Industrieländer behaupten können? Vorläufig wird noch die Aufnahmefähigkeit zahlreicher Agrarländer für fremde Industrieprodukte eine bedeutende Steigerung erfahren können. Es ist durchaus wahrscheinlich, daß die Zahl der Bauern und ihr Wohlstand infolge Einwanderung, Verkehrseinbeziehung, fortschreitender Wirtschaftstechnik, besserer politischer Einrichtungen in vielen Agrarländern, un-

ter Umständen auch in größeren Teilen des tropischen Afrika und Amerika zunächst, und in manchen Gebieten auf lange hinaus, noch schneller zunehmen als der eigene industrielle Überbau. Die Nahrungsmittelproduktion, aus klimatischen Gründen der weißen Rasse zugänglicher, wird sich, vielleicht auch durch Neusiedelung und Wirtschaftsinintensivierung, dem Marktbedarf wohl noch wieder anpassen lassen, leichter als die Produktion von Kleidungsrohstoffen. Diese, überwiegend Domäne der wärmeren Klimate, kann nur nach der tropischen Zone ausgedehnt werden und stößt hier auf Hemmnisse ganz besonderer Art. Ob es gelingen wird die Produktion besonders von Kleidungsrohstoffen im weitesten Sinn so rasch zu entfalten, daß die Gefahr einer katastrophalen Verengerung der Bauerngrundlage vorübergeht, wird erst nach Jahren zu beantworten sein. Sicher ist nach Hildebrand nur das eine, daß an der Wage des wirtschaftlichen Ausgleichs die Schale der Industrie in die Höhe geht, die Schale der Landwirtschaft sinkt. Die weltwirtschaftliche Herrschaft der Industrie und insonderheit der alten Industriestaaten neige sich ihrem Ende entgegen. Allüberall schraube die industrielle Überfüllung die Agrarpreise in die Höhe, während sie ihre eigenen niederkonkurriere. So wenig wie das, was man auf kapitalistischer Seite die Erschließung neuer Absatzmärkte nenne, die erschöpfende Antwort auf die Kardinalfrage der Erhaltung der Bauerngrundlage sei, so wenig ist es auf sozialistischer die kommunistische Regelung der Produktion. Der Bedarf an Qualitätsnahrung und Kleidungsrohstoffen werde bei einer Produktion auf kommunistischer Grundlage gewaltig in die Höhe schnellen. Ihre Beschaffung aber werde um nichts gesicherter sein als gegenwärtig, vielmehr im Verhältnis zum Wachstum ihres Bedarfs die Abhängigkeit von der ausländischen Bauerngrundlage erhöhen. Es gebe weder für den kapitalistischen noch für den sozialistischen Staat ein Mittel sich eine auswärtige Bauerngrundlage dauernd nach Belieben und Bedarf zu entwickeln und zu erhalten. Das bedinge, daß die Industriestaaten, wenn nicht einem Zusammenbruch, so doch einer Periode der Stagnation entgegenstreben, die um so länger und schmerzlicher sein werde, je stärker das Mißverhältnis zwischen industriellem Überbau und Bauerngrundlage für den einzelnen Industriestaat bei Beginn dieser Periode ge-

worden sei. Die Agrarländer würden die Gebiete gesteigerter Lebenshaltung werden, während die alten Industriestaaten in eine Epoche hineingeraten, die für die Mehrheit ihrer Bewohner, insonderheit für das Industrieproletariat, Hunger und Blöße mit sich bringe. Es gebe keine wichtigere sozialpolitische Frage als die, ob und wie es möglich sein werde die kommende Leidenszeit der Industriestaaten und zumal des industriellen Proletariats in ihnen abzukürzen und zu mildern. Die Antwort nun, die Hildebrand auf diese Frage gibt, lautet: Stärkung der Bauerngrundlage im Rahmen der zu diesem Zweck vereinigten Staaten von Westeuropa, agrarische Erziehungskolonien, damit es die proletarische Jugend selbst in der Hand habe bei immer knapper werdender Nahrungs- und Kleidungsdecke dem Versinken in der industriellen Stagnation zu entgehen. Ob diese Antwort befriedigen kann? Ob sie nicht auch eine neue Form des Utopismus darstellt? Mir scheint, daß Hildebrand den Gefahren der einseitigen Verallgemeinerung — wie sie in der Partei, sonst freilich ausschließlich nach der entgegengesetzten Seite, häufig geübt wird — nicht entgangen ist. Doch wäre es ganz verkehrt danach den Wert des Buches bemessen zu wollen. Dessen Bedeutung liegt vielmehr darin, daß es in vielfach erschöpfender Weise ein Material zur Beurteilung derjenigen weltwirtschaftlichen (und weltpolitischen) Probleme zusammenträgt, über die man gerade in sozialistischen Kreisen sonst sich mit allgemeinen Doktrinen hinwegzuhelfen pflegt. Nur wenige Sozialisten denken vorläufig in der Richtung, die auch Hildebrand geht. Es ist aber wahrscheinlich, daß die Behandlung gerade des Zentralproblems dieses Buches eine Lebensfrage der sozialistischen Theorie und Praxis einer nahen Zukunft werden wird. Hildebrand hat hier jedenfalls mit außerordentlichem Fleiß eine überaus interessante Arbeit geliefert, die gerade von den Parteigenossen fleißig studiert werden sollte. Und wem nicht der Blick durch dogmatische Vorurteile getrübt ist, der wird das Buch sicher nicht aus der Hand legen, ohne reichen Stoff zum Nachdenken gefunden zu haben. × Das Buch Otto Hues *Die Bergarbeiter* / Stuttgart, Dietz/ ist einem Auftrag des Bergarbeiterverbands zu danken, der eine Geschichte der Bergarbeiterbewegung geschrieben sehen wollte. Um diese Bewegung verständlich zu machen, hat Hues es, und mit Recht, für notwendig erach-

tet zunächst ein Totalbild vom Erdenwallen der Bergarbeiter zu geben, und um die Persönlichkeit des Bergknapen hervortreten zu lassen, hat er für den Hintergrund nicht nur die einschlägigen kulturhistorischen, rechtsgeschichtlichen und staatspolitischen sondern auch die technisch-wirtschaftlichen Tatsachen gruppiert. Der Hervorhebung dieser technisch-wirtschaftlichen Tatsachen wegen ist es angebracht des Hueschen Buches auch hier in der Rubrik *Wirtschaft* Erwähnung zu tun. Bisher ist nur der 1. Band erschienen. Die Darstellung der Verhältnisse reicht bis an die Schwelle des modernen Bergbaus. Es sind daher auch nur weit zurückliegende wirtschaftliche Verhältnisse, über die wir Aufklärung erhalten. Dies aber ist zum Verständnis der jetzigen Lage erforderlich. Über den unfrei betriebenen Bergbau, über die Betriebsorganisation und -technik im Mittelalter, über die Anfänge der Lohnarbeit und über Lohnhöhe und Lebenshaltung gibt Hue eingehend Aufschluß. Wie sehr Hue die wirtschaftliche Seite betont, mag daraus hervorgehen, daß er sich sogar über die verschiedenen Theorien über Bergregal und Bergbaufreiheit verbreitet. Alles dies wird auch dem Wirtschaftspolitiker das Huesche Buch recht wertvoll erscheinen lassen.

Gewerkschaftsbewegung / Heinrich Stühmer

Tarifverträge Seit dem Jahr 1907 veranstaltet das reichsstatistische Amt alljährlich Fragebogenerhebungen über die Tarifverträge im Deutschen Reich, nachdem es von 1903 bis 1906 die in Geltung befindlichen Tarifverträge gesammelt und statistisch bearbeitet hatte. Die Erhebungen werden mit Hilfe der Arbeitgeber- und der Arbeitnehmerverbände durchgeführt; jedoch ist der Anteil der ersteren sehr gering. Das *Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands* hat nun vor kurzem eine statistische Beilage über diese Statistik der Tarifverträge herausgegeben, die die wesentlichen Ergebnisse der Sammelstatistiken von 1903, 1905 und 1906 sowie der Fragebogenstatistiken von 1907, 1908 und 1909 zusammenstellt, und worin nachgewiesen wird, wie verbesserungsbedürftig diese Statistik noch ist. Aber von diesen Mängeln abgesehen bietet die Statistik doch schon eine recht gute Übersicht über die Fortschritte des

deutschen Tarifvertragswesens in den letzten Jahren. Während 1904 erst 882 Tarifverträge bearbeitet werden konnten, war die Sammlung 1905 schon auf 1577 Tarife erweitert, die sich auf 46 500 Betriebe mit 37 000 Arbeitern bezogen. Indes nimmt das statistische Amt an, daß zu jener Zeit mindestens 3000 Tarife für etwa 500 000 Arbeiter in Geltung gewesen seien. Am Schluß des Jahres 1907 verblieben, nach Ausscheidung der doppelt gezählten, 5324 Tarifverträge für 111 050 Betriebe mit 974 564 Personen. Die Statistik erstreckte sich 1909 auf 6578 Tarife für 137 214 Betriebe mit 1 107 478 Personen. Daraus resultiert, daß etwa 10 % der 10 516 650 Arbeiter in Handel und Industrie zu tariflich geregelten Lohn- und Arbeitsbedingungen beschäftigt werden, und daß der Geltungsbereich der Tarifverträge sich von Jahr zu Jahr ausdehnt. Die von der *Generalkommission* in der statistischen Beilage veröffentlichten Tabellen geben Auskunft über die Verteilung der Tarifverträge auf die einzelnen Berufe, Gewerbegruppen und Landesteile, ferner über die Arbeitszeit, den Zeitlohn (Stunden-, Tage- oder Wochenlohn), Bezahlung der Überstunden, Regelung der Pausen, Lohnformen und Lohngarantie bei Stücklöhnen sowie über die Vertragsdauer, Kündigungs- und Unterhandlungsfristen, Einigungs- und Schlichtungsorgane.

Nach einer Publikation des österreichischen arbeitsstatistischen Amtes *Die kollektiven Arbeits- und Lohnverträge in Österreich 1908* sind im Berichtsjahr 483 Tarifverträge für 5776 Betriebe mit 64 482 Arbeitern zum Abschluß gekommen, darunter 378 neue Abschlüsse und 105 Erneuerungen früherer. 47 % der Verträge sind kleineren Umfangs mit weniger als 50 beteiligten Personen. Das Jahr 1907 hatte 784 Verträge für 8748 Betriebe mit 166 208 Arbeitern aufzuweisen. Die Verträge enthalten ebenso wie in Deutschland Vereinbarungen über die Arbeitszeit (für 1372 Arbeiter ist die 8½stündige Arbeitszeit festgesetzt), Arbeitslöhne, Kontrollkommissionen oder Schiedsgerichte zur Beilegung von Streitigkeiten, Anerkennung der Organisation, Freigabe des 1. Mai, über die Anerkennung und Benutzung des gewerkschaftlichen Arbeitsnachweises sowie über verschiedene hygienische und sanitäre Maßnahmen.

Bueck Rücktritt - Der führende Mann im Zentralverband deutscher Industrieller, Herr Axel

Bueck, ist kurz vor Ablauf des Jahres, im Alter von 80 Jahren, von der Leitung zurückgetreten, nachdem zu seinem Nachfolger Herr Dr. Schweighoffer bestimmt worden war. Der Amtrücktritt des Herrn Bueck war mit einer Abschiedsfeier verbunden, die im Hotel Adlon in Berlin stattfand. Herr Bueck hat auf dieser eine Rede gehalten, die in der gesamten deutschen Presse große Beachtung gefunden hat. Interessant ist daran, daß der Redner behauptete, die Aussperrung im Baugewerbe habe mit einer Niederlage der Arbeitgeber geendet, und zwar, weil es ihnen an genügenden Mitteln für den Kampf gefehlt habe. Er verurteilte das Eingreifen der Regierung und bewunderte den Mut der Unternehmer bei den Einigungsverhandlungen Lohnerhöhungen auf 3 Jahre hinaus zu bewilligen. Auch der Metallarbeiterstreik auf den Werften habe mit einer Niederlage der Werftbesitzer geendet, obwohl diese dem stärksten Arbeitgeberverband, dem der Metallindustriellen, angehörten. Und als drittes Beispiel mit dem gleichen Ergebnis reihe sich der Streik der Straßenarbeiter in Bremen an. Es fehle der deutschen Industrie noch an dem nötigen Opferwilligkeit und an dem festen, unbeugsamen Willen die Gewerkschaften niederzuzwingen. In seinen weiteren Ausführungen wandte sich der Redner gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter, das zu einem Koalitionszwang geworden sei, und forderte schwere Strafen für die Untaten der Sozialdemokratie. In jenen Kreisen setzt man die Hoffnung auf die Bestrebungen der vaterländischen Arbeitervereine, die mit den Arbeitgebern Schulter an Schulter zusammenstehen müßten, sobald es darauf ankomme der Unterjochung der deutschen Industrie und des Gewerbes durch die Sozialdemokratie einen Damm entgegenzusetzen. Die Arbeiterbewegung ist aber bereits so stark, daß sie auch diese Feinde überwinden wird.

Belgien: Gewerkschaftskongreß 1910 Der 12. belgische Gewerkschaftskongreß fand während der Weihnachtsfeiertage in Brüssel statt. Nach einer statistischen Aufnahme vom Januar 1910 haben 68 513 Gewerkschaftsmitglieder ihre Beiträge gezahlt; die Zahl der ein-

geschriebenen Mitglieder wird jedoch um 20 000 höher eingeschätzt. Mitgliederverluste sind bei den Bauarbeitern, Bergarbeitern und Textilarbeitern zu verzeichnen. Die Bilanz der Gewerkschaftskommission wies ein Defizit von 36,28 Francs auf. Der Antrag eine Jahressteuer von 60 Centimes zur Bildung eines Widerstandsfonds bei Streiks und Aussperrungen zu erheben wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. Der Vorschlag den Mitgliedsbeitrag von 10 auf 20 Centimes zu erhöhen wurde der Gewerkschaftskommission zur Organisierung einer Umfrage und zur eventuellen Durchführung vom 1. Juli 1911 ab zugewiesen; ebenfalls die Frage der Umwandlung der Berufs- in Industrieverbände. Auch wurde sie beauftragt eine Umfrage über die Arbeitsvermittlung und die Arbeitsbörsen zu veranstalten und dem nächsten Kongreß Vorschläge über deren Errichtung und Organisierung vorzulegen. Ferner wurde eine Resolution angenommen, die die Durchführung klarer Lohntarife und ihren Anschlag in den Arbeitsstätten sowie ihre Aushändigung an jeden Arbeiter verlangt. Es wird beabsichtigt eine allgemeine Bewegung für einen Generaltarif hervorzurufen, der selbst wieder durch das System des Tagelohns ersetzt werden soll. Nach einem Referat über die Schäden der Heimarbeit erklärte sich der Gewerkschaftskongreß als unerbittlicher Gegner der Heimarbeit und forderte die Arbeitervertreter auf alle gesetzlichen Maßnahmen zu unterstützen, die auf das Verschwinden dieser Produktionsform hinwirken. Auch die Arbeiterorganisationen sollen dieses Ziel mit allen Kräften fördern und namentlich bei ihren Einkäufen diejenigen Unternehmer, die Heimarbeiter ausbeuten, unberücksichtigt lassen. Die kommunalen und provinzialen Vertreter sowie die Arbeitslosenkomitees werden vor allem mit der Untersuchung der die Gewerkschaftskassen und öffentlichen Arbeitslosenfonds schädigenden Ursachen der Arbeitslosigkeit beauftragt.

Kurze Chronik Genosse Heinrich Bürger, der Sekretär der Hamburger Filiale des Gemeindearbeiterverbands ist am 29. November im Alter von 43 Jahren an einer Lungenentzündung gestorben. Der Verstorbene war gelernter Kaufmann und schon zirka 20 Jahre in der Arbeiterbewegung tätig. Eine Zeitlang hatte er

die Führung der Eisenbahnerorganisation und die Redaktion des *Weckrufs*. Von 1903 bis 1906 war er Redakteur des Organs der Gemeindearbeiter. Im Auftrag der Hamburger Gewerkschaften hat Bürger das Buch *Die Hamburger Gewerkschaften und deren Kämpfe von 1865 bis 1890* verfaßt. In den Jahren 1901 und 1902 bearbeitete Bürger auch die gewerkschaftliche Rundschau der *Sozialistischen Monatshefte*. Ein treues Andenken wird ihm bewahrt werden. × Einen besonders schweren Verlust hat der gesamten Gewerkschaftsbewegung der Tod Emma Ihrers am 8. Januar gebracht. Was die Verstorbene für die Arbeiterbewegung bedeutete, hat Wally Zepler in diesem Heft (pag. 114 ff.) in kurzen Worten darzulegen versucht. In der Geschichte des Proletariats wird ihr Name unvergessen bleiben. × Der 8. deutsche Gewerkschaftskongreß wird vom 26. Juni bis zum 2. Juli in Dresden stattfinden. × Mit dem 1. Januar ist durch die Vereinigung des Verbands der Maurer mit dem der Bauhilfsarbeiter der *Deutsche Bauarbeiterverband* entstanden. Sein Bureau befindet sich in dem eigenen neu erbauten Haus in Hamburg, Wall St. 1. × Das Zentralschiedsgericht im Baugewerbe hat sich kürzlich konstituiert, nachdem das Ministerium des Innern die Herren Oberregierungsrat Mayr-München, Magistratsrat Wöhlbling-Berlin und den Geheimen Regierungsrat Dr. Wiedfeld zu Unparteiischen ernannt hat. Der Arbeitgeberbund und die Zentralorganisation wählen je 4 Vertreter. × Der *Holzarbeiterverband* hat am 23. November 1910 die Tarifverträge in 23 Städten gekündigt, darunter in Breslau, Posen, Chemnitz, Hamburg, Bremen, Elberfeld und Stuttgart. Es kommen dabei rund 16 000 Arbeiter in Betracht. × Der *Schneiderverband* hat mit dem *Verband süddeutscher Kleiderfabriken* einen neuen Tarifvertrag abgeschlossen, der am 1. Januar in Kraft getreten ist und bis zum 31. Dezember 1914 Gültigkeit hat. Das Vertragsgebiet umfaßt die Herrenkonfektion in Frankfurt am Main, Mainz, Darmstadt, Heidelberg, Speyer und Worms. Der neue Tarif bringt den beteiligten Arbeitern ganz erhebliche Lohnaufbesserungen. In der Herren- und Damenschneiderei, für die der *Allgemeine deutsche Arbeitgeberverband* in Betracht kommt, sind zum 1. April 42 Tarifverträge gekündigt

worden. Die Verhandlungen über die von den Arbeitern gestellten Forderungen werden zunächst örtlich geführt; etwa verbleibende Differenzen kommen dann vor das Schiedsgericht der Hauptvorstände. × In der Pforzheimer Edelmetallindustrie ist der Kampf um die Jahreswende abgebrochen worden, weil augenblicklich kein Erfolg mehr zu erzielen war.

× **Literatur** Die Broschüre Dr. Adolf Brauns *Die Gewerkschaften: Wesen, Aufbau, Kampfmittel und Ziele der österreichischen und deutschen Gewerkschaften* /Wien, Danneberg/ enthält 15 Vortragsdispositionen, die das Gerippe eines Buches über Theorie und Praxis der Gewerkschaften darstellen, an dessen Ausarbeitung der Verfasser immer wieder durch die Anforderungen der Tagesarbeit gehindert wurde. Als Hilfsmittel für Neulinge auf rednerischem Gebiet ist die Schrift sicherlich gut zu gebrauchen. Zu tadeln ist nur, daß Braun in einem Schlußartikel die Grenzen der gewerkschaftlichen Tätigkeit etwas sehr eng zieht. × Die 4. Auflage des von Johann Sassenbach bearbeiteten *Verzeichnisses der in deutscher Sprache vorhandenen gewerkschaftlichen Literatur* /Berlin, Generalkommission/ ist gegenüber den früheren bedeutend erweitert. Obgleich die einzelnen Schriften in verschiedene Abschnitte eingeteilt sind, ist es jedoch nicht ganz leicht sich so darin zurechtzufinden, daß jeder die gewünschten Bücher oder die in Zeitschriften verstreuten Artikel sofort findet. Zu diesem Zweck müßte außer dem Autorenverzeichnis noch ein alphabetisch geordneter Wegweiser vorhanden sein. Die Bibliographie zeugt aber insgesamt von tiefer Sachkenntnis und großem Fleiß. Allein von 29 Wochen- und Monatschriften sind die verschiedenen Jahrgänge durchgesehen, um die Angabe der Artikel und ihre Einreihung in die einzelnen Abschnitte zu ermöglichen. × Das *Jahrbuch der christlichen Gewerkschaften* /Köln, Christlicher Gewerkschaftsverlag/ enthält außer dem Kalendarium für 1911 wie immer noch eine Anzahl gewerkschaftlicher und sozialpolitischer Abhandlungen, die sich auf die christlichen Gewerkschaften und die Sozialpolitik beziehen, wobei es ohne eine Polemik gegen die Sozialdemokratie nicht abgeht, sei es auch nur, um die gegensätzlichen Anschauungen der christlichen

Gewerkschaften zum Ausdruck zu bringen. X Die 187 Seiten starke Broschüre J. Windolphs *Das Christentum der Gewerkschaften* / Berlin, Kommissionsverlag des *Arbeiters!* ist das 2. Heft der *Materialien zur Beurteilung des Gewerkschaftsstreits unter den deutschen Katholiken*. Sie wird ihrem Titel insofern gerecht als sie alles mögliche Material gegen die interkonfessionellen christlichen Gewerkschaften bringt, um zu beweisen, daß die katholischen Fachabteilungen die berufenen Vertreter der katholischen Arbeiter sind. Die christlichen Gewerkschaften werden beschuldigt in wirtschaftlichen Kämpfen mit den Sozialdemokraten gegangen zu sein, den christlichen Grundsätzen widersprochen zu haben usw., wobei auch nicht unterlassen wird den Papst und andere kirchliche Autoritäten als Kronzeugen zu zitieren. X Der *Almanach des deutschen Holzarbeiterverbands für das Jahr 1911* bietet als Taschenkalender für die Ortsverwaltungen und Mitglieder des genannten Verbands wieder sehr viel Stoff und statistisches Material über die Gewerkschaftsbewegung und speziell über die Holzarbeiterbewegung. Außerdem enthält der Kalender ein *Kleines Lexikon des gewerblichen Rechts*, woraus gute Belehrung über manche gewerbliche Streitfrage zu schöpfen ist. X Die vom *Bergarbeiterverband* herausgegebene Broschüre *Die Kämpfe um Knappschaftsreformen im Allgemeinen Knappschaftsverein Bochum* schildert auf 160 Seiten alles, was mit den Wahlen und der Tätigkeit der Knappschaftsältesten zusammenhängt. Am Schluß ist das Reformprogramm der Knappschaftsältesten des Bergarbeiterverbands angefügt. Der größte Teil dieser Schrift ist polemischer Art und richtet sich gegen die Zechenvertreter und die Leitung sowie das Organ des Gewerkschaftsvereins der christlichen Bergarbeiter.

Sozialpolitik / Robert Schmidt

Heimarbeiter In Berlin tagte am 12. Januar der 2. Heimarbeiterstag, der von allen gewerkschaftlichen Richtungen und auch von bürgerlichen Sozialpolitikern zahlreich besucht war. Die Tagung hatte den Zweck noch einmal kurz vor der Verabschiedung des Hausarbeitergesetzes im Reichstag die interessierten Heimarbeiter zu einer Meinungsäußerung aufzurufen. Die Kundgebung, zu der auch auf Einladung die Regierung mehrere Vertreter ent-

sandt hatte, und an der auch Vertreter der Unternehmerverbände teilnahmen, kam zu der übereinstimmenden Auffassung, daß der gegenwärtige Gesetzentwurf nach den Beschlüssen der Reichstagskommission nicht genüge, daß er vielmehr eine weitere Ausgestaltung erfahren müsse. Der Referent, Professor Wilbrandt, betonte, daß die im Gesetz vorgesehene Registrierpflicht, die Einführung der Lohnbücher und die Aushängung von Lohnlisten, eine unabwiesbare Forderung der Heimarbeiter sei. Weiter aber müsse die Einsetzung von Lohnkommissionen verlangt werden, die Minimallohne für die Heimarbeiter festsetzen. Der Kongreß forderte deshalb von der Gesetzgebung in Übereinstimmung mit dem Referenten und den Einberufern des Kongresses die Beachtung der hier geltend gemachten Wünsche. Im Anschluß hieran mag erwähnt werden, daß auch im Ausland sich die Überzeugung Bahn bricht, daß für die Heimarbeiter besondere gesetzgeberische Maßnahmen notwendig sind. England ist durch Einsetzung von Lohnkommissionen allen anderen europäischen Staaten vorgegangen. In Frankreich hat der Arbeitsrat einen Gesetzentwurf ausgearbeitet, der die Lohnregelung der in der Bekleidungsindustrie beschäftigten Arbeiterinnen herbeiführen soll. Im wesentlichen wird die Forderung aufgestellt den Mindestlohn für eine 10stündige Arbeitszeit festzulegen. Die Normierung soll von den Arbeitsräten und den Schiedsgerichten erfolgen, und dementsprechend sollen für Akkordarbeit die Stückpreise festgesetzt werden. Ferner wird die Einführung von Lohnbüchern und der Aushang von Lohnlisten empfohlen. In Belgien hat unser Parteigenosse Huysmans im Parlament einen Gesetzentwurf vorgelegt, der sich im wesentlichen im Einklang mit dem befindet, was die sozialdemokratische Fraktion im deutschen Reichstag beantragt hat. In den Kreisen der englischen Genossenschaften wird die Anregung gegeben für die Heimarbeiter, soweit Fabriken der Heimarbeiter überhaupt von den Genossenschaften geführt werden, Minimallohne aufzustellen.

X **Fabrikinspektion** Die Berichte der Fabrikinspektion für das Jahr 1909 ergeben, daß von 267 554 Betrieben, die der Aufsicht unterstehen, 144 014 revidiert wurden. Eine sehr erhebliche Anzahl Betriebe ist somit von der Revision unberührt ge-

blieben. Bei Vergleichen über die Zahl der beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen tritt wiederum das Ergebnis hervor, daß die Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Personen absolut und prozentual mehr zugenommen hat als die der erwachsenen Arbeiter. Die Zahl der letzteren stieg von 4 520 066 im Jahr 1908 auf 4 560 899 im Jahr 1909, das heißt, es ist eine Zunahme von 40 833 zu verzeichnen. Nahezu die selbe Erhöhung weisen schon die Arbeiterinnen auf, deren Zahl von 1 150 033 auf 1 190 241 also um 40 208 stieg. Die Zahl der Jugendlichen erhöhte sich von 440 255 im Jahr 1908 auf 446 540 im Jahr 1909; das bedeutet eine Zunahme von 6 285. Nur in der Beschäftigung der Kinder unter 14 Jahren ist ein kleiner Rückgang eingetreten. Die Zahl sank von 12 062 auf 11 545. Hieraus ist klar zu erkennen, wie sich die Industrie bemüht die billige Arbeitskraft der Jugendlichen und Arbeiterinnen nutzbar zu machen: eine Erscheinung, die bereits in den früheren Jahresberichten zu beobachten war.

Auffallend ist, daß in diesem Bericht die Zahl der Betriebe, für die ein Überschreiten der für Arbeiterinnen vorgesehenen Maximalarbeitszeit genehmigt wurde, nicht unerheblich höher ist als im Jahr vorher. Während 1908 für 1391 Betriebe mit 87 198 Arbeiterinnen eine Verlängerung der zulässigen 11stündigen Arbeitszeit gestattet wurde, ist diese Erlaubnis im Jahr 1909 an 1864 Betriebe mit 130 353 Arbeiterinnen erteilt worden. Nur 111 Anträge erfuhren eine Zurückweisung.

Über die Bestrafungen, die wegen Übertretung der Schutzbestimmungen für Arbeiterinnen und Jugendliche verhängt wurden, läßt sich aus dem Bericht folgendes ersehen: Eine Übertretung der zulässigen Arbeitszeit wurde für 2959, die Nichtgewährung der Pausen für 2940 Arbeiterinnen festgestellt, die Beschäftigung am Sonntag und über die zulässige Zeit am Sonnabend hinaus wurde von 5890 Arbeiterinnen verlangt; die verbotene Nacharbeit bei 1069 und die verbotswidrige Beschäftigung von Arbeiterinnen bei 172 ermittelt. Auf Grund dieser Feststellungen erfolgte die Bestrafung in 862 Fällen. Die Zuwiderhandlungen gegen die Schutzbestimmungen für Jugendliche ergaben folgendes: Über die zulässige Arbeitszeit hinaus wurden 761 Kinder und 3019 Jugendliche beschäftigt; die Nichtinnhaltung der Pausen ergab sich bei 5056 Jugend-

lichen, eine Übertretung des Verbots der Nacharbeit bei 460 und der Sonntagsruhe bei 479 Jugendlichen; außerdem wurden verbotswidrig 237 Jugendliche beschäftigt. Eine Bestrafung erfolgte in 1497 Fällen.

Die Zahlen beweisen, wie dringend notwendig eine gute Kontrolle der Arbeiterschutzvorschriften ist. Wie wenig aber die Fabrikinspektion heute imstande ist eine umfassende Beaufsichtigung wirklich durchzuführen, läßt die verhältnismäßig geringe Zahl der Kontrollen erkennen.

X
Binnen- Der Beirat für Arbeiter-
schiffahrt statistik hat vor kurzem
eine Enquete über die Ar-

beitszeit und den Umfang der Sonntagsarbeit im Binnenschiffahrtsgewerbe aus dem Jahr 1902 zum Abschluß gebracht. Sie hat ergeben, daß vielfach im Schiffahrtsbetrieb außerordentlich lange Arbeitszeiten üblich sind, in einigen Fällen wurde sogar eine Arbeitstätigkeit bis zu 70 Stunden ohne Unterbrechung festgestellt. Von den Organisationen der Arbeiter wurde mit gutem Recht darauf hingewiesen, daß bei solchen langen Arbeitszeiten nicht nur an die in der Schiffahrt beschäftigten Personen ganz unerhörte Anforderungen gestellt werden, sondern daß auch die Sicherheit des Betriebes bei der Übermüdung der Mannschaft leiden muß. Durch die Bemühungen der Gewerkschaftsorganisation ist es gelungen in der Rheinschiffahrt eine 8stündige Nachruhe durchzusetzen, und auch in den Fährbetrieben in Hamburg und Ludwigshafen haben die Arbeiter eine Regelung ihrer Arbeitszeit erzielt. Nachdem noch ein Gutachten des Gesundheitsamtes eingefordert war, hatte der Beirat für Arbeiterstatistik sich nunmehr darüber zu äußern, welche gesetzgeberischen Maßnahmen zur Beseitigung dieser Übelstände erforderlich erscheinen. Der Referent, Geheimrat Neumann aus dem preußischen Handelsministerium, ging wesentlich davon aus, daß eine 8stündige Ruhepause für den Fährbetrieb, eine 6stündige für die Schleppschiffer und eine 7stündige für die Vergnügungsdampfer genüge. Ausgeschlossen von dieser Bestimmung sind die Schiffahrt auf dem Rhein und den märkischen Wasserstraßen sowie diejenigen Lastkähne, die nicht als Schleppfahrzeuge benutzt werden. Die weitergehenden Anträge des Verfassers dieser Rundschau, der vom Reichstag in den Beirat delegiert ist, insbesondere die

Forderung der vollkommenen Sonntagsruhe und die einer 8stündigen Ruhepause ohne Ausnahme, fanden im Beirat keine Zustimmung.

Die Arbeiten des Beirats sind gegenwärtig zum Abschluß gekommen. Ein Auftrag zu neuen Erhebungen liegt nicht vor, obwohl es nicht an Anregungen im Reichstag auf Veranstaltung von Erhebungen in denjenigen Berufen gefehlt hat, die besonders gesundheitsschädliche Betriebsweise haben.

× **Nationale Arbeitervereine** Die sogenannten *Nationalen Arbeitervereine*, die auf ihrer Tagung in Magdeburg im vorigen Jahr einen Zusammenschluß herbeigeführt haben, sind zur Einsetzung eines Ausschusses gekommen, in dem als 1. Vorsitzender Herr Fichtner vom Kartell der Berliner gelben Arbeitervereine gewählt wurde. Der Ausschuß formulierte unter anderm seine Aufgaben dahin, daß er sich besonders der Bekämpfung der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften widmen werde. Für die Reichsversicherungsordnung empfahl er die Halbierung der Krankenkassenbeiträge und die Beseitigung der Zweidrittelvertretung der Arbeiter; für das Arbeitskammergesetz befürwortete er die Beseitigung der Arbeitersekretäre. Die von jener Seite propagierte Bekämpfung der Gewerkschaften unter dem Vorgeben für den Schutz der Arbeitswilligen zu wirken, soll auch weiter befolgt werden, auch soll noch neues Material hierfür gesammelt werden. Dem Reichskanzler wurde ein Telegramm gesandt, in dem er um einen wirksamen Schutz der persönlichen Freiheit angegangen wurde. Darauf lief folgende Erwiderung ein: »Alle Bestrebungen, die sich auf den Ausgleich der wirtschaftlichen Gegensätze auf friedlichem Weg und nationaler Grundlage richten, sind mir bei meinen Bemühungen die staatliche Ordnung und persönliche Freiheit zu sichern eine wertvolle Unterstützung.«

× **Kurze Chronik** Das Institut für *Gewerbehygiene* in Frankfurt am Main hat ein Merkblatt für die Blei- und Zinkhüttenarbeiter herausgegeben. Es enthält Anweisungen, wie sich der Arbeiter in diesen gesundheitsgefährlichen Betrieben gegen Bleierkrankungen schützen kann. × Der *Verband deutscher Arbeitsnachweise*, der von der Regierung

eine Subvention von 30 000 Mark erhält, hat nunmehr ein eigenes Bureau eingerichtet. Der Verband erstrebt den Zusammenschluß der Arbeitsnachweise zu Verbänden und die Förderung öffentlicher Arbeitsnachweise. × In Freiburg im Breisgau ist von der Gemeindeverwaltung die *Arbeitslosenversicherung* eingeführt worden. Angeschlossen haben sich die freien Gewerkschaften mit 1766 und die christlichen mit 367 Mitgliedern. Auch in Lüttich und Umgegend haben die Gemeinden eine *Arbeitslosenversicherung* eingerichtet; den Gewerkschaftsmitgliedern soll zu ihren Unterstützungen ein Zuschuß gewährt werden. × Die preussische Regierung veröffentlicht einen Entwurf über die *Versicherung der Privatangestellten*. Nach den Erklärungen des Staatssekretärs Delbrück ist dieser Entwurf zur öffentlichen Diskussion gestellt; an den Bundesrat ist die Vorlage noch nicht gelangt. × In Belgien ist nunmehr entsprechend der internationalen Vereinbarung ein Verbot der *Nacharbeit* für Frauen in Kraft getreten. × Die Regierung von *Victoria* (Australien) hat sich der internationalen Vereinbarung angeschlossen, die die Verwendung des gelben Phosphors bei der *Zündholzfabrikation* untersagt.

× **Literatur** Die *Entwicklung der Tarifverträge im schweizerischen Buchdruckgewerbe* (Sankt Gallen, Zollikofer) schildert Max Müller in knapper Darstellung und unter Hervorhebung der gewerkschaftlichen Tätigkeit. Die Schrift enthält einen kurzen Rückblick auf die Geschichte des *Schweizerischen Typographenbundes* und gibt dann sehr anschaulich ein Bild der Kämpfe, ehe es gelang zu einer geordneten Tarifvereinbarung zu kommen. Es fehlt den schweizerischen Buchdruckern nicht an einer entschiedenen Frontstellung der Prinzipale, die sich bemühen durch *Unterstützungskassen* eine Arbeiterorganisation zum Nutzen der Unternehmer zu fördern, um dadurch den *Typographenbund* zu schwächen. Der Versuch, der bereits 1873 begann, mißlang aber, und die Organisation der Gehilfen steht heute so da, daß sie ihre Aufgaben auf weitere Förderung der Tarifvereinbarungen mit bestem Erfolg ausführen kann. × Ein *Jahrbuch für sozialen Fortschritt* (Leipzig, Dietrich) wird uns von Dr. H. Hasse unterbreitet. Der

Herausgeber beabsichtigt mit dem Buch ein Lexikon für Sozialpolitik zu geben. Nicht Abhandlungen über sozialpolitische Thematika sondern eine Art Adressenverzeichnis derjenigen Vereine, Korporationen und auch Einzelpersonen, die sich sozialpolitischen Bestrebungen widmen. Die 1. Ausgabe enthält naturgemäß noch manche Unvollständigkeit, die sicherlich bei der Wiederholung ausgemerzt werden wird. Im übrigen kann man der Herausgabe eines solchen Jahrbuchs nur sympathisch gegenüberstehen und es angelegentlichst zur Benutzung empfehlen.

WISSENSCHAFT

Geschichte / Paul Kampffmeyer

Judentum Professor Dr. Hermann Cohen-Marburg hat auf dem hier bereits erwähnten 5. Weltkongreß für freies Christentum einen Vortrag *Die Bedeutung des Judentums für den religiösen Fortschritt der Menschheit* gehalten, der vom *Protestantischen Schriftenvertrieb* in Berlin-Schöneberg als Broschüre herausgegeben ist, und in dem die gewaltigen Leistungen des Judentums für die Vertiefung des Gottesbegriffs und für die Fortbildung der Sittlichkeit lichtvoll dargelegt werden. Zunächst charakterisiert Cohen die Eigenartigkeit der jüdischen Gottesidee: die Vorstellung des von allem andern Sein unterschiedenen Gottesseins, der vollendeten Geistigkeit dieses Gotteswesens, dessen Bedeutung »nur in derjenigen Kraft liegen kann, die gegenüber aller Natur der Gedanke der Sittlichkeit und das Problem der Sittenwelt bildet«. Der einzige, unvergleichliche Gott schließt jede menschliche Vermittlung zwischen Gott und Mensch aus. Der Jude versöhnt sich ohne Gottesmensch und ohne Priester mit seinem Gott. Die Gotteserkenntnis, die die *Thora* lehrte, schloß die Liebe zu Gott als die Liebe zur Sittlichkeit auf. Die »Sittlichkeit aber fordert Erkenntnis«. Nun ist nach Cohen der hervorsteckendste Zug des jüdischen Volkswesens das Studium der Lehre durch alle, seien diese reich oder arm. Aus dieser Verknüpfung aller Juden mit der Lehre, mit der Bibel, mit dem *Talmud* und seinen Fortsetzungen, ergab sich die Überwindung jedes Unterschieds zwischen Glauben und Wissen und der Fortfall jedes geistlichen Standes, dem etwa das Wissen vorbehalten war. In dem Sabbatgedanken des Judentums brach sich eine Milderung der die Einheit der Kultur bedrohenden so-

zialen Gegensätze Bahn. Alle Juden feierten den Sabbat als Ruhetag und als Tag des Studiums der Lehre. Und der alles beherrschende jüdische Gottesgedanke, der die Schranke zwischen dem Geistlichen und jedem Israeliten niederriß, überwand auch den Unterschied zwischen heilig und profan. »Alle deine Handlungen«, so heißt es, »seien um Gottes willen.« Aus dieser Überwindung erklärt sich auch, daß der Schwerpunkt der jüdischen Religion in das moralische Leben selber gelegt wurde. Das ganze Leben soll heilig, soll von den Forderungen und Gefühlen der Religion durchdrungen sein. Und der Pentateuch machte hiermit Ernst, indem er hohe soziale Ideen im Leben zu verwirklichen sich bestrehte. Diese sozialen Ideen, die besonders stark in den Propheten durchbrechen, forderten eine neue Sittlichkeit. Diese Sittlichkeit »steht unter dem Zeichen des Sabbats. Am Sabbat soll der Lastträger von seiner Arbeit befreit sein.« Der jüdische Freiheitsgedanke wirkt sich aber politisch und ethisch-religiös aus. Der freie Mensch kann wählen, er steht nicht unter dem Bann der Erbsünde, die »Reinheit des Herzens« ist seine eigene Schöpfung. Der Jude haftet persönlich für seine Handlungen. Der jüdische Gottesbegriff erhält seine höchste Vollendung in der Messiasidee. Der Messias ist den Propheten das »Symbol eines Friedens der Menschheit, in dem diese zu einer Herde sich gesammelt haben wird«. An diesem Punkt angelangt, gibt Cohen der Messiasidee der Propheten die sittlich höchste Auslegung: »Die sittliche Menschheit der geschichtlichen Zukunft, sie allein ist der Gesalbte des Herrn, ist der Messias.« Die Messiasidee in dieser Form hat die gebildete Menschheit angenommen. Und so führt Cohen den jüdischen Gottesgedanken zu der Idee der Läuterung und Erhöhung des Menschengeschlechts empor. Hier spricht aus Cohen auch der große kantianische Ethiker. Selbstverständlich ist zwischen der Erfassung einer Idee durch die höchststehenden Vertreter einer Gemeinschaft und deren übrige Angehörige ein großer Abstand. Ob alle diese übrigen imstande sind den Weg eines Cohen zu gehen, ist sehr zweifelhaft. Zur Ausschöpfung einer hohen Idee bedarf es eben eines gleichwertig hohen Menschen, und gerade in ihm zeigt sich erst, was jene selber zu bedeuten vermag. Cohen verspürt in der sozialen Sittlichkeit und weltbürgerlichen Humanität den Atemzug des »rechten, lebendigen Gottes«. Damit ist jede separatistische Vorstellung,

wie die anderen sie sei es im Judentum sei es im Christentum haben und haben wollen, überwunden. Die soziale Ethik Cohens ragt über diese Gegenwartswelt hinaus und in die sozialistische Zukunft hinein.

X
Christus-
problem

X Kurz vor seinem Tod, der so plötzlich in den letzten Wochen eintrat, hat Samuel Lublinski einen 2. Band über das Entstehen des Christentums veröffentlicht (über den 1. Band siehe diese Rundschau, 1910, 2. Band, pag. 1145 ff.). In diesem Buch, das er *Das werdende Dogma vom Leben Jesu* / Jena, Diederichs/ nannte, suchte er den Menschen Jesus ganz aus der Geschichte zu verweisen. Für das welterobernde christliche Dogma kommt allerdings nur der Erlösergott in Frage, und dieser hatte ja auch bis zu den Tagen der Herrschaft des Rationalismus die Geister der großen Kirchenväter, der mittelalterlichen Philosophen und der Reformatoren in Bann gehalten. Lublinski hat nicht so unrecht, wenn er den wandernden Sittenprediger Jesus als eine sehr junge historische Schöpfung charakterisiert. Der Erlösergott war eine dem Denken der scheidenden Antike sehr geläufige Vorstellung gewesen. Der christliche Erlösergott eroberte sich aber, das scheint uns Maurenbrecher überzeugend nachgewiesen zu haben, deshalb die Welt, weil er sich mit der historischen Person Jesus verband. Lublinski wertet die Bedeutung, die der historische Jesus für die Geschichte des Christentums besitzen würde, sehr hoch. Er führt wörtlich aus: »Gewiß, wenn historische Dokumente die Existenz des Menschen Jesus unwiderleglich nachweisen, so müßte man sich aus Wahrheitsliebe fügen.« Er meint, die Biographie des lebenden Rabbi Jesus würde sich wohl neben dem leuchtenden Glanz des Mythos bescheiden ausnehmen; aber immerhin könnte Jesus, da er den Anstoß zur christlichen Mythenbildung gegeben hat, eine historische Persönlichkeit sein. Und diese historische Persönlichkeit aus der Geschichte auszumerzen ist eben das heiße Bemühen Lublinskis. Die Evangelien, die Apostelgeschichte werden als historisch wertlos sofort von ihm beiseite geworfen. Den Briefen des Paulus mit ihren historischen Daten über die Person des Jesus wird die Bedeutung geschichtlicher Zeugnisse aus dem 1. Jahrhundert ganz abgestritten. Die ganze Existenz des Paulus wird als höchst problematisch dargestellt. Der Tacitusbericht über die

Kreuzigung des Jesus ist nach Lublinski verworren und widerspruchsvoll. »Erst im 5. Jahrhundert, fast 400 Jahre nach Tacitus, hat der Gallier Sulpicius Severus die Neronische Verfolgung so geschildert, wie wir sie heute in den *Annalen* lesen. Liegt also eine Fälschung des 5. Jahrhunderts vor, wie der Franzose Hochard und der Deutsche Arthur Drews behaupten?« Das sind doch zunächst nur bloße Behauptungen. Und Lublinski sagt selbst: »Vielleicht ist nicht alles gefälscht, da die Diktion taciteisch anmutet. Fremde Hände haben aber sicher hineingepantscht, und so scheidet auch dieser profane Historiker für uns aus.« Da hat Lublinski sich den historischen Totschlag der Person Jesu gar zu leicht gemacht. Aus dem Stillschweigen des Josephus und des Philo über Jesus folgert Lublinski sehr kühn dessen Nichtexistenz. Und diese Folgerung sucht er dadurch einleuchtend zu machen, daß er den rein lokalen und schnell vorüberauschenden Vorgang der tragischen Geschichte eines Wanderpredigers und Propheten zu einem Weltereignis, wie es der Krieg von 1870 war, aufbauscht. Ein solches Weltereignis konnte den Zeitgenossen Josephus und Philo nicht entgehen, und da sie nun von ihm nichts zu melden wissen, nun so existierte eben Jesus Christus nicht. Nachdem so Lublinski nach seiner Meinung die Spuren von den Erdentagen Jesu Christi aus der Geschichte getilgt hat, konstruiert er den mythologischen Jesus. Hier nur einige Beispiele: Die trauernde Maria Magdalena wird in die Isis verwandelt, die den Tod des Osiris beweint. Petrus, den die Pforten der Hölle nicht überwältigen werden, ist der Poseidon, der die Wacht an den Eingängen des Tartarus, der griechischen Hölle, hält. »Jene Türen«, so fährt Lublinski fort, »die den Tartarus verriegeln, sind aber aus Felsgestein. Denn nach griechischem Glauben ruhen Meer und Erde auf Felsgrund, und Poseidon ist es, der solche Felsen auftürmt oder auch sie spaltet, wodurch er die Erdbeben hervorruft. Er ist zugleich der Erschütterer und Baumeister der Erde, und daher führte er vielfach, zum Beispiel in Thesalien, den Beinamen der *Felsige* oder *Felserbauer*: griechisch *πετραιος*. Davon ist kein weiter Weg mehr zu Petrus, der an den Pforten der Hölle und des Himmels als Wächter steht und die Oberwelt vor dem Einbruch der Hölle geister beschützt.« Petrus ist aber nicht nur Poseidon und Christus »son-

dern auch der Moses der Mysterien«. Es ist zu bedauern, daß der der Forschung zu früh entrissene Schriftsteller, dem wir Wertvolles verdanken, durch derartige haltlose Kombinationen diese seine Arbeit zum größten Teil selber entwertet hat.

X
Europas
neueste Zeit

Von einem Historiker, der uns die Geschichte des 19. Jahrhunderts vor Augen führt, verlangen wir Sozialisten in erster Linie ein tiefes Verständnis für den kulturellen Aufstieg der unteren Klassen. Er muß vor allem die ganze Bedeutung der modernen Arbeiterdemokratie für die Kultur der modernen Gesellschaft richtig einschätzen. Und das trifft im hohen Maß bei dem Historiker Ch. Seignobos, Professor an der Universität Paris, zu, von dem eine *Politische Geschichte des modernen Europas* im Verlag von Dr. Werner Klinkhardt in Leipzig deutsch erschienen ist. Die Umwälzung der alten westeuropäischen aristokratischen Kultur in eine moderne demokratische betrachtet Seignobos als die eigentliche Seele aller der historischen Veränderungen, die das 19. Jahrhundert so dramatisch bewegt haben. Das Altengland am Anfang des 19. Jahrhunderts zeigte Millionen rechtloser industrieller Arbeiter, ländlicher Tagelöhner, die der Willkür der Kirchspielräte, der Industrieherrn und der Friedensrichter überliefert waren. Im Jahr 1814 charakterisierten sich die meisten Parlamentssitze nur als ererbte oder erkaufte Besitztümer. Von 658 Abgeordneten wurden 424 von dem Ministerium oder von 252 Patronen im voraus bezeichnet. Man konnte in England wohl von einer Ernennung, nicht aber von einer Wahl der Abgeordneten reden. Wies doch ganz Schottland nicht mehr als 3000 Wähler auf. Das Frankreich der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts wird von Seignobos ökonomisch und politisch in allen seinen wesentlichen Entwicklungsphasen dargestellt. Auch hier zerfiel die Nation in eine kleine privilegierte Minderheit und in eine riesige Masse politisch Entrechteter. Bis zum Jahr 1830 beherrschten 88 000 bis 100 000 Wähler die Staatsgewalt.

Das Werden der modernen demokratischen Kultur bringt Seignobos in den engsten Zusammenhang mit der ganzen Umwälzung des materiellen Lebens, mit dem »größten Ereignis der modernen Geschichte« und mit der gigantischen Ver-

breitung des Zeitungswesens. Im Jahr 1815 kamen in England erst 6 tägliche Zeitungen heraus, die *Times* erschienen in 8000 Exemplaren; in Frankreich schätzte 1824 ein Geheimbericht die Gesamtzahl der oppositionellen Zeitungsnummern auf 41 000 und der der Regierungsprelle auf 15 000, 1830 wurde der *Constitutionnel* mit seinen 23 000 Abonnenten angestaunt. Erst mit der massenhaften Verbreitung der Presse begann nach Seignobos die »Entwicklung des politischen Lebens zur Demokratie. Solange die Zeitung ein Luxus der wohlhabenden Klassen geblieben war, hatte die Bourgeoisie auf das politische Leben, die Regierungskontrolle und die Opposition ein Monopol; der Rest der Bevölkerung nahm am politischen Leben nur durch Unruhen teil«. Bei dem Aufstieg der Arbeiterdemokratie entgehen dem Historiker Seignobos nicht zwei ausschlaggebende Momente: die Zusammenfassung des Proletariats zur politischen Partei in der Form der deutschen Sozialdemokratie und die wirtschaftliche Organisation der ungelerten Arbeiter. »Die Bildung dieser Partei in Deutschland war ein Ereignis von internationaler Bedeutung. Zum erstenmal bildete sich in einem Großstaat eine sozialistische Arbeiterpartei, die von einer ständigen Organisation (Zentraleitung, jährliches Parlament, offizielles Parteiorgan) geleitet war, über einen regelmäßigen Etat verfügte, im Namen eines bestimmten gleichzeitig theoretischen wie praktischen Programms vorging und unter den politischen Parteien eine dauernde Stellung behauptete. Diese deutsche Partei sollte für die übrigen Länder das Musterbeispiel liefern.«

Ein feines Verständnis für die Rolle der Kirche in der Geschichte des 19. Jahrhunderts offenbart Seignobos in dem Abschnitt *Die Kirche und die katholischen Parteien*. Aus tiefstem Fall richtet sich die katholische Kirche im 19. Jahrhundert zu einer Machtorganisation auf, die sich mit großer Geschicklichkeit aller demokratischen Mittel zum imposanten Aufbau ihrer Institutionen bediente. Seignobos beleuchtet tageshell die Stellung der Kirche zu allen politischen und kulturellen Fragen des 19. Jahrhunderts: zur Gewissensfreiheit, zur Volkssouveränität, zum Liberalismus und Sozialismus.

Das Europa der Gegenwart hat den Frieden, »aber es ist der bewaffnete

Friede, der Friede mit den Militärlasten und ohne Sicherheit«. Der Militarismus geht aber nach Seignobos an seiner eigenen Entwicklung zugrunde. »Der Fortschritt der Kriegskunst hat den Krieg so entsetzlich gemacht, daß niemand mehr den Mut dazu hat. So führt die Chemie der Sprengstoffe schließlich zur Sicherung des Friedens.« Ob das in vollem Umfang schon jetzt zutrifft, ist freilich zweifelhaft.

Insgesamt kann man wohl sagen, daß Seignobos eine mustergültige, mit großer Kunst und Treue kurz zusammengefaßte Geschichte der großen Umwälzungen des 19. Jahrhunderts geschrieben hat.

× **Kurze Chronik** An den Tod des religiösen Propheten Tolstoj schloß sich in Rußland eine große Protestbewegung gegen die Todesstrafe an. In Petersburg, Moskau, Kiew, Charkow, Odessa protestierten die Studenten gegen die Todesstrafe. Der Einfluß der Persönlichkeit Tolstoj's und dieser Kundgebungen war so gewaltig, daß selbst in der reaktionären *Reichsduma* der Antrag auf Abschaffung der Todesstrafe sofort beraten wurde. Die Rechte und die *Oktobristen* stimmten dann — allerdings nur mit knapper Majorität — diesen Antrag nieder. × Ein Stück preußischer Zeitgeschichte spiegelt sich in den *Losen Blättern aus meinem Leben* von Dr. Julius Bachem /Freiburg, Herder/ wider. Der Abschnitt *Im preußischen Abgeordnetenhaus* bringt zum Teil recht fein gezeichnete Porträts bedeutender Parlamentarier wie Windthorst, Huene, Gerlach. Charakteristische Details aus dem Kampf der preußischen Büttel gegen die katholische Kirche, der fälschlicherweise ein *Kulturkampf* genannt wird, hat Bachem in seinen Lebenserinnerungen zusammengestellt. × Die Schrift des Modernisten Dr. Th. Engert *Die Sünden der Päpste im Spiegel der Geschichte* /Leipzig, Krüger/ ist eine Antwort auf die Borromaeuszyklische des Papstes. Die Schrift sucht an der Hand der Geschichte des Papsttums zu beweisen, daß die Statthalter des Herrn in Rom nicht die Legitimation besitzen sich als die Sittenrichter der protestantischen Fürsten und Völker aufzuspielen. Die bekannten Verse des Matthäus, die den Petrus zum Felsen der Kirche erheben, werden von Engert als ein später Einschub gekennzeichnet.

Literatur Das soziologische Werk F. Semlos *Der Güterverkehr in der Urgesellschaft* /Brüssel, Misch & Thron/ konstruiert aus den uns zugänglichen Stufen sozialer Entwicklung den Begriff der *Urgesellschaft* und untersucht dann die Güterverkehrsverhältnisse folgender *Urvölker*: der australischen Stämme, der Tasmanier, Botokuden, Feuerländer, Andamaneninsulaner, der Negritos der Philippinen, der Buschmänner, der Seriindianer und Weddas. Er sucht schließlich festzustellen, daß alle diese Stämme einen Güterverkehr innerhalb des Stammes und von Stamm zu Stamm kennen. Er kritisiert die Büchersche Annahme, daß die Urwirtschaft den Charakter einer individuellen Nahrungssuche hatte, und sucht nachzuweisen, daß das Schlagwort *Kommunismus* nicht das eigentliche Wesen der primitiven Wirtschaft trifft. × In dem Werk *Bismarck, ein deutsches Heldenleben* /Leipzig, Zeitler/ treten gar viele derbe, kräftige, urwüchsige Züge in dem Wesen des eisernen Kanzlers hervor, aber wenige heroische. Die Aussprüche Bismarcks sind mitunter schlagend in der Treffsicherheit ihres Urteils und von seltener Plastik des Ausdrucks. Natürlich steckt auch viel preußisches Starrs und Beschränktes in den Äußerungen dieses Gewaltmenschen. Sie beleuchten hell, wenn auch einseitig, die wichtigsten Ereignisse unserer Zeitgeschichte. × Im Tagesstreit gegen die Mächte des sozialen Beharrens erweist sich als recht brauchbare Waffe die Arbeit Dr. F. Wernicke's *Der Kampf um den wirtschaftlichen Fortschritt* /Jena, Gustav Fischer/. Die Hindernisse, die die Sklaverei, Hörigkeit und Zunftverfassung dem ökonomisch-technischen Fortschritt in den Weg warfen, sind lichtvoll erörtert. Im Eilschritt führt uns Wernicke durch die Gesamtgeschichte der Wirtschaft. Wir lernen die Bremser kennen, die *Fachleute*, die Vertreter bestimmter egoistischer Wirtschaftsinteressen, die den Trägern neuer technisch-ökonomischer Ideen Hemmschul auf Hemmschul entgegensetzten. Ein recht instruktives Kapitel des Wernickeschen Buches bildet die Darstellung der Widerstände gegen die Dampftechnik und die neue Verkehrstechnik. Die reaktionären Umtriebe der Mittelständler werden kritisch an der Hand eines reichen Tatsachenmaterials abgetan. Leider hat Dr. Wernicke keinen Einblick in die kultu-

×

×

rell rückschrittlerische, ausbeuterische Seite des modernen Kapitalismus getan. Das Ziel, das ihm vorschwebt, ist: Der Mensch als Organisator, Leiter und Überwacher der Technik kann erst unter einem Wirtschaftssystem erreicht werden, in dem der Mensch Subjekt und nicht Objekt des Wirtschaftens ist: unter dem sozialistischen. X Die für die Geschichte des 16. Jahrhunderts so charakteristischen Aufzeichnungen Schertlins von Burtenbach hat Engelbert Hegaur unter dem Titel *Leben und Taten des weiland wohlgedeln Ritters Sebastian Schertlin von Burtenbach* bei Langen in München herausgegeben. Das Werk ist durch die Einteilung in Kapitel sehr übersichtlich geworden. X Ein sehr wertvolles *Jahrbuch der Zeit- und Kulturgeschichte* gibt der Herdersche Verlag in Freiburg heraus. Es ermöglicht eine schnelle Rückerinnerung und Orientierung über das gesamte öffentliche und geistige Leben des jeweils abgelaufenen Jahres. Die Bearbeitung läßt den katholischen Standpunkt natürlich deutlich erkennen. Doch wird dadurch das Tatsachenmaterial selber in seinem Wert kaum beeinträchtigt. Man muß immer wieder anerkennen, wie viel doch auf katholischer Seite geleistet wird, und wie sehr man in manchen Punkten im sozialdemokratischen Lager davon lernen könnte.

KUNST

Musik / Hugo Leichtentritt

Orchester- musik

Von einer Anzahl neuer Kompositionen, die in den letzten 6 Wochen des vergangenen Jahres in Berliner Konzertsälen gehört wurden, ist in Kürze zu berichten. Das gewichtigste Werk darunter ist wohl die G-Moll-Symphonie opus 52 des belgischen Komponisten Désiré Pâque. Ihren Beinamen *La Parisienne* führt sie zwar meines Erachtens zu unrecht, denn sie hat von gallischer Leichtblütigkeit, Grazie und Eleganz sehr wenig. Dagegen ist sie von Gedankenarbeit wohl beschwert, voll von feinen Zügen und im Technischen recht interessant. Der große Zug, die Inspiration fehlen ihr. Eine symphonische Tondichtung *Totentanz* von Heinrich Stahmer erscheint mir als eine von Richard Strauß stark beeinflusste Leistung, der freilich gerade das fehlte, womit Strauß selbst fast immer den Sieg erringt: nämlich der kecke Wagemut gepaart mit immerhin tüch-

tigem Können. Wenig Anklang fand eine symphonische Phantasie Arthur Willners, betitelt *Aus Münchener Tagen*. Schlimm erging es einem in Berlin ansässigen jungen Franzosen, Edgar Varèse, der mit seinem Erstlingswerk *La Bourgogne* sein Glück versuchte. Man hatte für die dem Lager der äußersten Linken entstammende Partitur nur Spott und Hohn übrig. Und doch verdient der junge Musiker eine Aufmunterung. Fehlt es ihm auch noch an der höhern Technik der Komposition, so hat er dennoch keineswegs gewöhnliche Einfälle und starke Farbenphantasie. Joseph Schratzenholz' symphonische Dichtung *König Moor* (nach der Dichtung Hamerlings) ist ein gut gemachtes, der charakteristischen Färbung nicht entbehrendes Stück Musik, dem aber Eigenart fehlt. Walter Brauniels, ein junger Komponist der Münchener Schule, ist trotz seiner nicht unerheblichen Erfolge in anderen Städten hier noch ganz unbekannt geblieben. Man hörte als erstes seiner Werke kürzlich Orchestervariationen über ein französisches Kinderlied: eine interessant gearbeitete Komposition, die aber an empfindlichem Widerspruch zwischen dem äußerst schlichten Thema und den verwickelten, in großen Maßen hingestellten Variationen leidet.

X

Klavierkom- positionen

Eine Reihe neuer Klavierstücke wäre ferner zu behandeln. W. Stenhammer aus Stockholm erregte als ganz junger Mann vor ungefähr 10 Jahren mit seinem opus 1, einem Klavierkonzert, ungewöhnliches Aufsehen. Die großen Hoffnungen, die man an ihn knüpfte, haben sich seit der Zeit nicht ganz erfüllt. Immerhin ist seine Musik noch sehr respektabel. Das 2. Klavierkonzert, das er uns in Berlin jetzt selbst mit hervorragender pianistischer Kunst vermittelte, ist eine in jeder Hinsicht sehr tüchtige Arbeit, die stellenweise sogar als wirklich bedeutende Musik erscheint; leider eben nur stellenweise. Eine Klaviersonate opus 50 von Sigfrid Karg-Elert strebt zu den Sternen, besitzt aber nicht die für einen solchen Aufschwung erforderliche Kraft der Phantasie und Gestaltung. Liszts H-Moll-Sonate scheint das Vorbild gewesen zu sein, hinter dem Karg-Elert jedoch sehr weit zurückbleibt. Unsympatisch sind mir der unklare Nebel, die

pathetische Pose, die großen Allüren dieser Sonate, wo doch im Grunde nur eine sehr bescheidene Kunstfertigkeit aufgewiesen wird. Klaviervariationen opus 21 des in Münchener Schule gebildeten Schweizer Walter Courvoisier sind eine gute Arbeit, klar, wohlklingend, gewählt, ohne gerade als bedeutend gelten zu können. Schließlich ist ein Heft *Préludes* des bekannten Pianisten Raoul von Koczalski zu nennen, Stücke, die, obschon sie die Chopinschen Muster nicht verleugnen, dennoch reich an feinen Zügen sind. Jedenfalls gehören sie zu dem Beachtenswertesten, das die Klavierliteratur der letzten Jahre uns beschert hat.

×
Kammer- Zum Schluß noch ein paar
musik Kammermusikwerke. Viel-

sprechend sind die Kompositionen Botho Sigwarts, der sich in diesem Winter zum erstenmal als schaffender Künstler einführte. Eine Violinsonate wie eine Reihe Lieder zeigen ungewöhnlich starke Erfindungskraft und Innerlichkeit. Mehr Geschlossenheit der Formgebung, mehr Konzentration der Haltung wären besonders zu erstreben, um seinen Arbeiten noch größere Eindringlichkeit zu geben. Ein Trio des Schweizer Robert Hegar gehört zu der Klasse *Brahmsepigonemusik*. Alles höchst ernsthaft, gründlich, mit dem Anschein der Tiefe und äußersten Vornehmheit, dabei aber eigentlich flach in Erfindung, trocken in Phantasie und im technischen Vermögen nicht ausgereift. Etwas natürlicher gibt sich der Belgier Louis Delune in seiner Cellosonate, der es allerdings an Stil und Eigenart empfindlich mangelt. Doch ist sie flott und unterhaltsam geschrieben.

×
Oper Am New Yorker *Metropolitan Opera House* kamen

jüngst 2 wichtige dramatische Werke zur Uraufführung: ein Zeichen der Zeit. Wohl zum erstenmal geschah es hier, daß europäische Komponisten von Weltruf ihre neuen Werke einer amerikanischen Bühne zur ersten Aufführung anvertrauten. Schon jetzt jedoch beginnt die New Yorker Oper unsere europäischen Opernhäuser in den Schatten zu stellen, kraft der beispiellosen Ansammlung von darstellenden einzelnen Künstlern in New York. Puccinis *Girl from the Golden West* ist auf einem typisch amerikanischen

Text geschrieben und erregte mit Caruso und der Destinn naturgemäß gewaltigen Enthusiasmus. Die zweite New Yorker Premiere brachte Engelbert Humperdincks *Königskinder*: eine Umarbeitung des vor Jahren in Berlin aufgeführten Melodrams zur Oper. Namentlich die Farrar riß, wie üblich, das New Yorker Publikum hin. Diese Umarbeitung ist dann ein paar Wochen später auch im Berliner Opernhaus gegeben worden.

In der Berliner *Komischen Oper* kam letzthin das Werk des noch wenig bekannten Komponisten Waldemar Wendland zur Erstaufführung. *Das vergessene Ich* kam über einen Achtungserfolg nicht hinaus. Und in der Wiener *Volkoper* wurde im Dezember Alexander von Zemlinskys neue komische Oper *Kleider machen Leute* zum erstenmal aufgeführt. Die ungewöhnliche Feinheit der Partitur wurde allgemein anerkannt.

×
Kurze Chronik Das Projekt der *Großen Oper* am Kurfürstendamm ist jetzt endgültig aufgegeben worden, nachdem die neue *Volkoper* in Charlottenburg ziemlich gesichert erscheint. Sie erfreut sich der Unterstützung seitens der Stadt Charlottenburg. × Die Berliner *Komische Oper* soll sich nun doch in ein Operetten-theater verwandeln. Die Hamburger Direktoren Bendiener und Philipp haben das Haus auf 10 Jahre gepachtet. Dagegen will der bisherige Oberregisseur Gregors, Morris, ein neues Opernhaus in der Nürnbergerstraße errichten: der Bau war ursprünglich für die oben genannten Operettendirektoren bestimmt. Es wäre wirklich jammerschade, wenn Berlin nach so kurzer Zeit durch den Weggang Gregors wieder um seine zweite Oper käme, zumal die königliche Oper in einen immer trostlosern Zustand gerät. × Der Tod Angelo Neumanns, des langjährigen Direktors des *Deutschen Landestheaters* in Prag, der bereits in der Rubrik *Bühnenkunst* (pag. 89) mitgeteilt ist, bedeutet einen schweren Verlust für die Opernbühne überhaupt.

×
Literatur Die erste Biographie Gustav Mahlers bietet Dr. Paul Stefan (München, Piper). Eine *Studie über Persönlichkeit und Werk* nennt der Verfasser seine Schrift ganz mit Recht, da sie auf

das biographische Detail weniger Gewicht legt und sich hauptsächlich mit der Persönlichkeit Mahlers abgibt. Allen Verehrern des großen Dirigenten und des noch umstrittenen Komponisten Mahler wird die mit Wärme und stilistischer Feinheit abgefaßte Schrift willkommen sein. Auf eine frühere Broschüre Stefans *Gustav Mahlers Erbe* ist als Ergänzung der Biographie hinzuweisen, in Anbetracht der Wirksamkeit Mahlers als Operndirektor in Wien. X Zum Lisztjubiläumsjahr steuert auch La Mara eine Gabe bei, ein Buch betitelt *Liszt und die Frauen* /Leipzig, Breitkopf & Härtel/. Kaum ein Künstler genoß im gleichen Maß wie Liszt die Gunst und Freundschaft bedeutender, geistreicher, schöner Frauen. Mit einem großen Teil dieser Frauen macht La Maras Buch den Leser bekannt. Das Buch ist nicht nur unterhaltsam, sondern auch ein sehr bedeutender Beitrag zur Lisztbiographie. X Wie weite Kreise die Kunst Hugo Wolfs gezogen hat, zeigt sich in der Tatsache, daß kürzlich eine englische Biographie des Meisters erschien, von Ernest Newman. Eine deutsche Übersetzung von Dr. Hermann von Hase liegt jetzt vor /Leipzig, Breitkopf & Härtel/. Die Wolfsliteratur wird hierdurch um ein wertvolles Werk bereichert. Zwar besitzen wir schon eine umfangreiche Wolfbiographie von Ernst Decsey, doch zwischen diesem mehrbändigen Werk und einer Anzahl kleinerer Skizzen war eine Lücke vorhanden, die durch das vorliegende Buch von nur mäßigem Umfang glücklich ausgefüllt wird. Wesentlich neues Material wird hier zwar nicht beigebracht, und auch die Gesichtspunkte bleiben ziemlich unverändert. Doch ist das Buch mit Wärme geschrieben und kann als vorzügliche Einführung in das Kunstwerk Hugo Wolfs dienen. X Bei dem ungeheuren Umfang der Wagnerliteratur kann man von dem kleinen Buch *Das Kunstwerk Richard Wagners* von Edgar Istel in der Sammlung *Aus Natur und Geisteswelt* /Leipzig, Teubner/ billigerweise wesentlich Neues nicht erwarten. Doch gibt Istel eine sehr brauchbare, knappe Einführung, die sich von biographischem Ballast ziemlich freihält. Die Vorrede mit ihren Ausfällen gegen Wagner-schriftsteller der verschiedensten Richtungen kann allerdings nicht dazu beitragen Istels Büchlein sonderlich beliebt zu machen.

KULTUR

Technik / Heinrich Lux

Wasserentkeimung durch Chlorkalk - In Deutschland gilt ausschließlich das Grundwasser als wirklich brauchbares Trinkwasser. Das Oberflächenwasser aus Seen und Flußläufen dagegen ist mehr und mehr in Mißkredit gekommen, wenn es auch nicht vollständig verworfen wird. Trotzdem hat das Oberflächenwasser in physikalischer Hinsicht recht erhebliche Vorzüge vor dem Grundwasser, besonders für alle technischen Anwendungszwecke, weil das Grundwasser immer beträchtliche Mengen gelöster Stoffe, vor allem Kalk-, Eisen- und Mangansalze enthält. Ein hoher Kalkgehalt macht das Wasser aber unbrauchbar zur Kesselspeisung, für Wäschereien und Färbereien. Ist der Eisen- oder Mangangehalt sehr hoch, so muß es auch für Trinkzwecke von diesen lästigen und zum Teil gesundheitsschädlichen Stoffen befreit werden. Der einzige Nachteil des Oberflächenwassers besteht darin, daß es nicht keimfrei ist und deshalb Anlaß zur Entstehung und Ausbreitung von Epidemien gibt. Durch ausgiebige, langsame Filtration in großen Sandfiltern kann der Keimgehalt zwar erheblich eingeschränkt, aber doch nicht vollständig beseitigt werden. Ausgedehnte Filteranlagen sind dazu noch kostspielig, arbeiten langsam und das filtrierte Wasser wird, besonders im Sommer, zu warm. Aus diesen Gründen wird bei der Wasserversorgung auf dem Kontinent in hygienischer Beziehung das Quell- und Grundwasser bevorzugt, sehr zum Schaden der verschiedenen Industrien. Die Industrien verlangen aber auch Berücksichtigung, und deshalb erscheint es angebracht auf die chemische Desinfektion des Oberflächenwassers hinzuweisen, wie sie seit 2 bis 3 Jahren in großem Umfang in den Vereinigten Staaten von Amerika durchgeführt wird. Gesundheitsgefährliches Wasser wird dort bereits in mehr als 100 recht bedeutenden Anlagen mit Chlorkalk versetzt und getrunken, ohne daß der Chlorkalk oder seine chemischen Umsetzungsprodukte aus dem Wasser vorher beseitigt worden sind. Auf den ersten Augenblick erscheint die Zumutung mit Chlorkalk versetztes Wasser trinken zu müssen nicht nur ungewohnt sondern sogar direkt unhygienisch. Nach den Versicherungen amerikanischer Wasserfachleute und Hygieniker ist solches Wasser aber völ-

lig unschädlich, und es wird von den Konsumenten nicht einmal wahrgenommen, daß sich in ihrem Trinkwasser Spuren von Chlorkalk befinden. Mit Rücksicht auf die Vorurteile der Bevölkerung lassen es allerdings viele Leiter von Wasserwerken nicht erst bekannt werden, daß zur Abtötung von Typhusbakterien Chlorkalk dem Trinkwasser zugesetzt wird. Ausgeführt wird die Chlorkalkdesinfektion unter anderen in folgenden amerikanischen Städten: Brooklyn, Burlington, Chicago, Cincinnati, Ohio, Minneapolis, Montreal etc. In Chicago beispielsweise wird ein durch Abwässer stark verunreinigtes Wasser in amerikanischen Schnellfiltern gereinigt, nachdem ihm vorher 2 Teile wirksames Chlor auf 1 Million Teile Wasser zugesetzt worden waren. Das resultierende Wasser soll frei von lebensfähigen gesundheitsschädlichen Keimen und für Genußzwecke einwandfrei sein. Der Chlorkalkzusatz kann durch den Geruch gar nicht und durch den Geschmack nur dann wahrgenommen werden, wenn es erwärmt wird.

Hinsichtlich der Anlage- und Betriebskosten steht die Chlorkalkdesinfektion unerreicht da. Während nämlich die langsame Sandfiltration an einmaligen Baukosten 20 Mark für 1 Kubikmeter täglicher Wassermenge beansprucht, betragen bei der Chlorkalkdesinfektion diese Kosten nur 13 Pfennig. Die jährlichen Betriebskosten einschließlich Verzinsung und Tilgung belaufen sich bei 100 Kubikmeter Wasser im erstern Fall auf 1,10, im letztern auf nur 0,05 Mark. Die Chlorkalkdesinfektion ist überall da angebracht, wo das Wasser in physikalischer Hinsicht gut ist, aber die Gefahr besteht, daß es dauernd oder vorübergehend Krankheitskeime enthält. Die bakterizide Wirkung des zugesetzten Chlorkalks beruht auf der Entwicklung freien Sauerstoffs. Der Chlorkalk wirkt also ähnlich wie die Ozonbehandlung des Wassers.

Bei der großen wirtschaftlichen Bedeutung des Verfahrens erscheint es angebracht, daß auch in Deutschland eingehende Versuche mit ihm angestellt werden. Besonders für Großstädte mit reicher Industrie, die Quell- oder Grundwasser nur mit sehr erheblichen Kosten und auch dann noch nicht immer in ausreichendem Maß beschaffen können, dürfte die Chlorkalkdesinfektion eine ebenso einfache wie zweckmäßige Lösung der Wasserversorgungsfrage darstellen.

Wasserentkeimung durch ultraviolette Strahlen Die ultravioletten Strahlen zeichnen sich durch besonders starke chemische Wirksamkeit aus. Organische Stoffe erleiden unter der Einwirkung von ultravioletten Strahlen deshalb erhebliche Veränderungen. Ein gewisses Maß von ultravioletten Strahlen ist zur Erhaltung des Lebens von Tier und Pflanze wahrscheinlich ebenso erforderlich wie ein Übermaß schädigend ist. Auf dieser letztern Erkenntnis beruht die Anwendung ultravioletter Strahlen zur Vernichtung der kleinsten Lebewesen, mit denen die Menschheit im ständigen Kampf liegt, der Typhus-, Cholera- und anderer Bazillen. In der Aronsschen Quecksilberdampf Lampe besitzen wir nun ein bequemes Mittel zur Erzeugung ultravioletter Strahlen, besonders wenn der Quecksilberlichtbogen in einer für ultraviolette Strahlen leicht durchlässigen Quarzröhre erzeugt wird. Von verschiedenen Fachleuten ist deshalb auch die so wichtige Entkeimung des Trinkwassers durch die Strahlen von Quarzquecksilberlampen versucht worden. So werden beispielsweise durch die Strahlen einer solchen Quarzlampe Reinkulturen von Typhus- oder Cholerabazillen bei 60 Zentimeter Abstand in 30 Sekunden und bei 10 Zentimeter Abstand in 1 Sekunde zerstört. Auch Versuche in größerem Maßstab sind angestellt worden: Aus einem großen Behälter wurden sekundlich 10 Liter Wasser durch einen offenen Kanal mit einer Geschwindigkeit von $\frac{1}{10}$ Meter pro Sekunde hindurchgeleitet. An 4 Stellen des Kanals waren Quarzlampen in 2 Zentimeter Entfernung über der Wasseroberfläche aufgestellt. Dem Wasser waren in großer Menge Darmbazillen zugesetzt. Nach den entnommenen Proben enthielt das Wasser vor der ersten Lampe 5250 Bakterien im Kubikzentimeter, hinter ihr nur noch 3650 und nach der zweiten Lampe war das Wasser schon vollständig entkeimt. Auf Grund dieser Versuche sind von der *Westinghouse-Cooper-He-witt-Gesellschaft* bequeme Entkeimvorrichtungen hergestellt worden, die an Wasserleitungen angeschlossen werden können. Der verhältnismäßig kleine Behälter reicht aus, um 600 Liter Wasser in der Stunde zu entkeimen. Indem das Wasser in eigentümlich wirbelnde Bewegung versetzt wird, reicht das Licht einer einzigen Quarzlampe für 110 Volt und 3,5 Ampère dazu aus.

Fernsprechwesen Obwohl in den Vereinigten Staaten von Amerika das gesamte Fernsprechwesen in den Händen von Privatgesellschaften ruht, und obwohl die Telefongebühren um ein Vielfaches höher als in Europa sind, ist das Telephon dort außerordentlich viel stärker verbreitet als bei uns. Am 1. Januar 1909 betrug nämlich die Zahl der Fernsprechstellen in den Vereinigten Staaten 6,62 Millionen, das heißt auf 1000 Einwohner entfielen 82,7 Sprechstellen. In Deutschland waren dagegen nur 860 000 Sprechstellen vorhanden, und auf 1000 Einwohner entfielen nur 14,2 Sprechstellen. In den amerikanischen Fernsprechnetzen wickelten sich im Jahr 1908 11,4 Milliarden Gespräche, in Deutschland dagegen nur 1,5 Milliarden Gespräche ab; in England betrug die Zahl der Sprechstellen 590 000, das heißt 13,6 auf 1000 Einwohner, die Zahl der Gespräche betrug 1,8 Milliarden. Die übrigen europäischen Staaten folgen in weitem Abstand; so sind in Frankreich nur 197 000 Sprechstellen, oder 5 auf 1000 Einwohner vorhanden gewesen, die Zahl der Gespräche betrug 265 Millionen. Die relativ größte Verbreitung hat das Telephon noch in den skandinavischen Ländern und in der Schweiz gefunden. So betrug auf 1000 Einwohner die Zahl der Sprechstellen in Schweden 31,0; in Norwegen 22,3; in Dänemark 21,4; in der Schweiz 21,0. Daß in Rußland nur 0,9, in Spanien 1,1, in Italien 1,5, in Rumänien 1,8 Sprechstellen auf 1000 Einwohner entfallen, kann nicht weiter überraschen. Verblüffend wirkt aber doch die folgende Gegenüberstellung: Die Vereinigten Staaten hatten 6,6 Millionen Sprechstellen mit 11,4 Milliarden Gesprächen jährlich. Alle übrigen Länder der Welt zusammen aber hatten nur 2,98 Millionen Sprechstellen mit 5,6 Milliarden Gesprächen; hiervon entfallen allerdings auf Europa allein 2,5 Millionen Sprechstellen mit 5,0 Milliarden Gesprächen. Diese Zahlen spiegeln in sehr anschaulicher Weise die charakteristische Eigenschaft des amerikanischen Geschäftsmanns wieder, dem in Wahrheit Zeit und Geld identische Begriffe sind.

× **Straßenbefestigung gegen Schienenstöße** Ein altes Leiden der Straßenbahnen ist die leichte Zerstörbarkeit der Straßenbefestigung durch die Stöße, die namentlich an den Schienenenden auftreten und besonders das Asphaltpflaster mit

dem untergelegten Beton zerstören. Der Asphalt zerbröckelt, Wasser dringt in die Ritzen und Risse ein, gefriert bei Frost und sprengt den Beton. Die Einbettung der Schiene lockert sich, und bald ist das ganze Material um die Schiene zerstört. Man hat versucht durch Einlagen von amerikanischem Hartholz zwischen Schienenkopf und Asphaltdecke den geschilderten Einflüssen entgegenzuwirken. Die Versuche sind aber nicht sehr glücklich ausgefallen, weil das Holz durch das eindringende Wasser quillt und über die Schiene hinaustritt. Es wird abgenutzt, und wenn es eintrocknet, liegt es erheblich unter der Schienenoberkante. Es muß schon nach 1 bis 2 Jahren ausgetauscht werden. Neuerdings ist man dazu übergegangen statt des teuren Hartholzes Seile aus Kokosfasern zu beiden Seiten neben die Schiene zu legen. Die Seile werden mit einer 5 bis 6 Millimeter dicken Einlage aus Stahldraht versehen. Sie sind im ganzen 6 Zentimeter stark und ragen nach der Neuverlegung $\frac{1}{2}$ bis $\frac{3}{4}$ Zentimeter über die Schienenoberkante heraus, so daß sich das Seil gut einpressen und alle Lücken ausfüllen kann. Versuche mit Seilen wurden 5 Jahre lang fortgesetzt. Dabei zeigte dann der Beton und Asphalt noch einen guten Zustand, während er auf der andern Seite, wo die Schiene direkt in Beton gebettet war, zerbröckelt und zerstört war. Auch die bei der Mannheimer Straßenbahn seit 2 Jahren liegenden Versuchsseile haben sich vorzüglich bewährt, während das gleichzeitig verlegte Hartholz sich verzogen hat und unbrauchbar geworden ist. Zum Schutz gegen Fäulnis wird das Seil mit Karbolium getränkt. Es saugt sich dann einmal mit Wasser voll und dichtet nach oben hin ab, so daß der Asphalt nicht mehr in dem Maß durch Nässe zerstört wird wie sonst. Da auch das Verlegen der Seile viel einfacher ist als das von Hartholz, weil ja das Seil beliebig lang geliefert werden kann, haben viele Städte mit dem neuen Verfahren Versuche begonnen, so Berlin, Hannover, Köln usw.

× **Wasserkräfte** Nach einer Abhandlung H. Dülls in *Elektrotechnik und Maschinenbau* lassen sich in den österreichischen Alpenländern nahezu 1,3 Millionen Pferdestärken aus Wasserkraftanlagen gewinnen. In Nordtirol sind insbesondere das Zillertal und dessen Seitentäler reich an Wasserkraften und würden bei zweckmäßigem Ausbau 65 000 Pferdestärken ergeben.

wofür 17 Millionen Mark Anlagekosten erforderlich sein und die Kraftkosten an der Turbine etwa 31,5 Mark für die Jahrespferdekraft betragen würden. Für größere künstliche Stauseen sind diese Täler wenig geeignet, weshalb die Kraft durch solche industriellen Unternehmungen ausgenutzt werden müßte, die sich den stark wechselnden Wasserständen anpassen können. Am Gerolsbach könnte eine Anlage 600 Meter Nutzgefälle und 5,5 Kubikmeter pro Sekunde mittlerer Wassermenge ausnutzen. Durch Anlage einer Talsperre läßt sich das Werk auf 25 000 bis 27 500 Pferdestärken ausbauen. Am Zillerbach läßt sich eine Gefällstufe von 430 Meter mit 4,5 Kubikmeter pro Sekunde mittlerer Wassermenge und 130 000 Pferdestärken mittlerer Jahresleistung schaffen. Am Zemm- und Sillupbach ist eine gemeinsame Anlage von 360 Meter Gefälle und 18 000 Pferdestärken mittlerer Jahresleistung und am Tuxerbach eine solche von 450 Meter Gefälle und 8000 bis 10 000 Pferdestärken mittlerer Jahresleistung möglich. An der Krimmler Ache läßt sich eine Talsperre von 10 Millionen Kubikmeter Inhalt und eine Gefällstufe von 600 Metern ausbauen, der im Mittel 1,8 Kubikmeter sekundlich zulaufen würden, so daß das Werk eine gleichbleibende Leistung von 12 000 Pferdestärken ergibt. Von weiteren ausbauwürdigen Wasserkraftanlagen seien folgende genannt: Pfitscherbach mit Stausee von 20 bis 22 Millionen Kubikmeter, 3,5 Kubikmeter pro Sekunde Wassermenge, 440 Meter Gefälle und 15 000 bis 50 000 Pferdestärken; Prutz am Faggenbach mit 330 Meter Gefälle und 12 000 Pferdestärken mittlerer Leistung; des weitern mehrere Gefällstufen im obern Inntal von je 30 bis 50 Meter Gefälle, 30 Kubikmeter pro Sekunde Wassermenge während 8 Monate und insgesamt rund 50 000 Pferdestärken Leistung; Pitzbach mit 300 Meter Gefälle und 10 000 Pferdestärken; Melach-Martinau bis Weissenbach mit Staubecken von 70 Millionen Kubikmeter Inhalt, 110 Meter Gesamtgefälle und 20 000 Pferdestärken gleichbleibender Leistung.

× KurzeChronik Die Züricher Straßenbahn hat 12 Anhängewagen in Betrieb genommen, bei denen alle Metallteile am Wagenkasten aus Aluminium hergestellt sind. Außer der nicht unbeträchtlichen Gewichtersparnis ergibt sich hieraus noch

der Vorteil, daß das aufgerauhte Aluminiumblech leicht Farbe annimmt, was die teure und zeitraubende Spachtelung, die das Eisenblech erfordert, erspart. × Auf der Insel Guernsey im Kanal ist ein Leuchtturm ohne Wärter errichtet worden. Das Leuchtfeuer wird von einer Acetylenlampe geliefert; seine Bedienung geschieht durch ein Uhrwerk, das gleichzeitig auch alle 1½ Minuten eine Sirene ertönen läßt. × Eine große Bandsäge für Stahlblöcke, zum Abschneiden der Blockenden etc., ist von der Firma Noble & Lund in Felling on Tyne gebaut worden. Die Maschine nimmt Arbeitsstücke bis zu 2210 Meter Höhe auf. × Von der *Pistonless Hydraulic Press Company* in London wird eine hydraulische Presse in verschiedenen Größen für geringere Druckwasserkräfte von 3 bis 18 Tonnen ausgeführt. Sie besteht im wesentlichen aus einem gewellten, ausdehnbaren Zylindermantel, der unten an der Grundplatte befestigt ist und oben eine Grundplatte trägt. Der Preßzylinder besteht aus nachgiebigem Gummistoff und wird durch Einführen von Wasser mit geringem Überdruck nach oben ausgedehnt. × Eine Kraftübertragung mit 110 000 Volt ist am 11. Oktober in Betrieb genommen worden, indem das Stadtnetz von Berlin in der kanadischen Provinz Ontario an die Fernleitung der *Hydro-electric Power Commission* von Ontario angeschlossen wurde. Die großartige Anlage, bei der erstmalig die gewaltige Spannung von 110 000 Volt benutzt wird, ist von der kanadischen Regierung zu dem Zweck geschaffen worden den Städten von Westontario den Bezug billiger elektrischer Energie zu sichern.

× Literatur Die *Motorschiffstudien-gesellschaft* hat soeben ihr neues Jahrbuch 1908 bis 1910 erscheinen lassen (Berlin, Braunbeck-Gutenberg), dessen Titelblatt den denkwürdigen Moment festhält, in dem die 4 Luftschiffe *M II*, *Z I* und *P I* und *P II* den Kölner Dom umkreisen. × *Das Kraftgas, seine Herstellung und Beurteilung* behandelt Professor Dr. Ferd. Fischer in seinem neuesten Werk (Leipzig, Spamer). Bei der Bedeutung Fischers auf chemisch-technischem Gebiet bedarf dieses Buch keiner besondern Empfehlung. Es bietet eine große Fülle zuverlässigsten Materials in eigenartiger Verarbeitung, so daß es für den Forscher und Praktiker gleich unentbehrlich werden dürfte.



PAUL SINGER / NACH EINER PHOTO-
GRAPHIE AUS DEN ACHTZIGER JAHREN